10. Jahrgang 1962 / Postverlagsort: Stuttgart 1. Heft / Januar

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

HANS RAUPACH
Die Sowjetwirtschaft als historisches Phänomen

HILDEGARD BRENNER
Die Kunst im politischen Machtkampf 1933/34

DIETRICH GEYER
Arbeiterbewegung und Kulturrevolution

HANS ROTHFELS
Zerrspiegel des 20. Juli

DOKUMENTATION
Polizeiakten zur Judenverfolgung vor 1938

FORSCHUNGSBERICHT

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

10. Jahrgang 1962 1. Heft/Januar

HANS RAUPACH

DIE SOWJETWIRTSCHAFT ALS HISTORISCHES PHÄNOMEN*

Von wirtschaftsgeschichtlichen Fragen abgesehen, sind es zwei Probleme, die einen Sozialökonomen veranlassen können, sich über die historische Bedeutung und Deutung des sowjetischen Wirtschaftssystems Gedanken zu machen. Das eine Problem wird ihm von dem „Selbstverständnis" der sowjetischen Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie gestellt, die das System als Verwirklichung einer sozialgeschichtlich determinierten Stufe der Menschheitsentwicklung auf dem Wege zum kommunistischen Endzustand ansieht; das andere ergibt sich aus der aktuellen Erfahrung, daß wirtschaftlich zurückgebliebene Agrargesellschaften, nach beschleunigter Industrialisierung strebend, in der sowjetischen Methode das Modell eines besonders effektiven Vollzugs derselben erblicken können und deshalb u. U. bereit sind, es zu übernehmen, wie das Beispiel Chinas und Kubas zeigt.

Das erste Problem hat einen theoretischen, vorwiegend geschichtsphilosophischen, das zweite einen mehr pragmatischen Charakter. Doch sind beide in gewisser Weise miteinander verknüpft. Die geschichtliche Erfahrung der letzten Jahrzehnte lehrt nämlich, daß revolutionäre Führungsgruppen, die entschlossen sind, nach der sowjetischen Methode der nachholenden Industrialisierung zu handeln, eine theoretische Grundlegung ihrer Aktion und die Geschlossenheit des Vorgehens am ehesten auch durch die Annahme des Dogmas von der historisch notwendigen Sozialisierung gewinnen können. Denn mit der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der dann möglichen totalen Verfügung des Staates über die Arbeitskraft kann die von den Sowjets angewandte Methode der primären Kapitalakkumulation erst praktiziert werden. Ein solcher Umsturz der überlieferten Sozial- und Wirtschaftsordnung bedarf aber schon um der Einheit der politischen Aktion willen einer besonderen ideologischen Rechtfertigung. Da das Kollektiv zur Erreichung seiner industriellen Planziele bedeutende Opfer an individueller Freiheit und anderen Lebensgütern verlangt, hat es an Stelle des individuellen Wohlstandstrebens soziale Zukunftserwartungen zu setzen. In den von Lenin auf die Bedingungen einer zurückgebliebenen Agrargesellschaft angewandten Lehrsätzen des marxistischen Materialismus ist beides vorhanden, die Ideologie eines industriellen Kollektivismus und eine Geschichts-

* Nach einem Vortrag, gehalten im Ost-Europa-Institut der Freien Universität Berlin am 18. Februar 1961. – Die ökonomischen Argumente, die hier zugrunde liegen, werden näher ausgeführt in des Verf. inzwischen erschienenem Beitrag „Grundbedingungen der Sowjetwirtschaft", in: „Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der VR China" (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Band 23/I, Berlin 1961).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

theorie, die den Weg der Menschheit zum kommunistischen Wohlfahrtsstaat als gesetzmäßige Gewißheit prognostiziert. Die Auseinandersetzung mit dem historischen Charakter des sowjetischen Wirtschaftssystems ist demnach von aktueller, allgemeiner Bedeutung; sie ist nicht mehr ein interner Richtungsstreit unter Marxisten, wie dies in den Anfängen der bolschewistischen Revolution anzunehmen noch möglich war.

Es geht hier nicht darum, den geschichtsphilosophischen Gehalt des Marxismus und Leninismus zu erörtern. Im folgenden soll nur einigen wirtschaftlichen Bedingungen grundsätzlicher politischer Entscheidungen der Sowjetmacht nachgegangen und versucht werden, Alternativen, die in bestimmten geschichtlichen Situationen der politischen Führung gestellt waren, nachträglich in das Kalkül volkswirtschaftlicher Ratio zu fassen. Danach wird erwogen werden, ob auf der so gebotenen Grundlage auch ein Ansatzpunkt für eine Kritik des geschichtsphilosophisch begründeten Anspruchs des sowjetischen Kommunismus auf die führende Rolle in der sozialen Weltentwicklung gefunden werden könnte.

W. W. Rostow, Wirtschaftshistoriker am Institut of Technology in Massachusetts (USA), hat in seinem jüngst erschienenen höchst anregenden Essay „The Stages of Economic Growth" – „a non-Communist-Manifesto" den Versuch unternommen, das bekannte Stufenschema des historischen Materialismus in die Kategorien der modernen wirtschaftshistorischen Erfahrungen zu übersetzen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Marx in seiner Sequenz von geschichtlichen Klassengesellschaften in der Stufe des „Kapitalismus" nichts anderes beschrieben habe als die sozialen Determinanten und technologischen Bedingungen der Verwandlung jeder traditionellen Agrargesellschaft in eine zum industriellen Wohlfahrtsstaat aufsteigende Gesellschaftsformation, und daß man sich in der Deutung des Prozesses von ihm nur durch die Erklärung der Motivation der gesellschaftlichen Handlungen zu unterscheiden brauche. Rostow hat damit die heute wohl zunehmende Einsicht präzisiert, daß die von den Bolschewiki eingeleitete umwälzende Verwandlung der russischen Gesellschaft nicht, wie ihre Ideologen meinen, die Realisierung der „höheren sozialistischen" Stufe der Menschheitsentwicklung darstelle, sondern eine regionale, wenn auch bedeutsame Sonderform der mit zwingender Entwicklungsgesetzlichkeit sich vollziehenden Industrialisierung der ganzen Welt.

Wenn man diese Auffassung zu teilen bereit ist, kann man nun einen Schritt weitergehen und die Frage stellen, warum die Initiatoren und Lenker des sowjetischen Industrialisierungsprozesses Methoden gewählt haben, die zu einer spezifischen Form zentralgelenkter Verwaltungswirtschaft geführt haben. Die hier versuchte Antwort auf diese Frage bedient sich nur ökonomisch-rationaler Erwägungen. Eine ausschließlich wirtschaftliche Bestimmtheit des Geschichtsverlaufes soll damit nicht behauptet werden.

Die ökonomische Erklärung geschichtlicher Zusammenhänge ordnet die Fülle der Tatsachen unter zunächst vereinfachenden theoretischen Annahmen; mit fortschreitender Annäherung an die Wirklichkeit ergeben sich Modifikationen. Im Rahmen dieses Versuchs kann nur der erste Schritt getan werden. Es wird dabei

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von folgenden Zusammenhängen des neuzeitlichen Industrialisierungsprozesses ausgegangen:

1. Industrialisierung ist eine unerläßliche Bedingung für die volle Entfaltung der produktiven, geistigen und politischen Kräfte einer Nation.

2. Das geplante Zeitmaß, in dem jeweils der bis dahin bekannte technische Fortschritt eingeführt und die dazugehörigen institutionellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, unterliegt der Einsicht der Staatsführung in politische Notwendigkeiten; es ist ein außerökonomisches Datum.

3. Politische Notwendigkeiten sind sowohl endogene, wie eine hohe Zuwachsrate der Bevölkerung, die zivilisatorische Ungeduld (ausgelöst durch den „international demonstration effect"), die Sicherung der Ernährung als Voraussetzung innenpolitischer Stabilität – wie auch exogene; so insbesondere die Behauptung der nationalen Existenz oder Verfolgung außenpolitischer Ziele in der Ausdehnung des direkten oder indirekten Machtbereiches.

4. Die derart politisch bedingte Planung des Industrialisierungsvorganges in der Zeit trifft auf die Bedingungen des Raumes, in dem er sich vollzieht. Die erdräumlichen Verhältnisse sind bestimmende Daten geschichtlicher Industrialisierungsprozesse.

Unter solchen Aspekten soll die besondere Situation des Industrialisierungsvollzuges in dem von Rußland beherrschten Raum gekennzeichnet werden. Seine Besonderheiten treten deutlicher hervor, wenn man ihn mit der zeitlich vorausgegangenen Industrialisierung der Volkswirtschaften Westeuropas und Nordamerikas einerseits und Japans andererseits vergleicht.

Die großen Reformer des zaristischen Rußland um die Jahrhundertwende, Witte und Stolypin, waren von der Bedeutung der industriellen Potenz eines Staates für seine Selbstbehauptung nach innen und außen überzeugt. Ihre Politik war deshalb auf ein schnelles Wachstum der Schwerindustrie und die Entfaltung einer marktorientierten Landwirtschaft zumindest in den Getreideüberschußgebieten der südlichen Gubernien gerichtet. Die Erfolge in einigen vorauseilenden Bereichen der Volkswirtschaft vertieften aber gleichzeitig die Widersprüche zwischen dem modernen Element und der überkommenen, am Zivilisationsfortschritt des Westens gemessen großen Rückständigkeit in den sozialen und politischen Verhältnissen des Imperiums.

Die ökonomischen Ursachen dieser relativen Rückständigkeit können auch auf wesentliche Unterschiede in den geographischen Verhältnissen von West und Ost zurückgeführt werden. Obwohl Rußland schon zur Zeit Peters des Großen durch Aneignung westlichen technischen Wissens in einigen Produktionen den damaligen Weltstandard erreicht oder gar übertroffen hat – es überholte z. B. in der Herstellung von Roheisen zu jener Zeit England[1] –, konnte es dennoch mit der spontanen Entfaltung der allgemeinen Produktivkräfte der atlantischen Welt nicht Schritt halten. Diese beruhte in ihrem nordwesteuropäischen Kerngebiet in der

[1] W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. II, S. 749. – Dort auch die Angabe, daß Rußland um 1780 Hochöfen mit der höchsten Produktionsmenge je Woche besaß.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nachmerkantilistischen Zeit auf einigen Vorteilen, die man ökonomisch als Differential-, vornehmlich Lage-Renten der westeuropäischen Staaten bezeichnen könnte.

Diese Vorteile waren:

1. Die Anhäufung von Kapital aus dem Handel mit überseeischen Kolonien;

2. Die Verbindung wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit der handwerklichen Fähigkeit und unternehmerischen Erfahrung breiter Schichten kleiner und mittlerer Unternehmer und absatzorientierter bäuerlicher Familienbetriebe;

3. Die Möglichkeit, überschüssige, tatkräftige Bevölkerungsteile in koloniale Siedlungsgebiete abwandern zu lassen, wohin sie technisches Wissen und auch Kapital brachten, um schließlich mit den Mutterländern auf einer höheren Ebene des Wohlstandes und Welthandels in Leistungstausch zu treten.

Den Nährboden dieser technischen Fähigkeiten und kommerzieller Erfolge bildete die bevorzugte naturgeographische Lage der nordatlantischen Volkswirtschaften im Weltganzen. Das ausgeglichene ozeanische Klima gestattete intensive Landwirtschaft bei günstiger Verteilung des Arbeitsaufwandes über das ganze Jahr. Die dadurch mögliche Verdichtung leistungsstarker Agrarbevölkerung ermöglichte seit dem Mittelalter einen ebenso dichten gewerblichen Überbau. Zu Beginn des Industriezeitalters profitierten die Gewerbe wiederum von der relativen Nähe wichtiger industrieller Rohstoffe, vor allem Kohle und Eisen. Schließlich rückte der billige Wassertransport auf Flüssen, Kanälen und Ozeanen die Stätten der Erzeugung und des Verbrauches seit altersher eng zusammen.

In der Zusammenschau aller dieser Umstände eröffnet sich der Blick auf ein in der Welt einzigartiges ökonomisches Kraftfeld von naturbegünstigten Standorten der Landwirtschaft und Industrie. Es bildete eine wesentliche Grundlage für den frühen zivilisatorischen Fortschritt und den Wohlstand der westlichen Welt und für die Möglichkeit, Arbeit und Kapital in anderen Weltteilen einzusetzen, wo immer sich lohnende Chancen boten.

Seitdem Rußland als ein nach Ost und West expandierendes Imperium auf den Schauplatz der Geschichte getreten ist, hatte es seine Machtgrundlage auch an der entwickelten Wirtschaftskraft des Westens zu messen. Durch schwere militärische Niederlagen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufgeschreckt, konnte es nicht umhin, zu versuchen, eine entsprechende wirtschaftliche Gegenmacht zu errichten.

Diesem Bestreben standen ökonomische Auswirkungen sozialer und natürlicher Umstände entgegen, die fast in jeder Hinsicht denen der atlantischen Welt diametral entgegengesetzt waren:

1. Die große Masse der arbeitenden Bevölkerung bildeten Bauern – um 1900 noch 80 von Hundert –, von denen wieder der größte Teil nicht „spannfähig" war, um hier einen Ausdruck der preußischen Agrarreformen für die eigenwirtschaftliche Existenzfähigkeit anzuwenden.

2. Die geringe Produktivität der Landwirtschaft als Hauptbeschäftigung setzte der Entfaltung des inneren Marktes und der Kapitalbildung durch freiwilliges

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sparen enge Grenzen; das Wertvolumen des vorwiegend auf Ausfuhr unverarbeiteter Produkte beruhenden Außenhandels war verhältnismäßig gering.

3. Das Handwerk außerhalb des dörflichen Bedarfs war, von einigen Zentren abgesehen, wenig entwickelt. Die Basis für das Aufkommen eines kleineren und mittleren gewerblichen Unternehmertums war deshalb schmal.

4. Die Möglichkeit und Neigung zur Abwanderung nach Übersee war begrenzt. Das gilt auch für die unerschlossenen Weiten jenseits von Wolga und Ural. An den übermäßig hohen Investitionskosten der gegenwärtigen Erschließung Sibiriens kann man ermessen, welche Grenzen dem kapitalarmen Rußland in dieser Richtung im 19. Jahrhundert gesetzt waren.

Bei wachsender Bevölkerung ergab sich aus dem Zusammentreffen der genannten Umstände für Rußland der verhängnisvolle circulus vitiosus, den wir gegenwärtig in übervölkerten Entwicklungsländern wahrnehmen. Auch damals lag in der Lösung der Agrarfrage der Schlüssel für das Durchbrechen des Elendskreislaufes, nachdem sich der Einsatz ausländischen Kapitals als unzureichend und politisch als nicht unbedenklich erwiesen hatte. Denn etwa 80% der wichtigsten industriellen Kapitalanlagen Rußlands befanden sich in ausländischer Hand, und diese betätigte sich naturgemäß nur dort, wo eine ausreichende Rendite winkte, also an den marktwirtschaftlich rentablen Standorten des Donez-Beckens, des kaukasischen Erdölgebietes und in den Hauptstädten, wenn wir von strategisch-politisch motivierten Anlagen wie im Falle der sibirischen Eisenbahn absehen.

Die Diskussion der Frage, wie die Agrarfrage und mit ihr das Problem der primären Kapitalakkumulation im zaristischen Rußland hätten gelöst werden können, konnte noch vor einem Jahrzehnt der nachträglichen Spekulation überlassen bleiben. Dieser historische Stoff bildet heute ein wirtschaftspolitisches Dezisionsmodell, da Länder in vergleichbarer sozialer Ausgangslage der Industrialisierung die kommunistische Lösung Rußlands als Alternative zur individualwirtschaftlichen vor Augen haben. Im Rahmen dieses Entwurfs würde deren Erörterung, die eine große Fülle agrargeographischer und betriebswirtschaftlicher Daten zu berücksichtigen hat, nur unvollkommen sein, so daß nur die Fragestellung selbst, nicht aber die Alternativen im einzelnen erörtert werden können.

Es ist hinreichend bekannt, daß durch die Aufhebung der Leibeigenschaft des Jahres 1867 und durch die Stolypinsche Reform von 1906 wichtige und rechtlich ausreichende Maßnahmen zur Freisetzung von Arbeitskraft und persönlicher, unternehmerischer Initiative auf dem Lande getroffen worden waren. Die typischen Wirkungen sind uns in ihren Grundzügen auch aus der Geschichte der preußischen Agrarreform bekannt. Nur diejenigen Bauern konnten nach der Auflösung des gutsherrlichen Verhältnisses des deutschen Ostens ihre Betriebe halten, die imstande waren, neben den Ablösungsgeldern an den Grundherrn auch auf dem Markte durch Angebot das erforderliche Betriebskapital zu bilden. Die übrigen wurden Landarbeiter; deshalb trägt Friedrich Knapps berühmte Darstellung dieses historischen Vorgangs den Titel „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens". Daß die sozialpolitisch bedenklichen Folgen

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der liberalen Rationalisierung der spezifischen Betriebsformen des östlichen Preußen nicht ganz Deutschland zum Verhängnis wurden, ergab sich aus der Möglichkeit, in die Industrie Berlins, des Ruhrgebiets oder nach Übersee auszuwandern. In Rußland aber erfaßte bei allgemein vorherrschender Gutsbetriebsstruktur dieser Zersetzungsprozeß der alten Ordnung das ganze Imperium. Edwart Hallett Carr faßt in seiner „History of Soviet Russia[2]" das Ergebnis der Stolypinschen Reform wie folgt zusammen: „Im Endergebnis leistete die Maßnahme, die getroffen worden war, um die Revolution aufzuhalten, einen vitalen Beitrag zum Erfolg der Revolution. Indem sie das Los der Mehrheit der Bauern weiter herabdrückte, sowohl absolut wie im Vergleich zu den wenigen ihrer Berufsgenossen, die mehr vom Glück begünstigt waren, spaltete sie die Bauern in feindliche Lager und setzte die Revolutionäre in den Stand, die ausgebeuteten Armen gegen die ausbeutenden Wohlhabenden innerhalb der Reihen der Bauernschaft aufzubringen."

Selbst wenn Colin Clarks Feststellung, daß in Rußland um diese Zeit die Zahl der unbeschäftigen Arbeitskräfte auf dem Dorfe mit etwa 30 Millionen Menschen anzusetzen war, als übertrieben angesehen würde, vermittelt sie doch eine Vorstellung von dem sozialen Zündstoff, wie von der Größe der ökonomischen Probleme, die in einem derart übervölkerten Land zu lösen waren.

Man kann unterstellen, daß fortschrittlich eingestellte Gutswirte und Bauern – wie am Beispiel der deutschen bäuerlichen Siedlungen in den Schwarzmeergebieten ersichtlich ist – mit der Anwendung neuer Techniken auch hier ihr Bestes taten, und daß bei fortschreitender „Wanderung des Bodens zum besseren Wirt" die Ernährung der wachsenden Bevölkerung von einer produktiven Landwirtschaft hätte gewährleistet werden können. Eine Folge erfolgreicher Rationalisierung wäre aber gleichzeitig die Freisetzung weiterer, die vorhandene Arbeitslosigkeit vergrößernder Arbeitsreserven gewesen. Diese in industrielle Beschäftigung zu überführen, wäre angesichts der drohenden sozialen Explosion die vordringlichste Aufgabe für jedes Wirtschaftssystem gewesen. Industrialisierung aber setzte voraus, daß die in großer Raumweite verteilten brachliegenden Bodenschätze und Wasserkräfte erschlossen und die dazugehörigen Grundinvestitionen des Verkehrs erstellt wurden.

Es wird zuweilen übersehen, daß die Wachstumsrate der russischen Industrie nach der Jahrhundertwende relativ hoch war[3]; aber gemessen an der Zahl der bereitzustellenden industriellen Arbeitsplätze war die damalige private und staatliche Investitionstätigkeit trotz ihrer absoluten Größe nicht ausreichend im Sinne eines gleichgewichtigen, den sozialen Frieden sichernden Wachstums.

Die industrielle Schwäche Rußlands in machtpolitischer Hinsicht wurde im ersten Weltkrieg bloßgelegt. Mit einer Jahresproduktion von nur 4,2 Mio to Stahl, einem unzulänglichen Transportwesen und abgeschnitten von der ausländischen Einfuhr von Maschinen und Spezialausrüstungen war es dem deutschen Potential von

[2] Bd. II, S. 23 (Übersetzung d. Verf.).

[3] Nach I. I. Ljaščenko, Istorija narodnogo chosjajstva SSSR, Bd. II, S. 394f., betrug sie im Zeitraum von 1900 bis 1913 60 v. H.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über 18 Mio Ja/to Stahl nicht gewachsen, auch wenn dieses nur zum geringeren Teil im Osten eingesetzt wurde. Keine auf Behauptung der Souveränität bedachte Staatsführung hätte nach dieser innerhalb eines Jahrhunderts dritten großen Niederlage gegen industriell besser gerüstete Gegner auf einen weit stärkeren und beschleunigten Ausbau der Industrie in Zukunft verzichten können.

Unter dem innerpolitischen Druck der agrarischen Überbevölkerung und in der Sorge um den Fortbestand Rußlands als Weltmacht war also jeder russischen Staatsführung, gleich welcher politischer Ideologie und Gesellschaftsordnung, unerbittlich die Frage nach dem Umfang und Zeitmaß der notwendigen Industrialisierung gestellt. Die Parole Lenins vom „Einholen und Überholen der am meisten fortgeschrittenen Länder in kürzester Zeit" faßte diese Ziele in eine anschauliche propagandistische Formel und verlangte gleichzeitig einen Zeitplan der Industrialisierung, den eine konsumorientierte Kapitalbildung nicht hätte einhalten können. In modernen ökonomischen Begriffen ausgedrückt: Die autonomen staatlichen, nicht die von der privaten Nachfrage angeregten, induzierten Investitionen wurden als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung eingesetzt. Eine Finanzierung durch Anleihen im Auslande war unter den neuen politischen Verhältnissen unmöglich oder unerwünscht. Man war damit auf die Kapitalbildung aus eigener Kraft, von Stalin später „Sozialismus in einem Lande" genannt, angewiesen.

Der von der forcierten Investitions- und Rüstungsgüterindustrie ausgelöste multiplikative Einkommenseffekt hätte mangels ausreichenden Konsumgüterangebotes jedes Maß freiwilliger Ersparnis überfordert und zu grenzenloser Inflation geführt. Das politisch diktierte schnelle Wachstum der industriellen Kapitalbildung war deshalb nur mittels erzwungenen Konsumverzichtes der Bevölkerung zu finanzieren. Nach Lage der Dinge hatten die Bauern die Arbeiter der wachsenden Städte ohne entsprechende Gegenleistung zu alimentieren.

Wir übergehen hier die Auseinandersetzung unter den sowjetischen Planern über die anzuwendenden Methoden der Organisation und Finanzierung des zentral gelenkten Akkumulationsprozesses und die sich daraus ergebenden Folgen für die Lohnpolitik und die Agrarverfassung[4]. Sie beginnen mit der Diskussion der von Lenin eingeleiteten vorübergehenden Liberalisierung (sog. Neue Ökonomische Politik = NÖP) im Bereich der Landwirtschaft, des Handels und der Kleinindustrie auf dem 11. Parteikongreß (März 1922) und enden mit der formellen Ratifizierung des ersten Fünfjahresplanes durch den 16. Parteikongreß im April 1929 und der im Herbst desselben Jahres ausgelösten zwangsweisen Kollektivierung der Landwirtschaft. Diese von ökonomischer Ratio und einer damals noch offenen Analyse möglicher politischer Folgewirkungen durchdrungenen Auseinandersetzungen bieten auch für eine geschichtsphilosophische Betrachtung lehrreiches Material zur Frage der Determiniertheit sozialgeschichtlicher Prozesse. Für unseren Zweck möge die Feststellung genügen, daß offenbar übermächtige Verhältnisse die Ent-

[4] Vgl. Alexander Erlich, The Sowjet Industrialization Debate 1924–1928, Cambridge, Mass. (1960), und Maurice Dobb, Soviet Economic Development since 1957, New York (1948).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scheidung für die überstürzte Industrialisierung und erbarmungslose Kollektivierung herbeigeführt haben, beide verbunden mit einer Gewaltorganisation, die gestattete „the direct control of the totalitarian state over the largest possible number within the shortest time"[5]. Formen der industriellen Kriegswirtschaft, die vordem nur in Umrissen in der totalen Mobilmachung Ludendorffs und Rathenaus am Ende des Ersten Weltkrieges erkennbar waren, wurden erstmalig beim Aufbau einer Wirtschaft in Friedenszeiten verwendet.

Wenn man die Frage stellt, warum die Führer der bolschewistischen Revolution bei dem Vorhaben, den von der agrarischen Überbevölkerung ausgehenden Elendskreis zu durchbrechen, sich der Methode der zentral lenkenden, über die Produktionsfaktoren total verfügenden Staatswirtschaft bedienten, so liegt ein Vergleich mit der Entwicklung Japans recht nahe. Hatte sich doch das Inselreich zwei Menschenalter zuvor in einer sozialwirtschaftlich und machtpolitisch vergleichbaren Lage befunden. Auch dort kann von einem planvollen Entschluß der Staatsgewalt gesprochen werden, die Industrialisierung beschleunigt nachzuholen und darum traditionelle Strukturen zu ändern. Nach allgemeiner Ansicht ist in Japan ein individualistischer Weg im Sinne des klassischen Entwicklungsganges beschritten worden. Es lohnt sich, diesen Vergleich anzustellen, da er spezifische Bestimmungsgründe der sowjetischen kollektivistischen Methode deutlicher erkennen läßt.

Die Kenntnis der jüngeren Wirtschaftsgeschichte des japanischen Inselreiches ist in Deutschland weit weniger als in der angelsächsischen Welt verbreitet[6]. Ein ausreichendes Wissen über diesen Gegenstand würde es erleichtern, das System der Sowjetwirtschaft in seiner Besonderheit genauer zu erfassen und damit auch die Variationsbreite der Methoden unbefangener zu beurteilen, die den heutigen Entwicklungsländern in der nachholenden Industrialisierung offenstehen.

Im Vergleich zur Ausgangslage der Industrialisierung des sowjetischen Rußland heben sich folgende Startbedingungen Japans kontrastierend ab: Auf dem schmalen Küstensaum der japanischen Inseln, einer Fläche, die gegenüber der eurasischen Landmasse von unscheinbarer Größe ist, wohnt eine Bevölkerung, deren hochstehendes handwerkliches und landwirtschaftliches Geschick die gegebenen Möglichkeiten mit höchster Intensität zu nutzen verstand. Die energetische Nutzung der zahlreichen schnellfließenden Gewässer ersparte anfangs kostspielige Maschinenimporte und führte zu einem ungewöhnlich hohen Anteil (zwischen 1912 und 1951 jeweils durchschnittlich 60 v. H.) der Wasserkraft an der Erzeugung elektrischen Stromes, während diese noch gegenwärtig (1958) etwa 45,1 v. H. aller Energiequellen ausmacht. Die Hydraulik bildete also, ähnlich wie im Frühstadium der mitteleuropäischen Industrialisierung, die Basis für eine dichte Streuung kleinbetrieblicher Werkstätten. Das maritim milde Klima erfordert einen nur ge-

[5] A. Erlich a. a. O., S. 180.

[6] Vgl. W. W. Lockwood, The Economic Development of Japan, Princeton 1954; – C. C. Allan, A short Economic History of Modern Japan, 3. Imp. London 1951; – Treffende Hinweise bei A. Predöhl, Außenwirtschaft (Göttingen 1949), S. 92ff.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ringen Aufwand für Wohnung und Bekleidung. Handwerkliche Fähigkeit, kombiniert mit schneller Übernahme des europäischen Wissens, und die rege Nachfrage nach japanischen Erzeugnissen auf dem Weltmarkt, ferner eine Steuer- und Geldpolitik, die die Erträge der Landwirtschaft und Industrie bei anhaltend niedrigem Lebensstandard der Kapitalbildung zuführte[7], ermöglichten den Aufbau auch einer Schwerindustrie, die Japan schließlich zu einem respektierten Militärstaat und Produzenten schwerer Ausrüstungsgüter machte. Die japanische Industrialisierung stand in Zuwachsraten und Erfolg hinter der nachfolgenden sowjetischen nicht zurück[8], übertraf sie aber von Anbeginn in der größeren Differenziertheit der Produkte und in der Absatzfähigkeit auf den Weltmärkten.

Die technische Revolutionierung löste die überkommene Sozialstruktur Japans nicht auf, sondern paßte sie den industriewirtschaftlichen Bedürfnissen an. Hinter dem Vordergrund eines individualistischen westlichen Vorbildes wirkten bis in die Gegenwart ein strenger Konformismus im anspruchslosen Lebensstandard, sowie eine Arbeits- und Verbandsdisziplin in allen Schichten und Berufsgruppen im Zusammenhang eines hochmonopolisierten Systems, das Gen-ichi-Abe in einer Veröffentlichung der List-Gesellschaft[9] wie folgt kennzeichnet: „Die Beziehung zwischen großen und kleineren Unternehmen ist im allgemeinen eher durch Kontrolle und Unterordnung gekennzeichnet als durch Wettbewerb. Hingegen entwickelt sich der Wettbewerb unter den mittleren und den kleinen Unternehmen und führt zu einem ruinösen Kampf. Der wirtschaftliche Aufbau in der Nachkriegszeit wurde mit Hilfe von staatlichen Investitionen hauptsächlich in Großunternehmen durchgeführt, so daß die wirtschaftliche Macht sich wiederum bei den ehemaligen Zaibatsu konzentriert. Die wirtschaftliche Eingliederung der durch schöpferische Zerstörung aus dem Wirtschaftsprozeß Ausscheidenden muß mit großer Wahrscheinlichkeit wiederum durch den Staat erfolgen."

Das mag genügen, um Gemeinsames und Trennendes im Vergleich der sowjetischen und japanischen Industrialisierungspolitik zu erkennen. In beiden Fällen waren die Startbedingungen im Vergleich mit der atlantischen Welt als ungünstig zu bezeichnen. Es bilden niedrig gehaltener Lebensstandard und eine durch den Staat dort, durch Kartellmacht hier auferlegte Leistungsdisziplin die Grundlage der zentral geleiteten Kapitalakkumulation. Auf diese Weise wurden ungünstige Startbedingungen überwunden: Im sowjetischen Falle der fehlende technische

[7] In dem Beitrag „Japan" im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HSW), Bd. 5 (Göttingen 1956), spricht Shigeto Tsuon von den „günstigen Wirkungen des kontinuierlich steigenden Preisniveaus auf die ständig sich ausdehnende kapitalistische Wirtschaft, da der Preisanstieg ein zwangsweises Sparen der Bevölkerung mit sich brachte". Von 1870–1940 seien die Preise um 400% (in den USA um 100%) gestiegen. Mit allen methodischen Vorbehalten setzt S. T. den japanischen Pro-Kopf-Verbrauch für 1950 auf $^1/_{16}$ bzw. $^1/_{10}$ (n. d. Pigou-Formel) des nordamerikanischen an.

[8] Vgl. Beitrag „Größenordnungen des industriellen Wachstums" (W. G. Hoffmann), Fig. 2 in HSW, Bd. 5, S. 232.

[9] Competition and Monopoly in the Japanese Economy, in: Wirtschaftssysteme des Westens, Bd. I, Hrsg. v. R. Frei (Basel 1957), S. 101 ff.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Standard und die Marktferne der Produzenten, im japanischen die fehlende Rohstoffgrundlage.

Bei der Entwicklung des vom russischen Zentrum aus organisierten eurasiatischen Raumes waren aber noch besondere Hindernisse der industriellen Wohlstandsentwicklung zu überwinden; nämlich die wachsenden Kosten der Raumerschließung und die nachteiligen Wirkungen extremer klimatischer Verhältnisse. Diese Umstände können, wie im folgenden dargelegt wird, sowohl für die Durchsetzung des Systems zentralistischer Verwaltungswirtschaft wie für die Bevorzugung großer Betriebseinheiten als wesentlich mitbestimmend angesehen werden. Aus ihnen resultieren auch wesentliche Unterschiede zu Japan im Hinblick auf die betriebliche Struktur im einzelnen und auf das System im ganzen.

Die Probleme, die bei der Überwindung der genannten Hindernisse zwischen Weichsel und Amur einst und jetzt zu lösen sind, lassen sich aus einigen wirtschaftsgeographischen Daten leicht ableiten.

Das Staatsgebiet erstreckt sich in west-östlicher Richtung über mehr als 9000, in nord-südlicher Richtung über mehr als 4500 km. Reiche Bodenschätze sind über den ganzen Raum verteilt, während das nutzbare Agrarland nur etwa 14% des Staatsgebiets ausmacht und in der Weizen-Mais-Zuckerrüben-Zone in einem nach Osten immer schmäler werdenden Bande verläuft.

Die aus dieser mikro- und makroökonomischen Verteilung von Landwirtschaft und Industrie sich ergebenden durchschnittlichen Transportentfernungen sind sehr groß. Sie betragen für jede Ware nach dem Stande von 1959 810 km (darunter für Koks 710 km, für Holz 1500, für Getreide 1200 km). 80 v. H. dieser Transporte sind mit der Eisenbahn zu bewältigen[10]. Wenn man das Verhältnis der naturalen Transportkosten zu Wasser und zu Lande nach nordamerikanischer Erfahrung mit etwa 1 : 5 ansetzt, so läßt sich ermessen, mit welchem Transportaufwand diese kontinentale Volkswirtschaft der Sowjetunion belastet ist. Diese Belastung trifft insbesondere die gewaltige Transportmassen bewegende Eisen-Stahl-Produktion und -verarbeitung. In der atlantischen Welt ist sie standortoptimal an Küsten und Wasserstraßen gelegen, während die Stahlzentren Eurasiens mit großen Landtransport-Radien für die Ausgangsmaterialien und für den Absatz der Fertigprodukte vom Donez bis zum Amur verteilt sind.

Das ungünstige Klima der eurasiatischen Landmasse war in der Landwirtschaft stets ein Hemmnis der Wohlstandsbildung auf individualwirtschaftlicher Grundlage. Die Temperaturextreme zwischen den Jahres- und Tageszeiten und eine häufig ungünstige jahreszeitliche Verteilung der Niederschläge engen die Vegetationsperiode ein und drängen die Arbeitszeitspitzen in der Landwirtschaft auf kurze Fristen zusammen. Diese Umstände setzen auch dem Fruchtwechsel und der Viehzucht als wichtigen Voraussetzungen einer familienwirtschaftlichen, marktorientierten Intensivkultur enge Grenzen. Um Überschüsse für die Städte und den Export, nicht zuletzt auch für die Bildung von Vorräten zum Ausgleich

[10] Die Volkswirtschaft der UdSSR im Jahre 1959. Ein statistisches Jahrbuch (russ.). S. 487 ff.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

extremer Ertragsschwankungen zu sichern, wurde deshalb in diesem Staatsraum durch Jahrhunderte der Großbetrieb, die Gutswirtschaft mit abhängigen Arbeitskräften politisch privilegiert.

Der beste europäische Sachkenner des russischen Agrarproblems um die Mitte des 19. Jahrhunderts, Alexander v. Haxthausen, bemerkte[11]: „Wenn Großgrundbesitz für den Fortschritt der Zivilisation und des nationalen Wohlergehens in Rußland erforderlich ist, was nach meiner Ansicht nicht bestritten werden kann, so kann man die Leibeigenschaft nicht abschaffen." Dabei ist an dieser Stelle offenbar nicht die juristische Form, sondern der betriebswirtschaftliche Effekt der Leibeigenschaft gemeint. Für nahezu alle russischen Sozialreformer des 19. Jahrhunderts ist das Leitbild die Produktionsgemeinschaft auf der Grundlage der vorhandenen Obščina (Periodische Umverteilung des Landes durch die Dorfgemeinde), die sozialen Fortschritt unter Beibehaltung des als überlegen erachteten Großbetriebes bringen sollte[12].

Wir haben bei der Bewertung der Ergebnisse der liberalen Agrarreformen Rußlands gesehen, daß sie zwar in einigen klimatisch bevorzugten Zonen einer marktorientierten Farmwirtschaft den Weg freigelegt, jedoch das Agrarproblem im ganzen, nämlich die Frage, wie die wachsende ländliche Überbevölkerung in industrielle Arbeit übergeführt, die dafür nötige Kapitalakkumulation rechtzeitig bereitgestellt und die Ernährung der wachsenden Städte gesichert werden sollte, nur auf eine andere Ebene gehoben, aber nicht gelöst hat. Auch Lenin hinterließ im Bereich der Landwirtschaft im Grunde nichts mehr als die Restituierung des Stolypinschen Modells und die programmatische Erwartung, die Kleinbauern würden, von den Vorteilen technisch überlegener Produktionsgenossenschaften überzeugt, ihre Individualwirtschaft eines Tages freiwillig aufgeben[13]. Die Verstaatlichung der schon im Zarismus hochentwickelten Industriemonopole und Trusts schuf zunächst nur die Machtbasis für die beabsichtigte beschleunigte Erschließung der Ressourcen des Raumes. Die zentrale wirtschaftspolitische Frage, wie das dafür erforderliche Kapital beschafft werden sollte, war damit noch nicht gelöst.

Dieses eigentliche Dilemma der Industrialisierung des sowjetischen Raumes zeigte sich bereits in der Diskussion um die Generallinie der Wirtschaftspolitik der Jahre 1924–1928[14]. Der von Bucharin und Rykow vertretenen Idee, über eine allmähliche Wohlstandsbildung in der individual bäuerlichen Landwirtschaft und durch wachsende Arbeiterlöhne die sozialistische Großindustrie von der Endnach-

---

[11] Alexander v. Haxthausen, Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Rußlands, Hannover 1847.

[12] S. A. Gerschenkron, The Problem of Economic Development in Russian Intellectual History of the Nineteenth Century, *in*: Continuity and Change in Russian and Soviet Thought. (Sammelwerk, Hrsg. E. J. Simmons, Cambridge Mass. 1955, S. 12ff.)

[13] Im Jahre 1928 betrug die Zahl der Staatsgüter 1407, in Kolchosen waren nur 0,4 Mio (1959: 18,5 Mio) Bauernstellen vereinigt. (nach Statist. Jahrb. Moskau 1960 [russ.], S. 507.)

[14] Vgl. A. Erlich, a. a. O. (vgl. Anm. 4).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

frage her aufzubauen[15], stand die Forderung Stalins nach dem forcierten Aufbau der Schwerindustrie gegenüber, deren Alimentierung das Herabdrücken des Lebensstandards auf das Existenzminimum bis zur Grenzsituation der Zwangsarbeitslager zur vorausgesehenen Folge haben mußte.

Stalin als Vollstrecker dieses harten Verfahrens hatte den Primat der Außenpolitik für sich, und der von ihm propagierte „Aufbau des Sozialismus in einem Lande", die beschleunigte Industrialisierung aus eigenen Hilfsquellen also, war eine Folgerung aus seiner durch den weiteren Gang der Geschichte schließlich bestätigten Beurteilung der Weltlage. Das geschichtliche Urteil über diese Entscheidung kann auch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die mit der Drosselung der Leichtindustrie aufbrechende Preisschere zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion zu einem bedrohlichen Rückgang der Leistungsbereitschaft der marktbeliefernden Bauern geführt hatte. Die zwangsweise Kollektivierung wurde deshalb als Mittel eingesetzt, um eine regelmäßige Belieferung der Städte mit ländlichen Produkten ohne angemessenes Entgelt zu erzwingen, gleichzeitig die betrieblichen Grundlagen für die Einführung der landwirtschaftlichen Großmaschine amerikanischen Typs einzuführen und Arbeitskräfte für die betriebliche und räumliche Expansion der Industrie freizusetzen und planmäßig zu transferieren. Wenn A. von Haxthausen gemeint hatte, daß der russische Großgrundbesitz und damit die Leibeigenschaft im Interesse des Fortschritts nicht abgeschafft werden könne, so hat Stalin 80 Jahre später die inzwischen beseitigte Gutsuntertänigkeit wieder eingeführt, um die Bedingungen für die forcierte Kapitalakkumulation einer schnellen Industrialisierung herzustellen[16].

Die erschreckende Höhe der moralischen und sozialen Kosten der Kapitalakkumulation der Stalinepoche wurde nicht zuletzt verursacht durch den Entschluß, mehrere tausend km östlich des standortgünstigen Donezreviers neue Industriereviere zu schaffen, insbesondere die zweite Stahlbasis, das Ural-Kuznezk-Kombinat. Dieses war ohne eine vorhandene soziale Infrastruktur mit enormem Transportkostenaufwand zu errichten und zunächst zu betreiben. In offener Diskussion wurden im Jahre 1936 die strategischen Motive der Ostverlagerung der Industrie, die im Zweiten Weltkriege ihre Probe bestanden hat, als wichtigste Begründung genannt. Eine weitere war der Gedanke, den ersten Trittstein für die fortschreitende industrielle Erschließung Sibiriens zu setzen. Auch diese Begründung erscheint durch die nachfolgende Entwicklung gerechtfertigt. Die gegenwärtige Industrialisierung Kasachstans und des mittleren Sibiriens, die landwirtschaftliche Kultivierung von etwa 30 Mio ha Neuland in diesen Regionen wäre ohne den ersten, opfervollen Schritt nicht zu vollziehen gewesen. Ohne die fortschreitende Expansion nach dem an Rohstoffen und potentieller Energie reichen Osten hätte die Sowjetunion ihre gegenwärtige Machtstellung nicht gewinnen können. Die gegenwärtige und zukünftige Beurteilung der Stalinepoche kann an dieser Tatsache nicht vor-

[15] Vgl. P. Knirsch, Die ökonomischen Anschauungen Nikolaj I. Bucharins, Berlin 1959.

[16] Grundlegende Darstellung dieses Prozesses bei W. Hofmann, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beigehen. Die Beurteilung der Erfolge und die Kritik der sowjetischen Wirtschaftspolitik liegen jedoch außerhalb unseres Themas. Wir sprechen von der sowjetischen Wirtschaft als einem historischen Typus und fragen nach dem Gesetz seiner Bildung. Das beigebrachte anschauliche Material möge genügen, um die Umrisse einer solchen geschichtlichen Typologie zeichnen zu können.

Die Behauptung des russischen Herrschaftsbereiches als einer politischen Einheit, das unerläßliche Nachvollziehen der technisch-sozialen Entwicklung zur modernen Industriegesellschaft durch die Sowjets vollzieht sich in einem Wirtschaftssystem, dessen wesentliche Determinanten aus gegebenen Aktionsbedingungen herzuleiten sind, das deshalb in seinen konstitutiven Elementen als „Anpassung an übermächtige Verhältnisse" (A. Gehlen) verstanden werden kann. Ob die Vernachlässigung der funktionalen Bedeutung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die schon bei den vor-marxistischen russischen Sozialreformern üblich war[17], ebenfalls auf das Milieu zurückzuführen ist, ist ein Problem, das sich der gleichen Argumentation als zugänglich erweisen könnte.

Der vorgetragenen Ansicht liegt nicht die Annahme einer naturgeographischen Determiniertheit des staatsbildenden Verhaltens zugrunde, wie sie Montesquieu in seinem „Esprit des Lois" behauptet hat. Gemeint ist vielmehr ein zweckrationales Verhalten bei der Herstellung eines ökonomischen Optimums, ähnlich wie H. v. Thünen in seinem Standorttheorem die Wahl der landwirtschaftlichen Betriebssysteme aus der jeweils gegebenen Transportkostenentfernung vom Verbrauchszentrum seines Modells erklärt. In diesem Sinne kann die Wahl gewisser Großbetriebsformen (Gutsbetrieb, Kolchose) angesichts der Wirkung natürlicher Standortfaktoren als eine rationelle angesehen werden[18]. Der staatswirtschaftlich-zentralistische Charakter des Systems im ganzen ist freilich aus solchen, die Betriebsgestalt bestimmenden Determinanten nicht zu erklären, die doch als raumadäquate Betriebsformen schon vor der Sozialisierung vorhanden waren. Das Gesamtsystem in seiner ökonomischen Ratio ist auch nicht nur als eine „Dachorganisation" von zweckmäßigerweise in Großbetrieben organisierten Einzelwirtschaften zu verstehen, obwohl diese Formen den spezifischen sowjetischen Planungszentralismus erst ermöglichen[19].

Als in letzter Instanz für die Wahl des Systems bestimmend werden hier vielmehr das Vorhaben der Raumerschließung und die Methoden staatlicher Kapitalakkumulation angesehen, die jene ermöglichten. Wenn eingeräumt wird, daß die plangegebenen Präferenzen von Ort und Zeit von einer in großen Sektoren noch in der NÖP individualwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft nicht einzuhalten

[17] Vgl. M. E. Malina, Herzen and the Peasant Commune; ferner O. H. Radkey, Chernow and Agrarian Socialism Before 1918, beide in „Continuity and Change".

[18] Eine eingehende Begründung dieser These wird in des Verf. eingangs genanntem Beitrag gegeben. – Der Versuch einer standortgeographischen Erklärung der Entwicklung des Groß- (und Mammut-) Betriebes in der sowjetischen Industrie steht noch aus. Zur Methode s. W. Gerling, Technik und Erdbild, Würzburg 1944.

[19] So ist die gesamte Landwirtschaft des riesigen Raumes in nur etwa 60 000 Einzelbetrieben organisiert.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewesen wären, dann kann die Sowjetwirtschaft als ein Gesamtoikos aufgefaßt werden, der diese Aufgabe zu lösen unternahm und die als raumadäquat bezeichneten vorhandenen Betriebsformen zum allgemein verbindlichen Leittypus erklärte. Dies geschah um der politischen Systemeinheit willen auch dort, wo der dekretierte Großbetrieb den Bedingungen des Milieus widersprach. Das ließe sich für gewisse Randzonen des Sowjetimperiums an den dort bestehenden Widersprüchen von Betriebsform und Milieu leicht nachweisen.

Die Ort-Zeit-Präferenzen der Sowjetwirtschaft sind – was ausdrücklich bemerkt sei – nicht aus der Wirtschaft innewohnenden Gesetzen, sondern als von politischen Entschlüssen bestimmt zu erklären, deren Deutung eine Aufgabe der Historie und der politischen Wissenschaft ist. Der Nationalökonom hat die bescheidenere Aufgabe, diesen Wissenschaften die jeweils gegebenen materiellen Grundlagen für Alternativen wirtschaftspolitischer Entscheidungen bereitzustellen und damit zum Verständnis der ökonomischen Ratio des politischen Systems beizutragen. Er wird, um dem Problem der wirtschaftlichen Determinanten eines politischen Systems näherzukommen, die Vergleichsbasis möglichst weit ziehen. So legt eine Diskussion der sowjetischen Aktionsbedingungen und Alternativen es nahe, die ebenfalls in einem großen und „autarkiebegabten" (Klinkmüller) Raume vollzogene ökonomische Expansion in Nordamerika vergleichend zu betrachten. Die Gemeinsamkeiten, wie „die Weite der Räume mit der Möglichkeit zu großzügiger kulturtechnischer Gestaltung der Landschaft und die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung"[20], sind beachtlich groß. So sind die Betriebsformen und Techniken der Landwirtschaft, denen wir für die Systemwahl in Rußland konstitutive Bedeutung zugesprochen haben, in Nordamerika westlich des 90. Längengrades den sowjetischen ähnlich und haben für diese vielfach das Vorbild abgegeben.

Aber zum Unterschied vom eurasiatischen Raum sind diese Formen in Nordamerika nicht dominierend; sie sind Randerscheinungen, genauer gesagt, Organisationsformen von Grenzbetrieben auf Grenzböden. Sie bestimmen deshalb das Gesamtsystem nicht. Dieses beruht in seiner Struktur, Leistungsfähigkeit und Dynamik in den den Ozeanen zugewandten Regionen auf dichter Standortballung der Industrie und intensiver Landwirtschaft, in deren Bereich die individualwirtschaftliche Wettbewerbswirtschaft die höchsten Wirkungsgrade der Welt erreicht hat.

Dem eurasiatischen Raum fehlen solche naturgegebenen Wohlstandsmetropolen von ausreichender Tragkraft. Die nachholende politisch gelenkte Industrialisierung hatte dort deshalb den ganzen zur Verfügung stehenden Raum möglichst gleichzeitig zu erschließen[21]. Wäre der Versuch unternommen worden, zuerst die alten Regionen und Industriezentren des europäischen Rußland zu intensivieren und dann erst zu expandieren, wäre der Wettlauf mit der politischen Zeit sowie mit

[20] So H. Schlenger, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Sowjetunion. Beiträge zu einem länderkundlichen Vergleich in „Abhandlungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung", Bd. 28, Bremen 1954.

[21] Vgl. Henri Chambre, Espace économique et Union Soviétique, in: Cahiers du Monde Russe et Soviétique (Paris) 1959, H. 1, S. 25.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Bevölkerungsdruck und dem Hunger kaum zu gewinnen gewesen. Das ist freilich eine wirtschaftshistorische Hypothese; sie einer genaueren Überprüfung mit den Denkmitteln der ökonomischen Kreislaufbetrachtung zu unterziehen, wäre eine lohnende Aufgabe.

Die Wirtschaftswissenschaft vermag mit ihrer Methode, auch wenn es sich um geschichtlichen Stoff handelt, nur Zweck-Mittel-Beziehungen zu untersuchen und wird deshalb den historischen Sinn nicht ganz befriedigen können. In den Grenzen des Faches kann sie also dem geschichtlich Interessierten nicht mehr als Fragen vorlegen, die sie mit ihren Methoden allein nicht zu beantworten vermag.

Die eine Frage ist die nach dem geschichtlich gerechtfertigten Zeitmaß der sowjetischen Industrialisierung, das zuweilen als überstürzt oder maßlos bezeichnet wird. Für die nähere Bestimmung der sozialwirtschaftlichen Determinanten des erforderlichen Tempos, zu denen vor allem die Überbevölkerung, aber auch die zivilisatorische Ungeduld aufgeklärter Massen zu rechnen sind, wäre die Wirtschaftsgeschichte zuständig. Die Frage jedoch, ob die politische Situation Rußlands, des bolschewistischen Rußlands insbesondere, wirklich so gefährdet war, daß die Opfer an Menschen und Arbeitsleid zu verstehen sind, ist eine Frage von historisch-politischer Bedeutung. Hier aber dürfte der Schlüssel zur Deutung der stalinistischen Periode liegen, nicht nur für uns, sondern auch für die sowjetische Geschichtsschreibung[22]. Das von der sowjetischen Führung tatsächlich gewählte Tempo ist in einer nur wirtschaftlichen Analyse des stattgehabten Prozesses als Datum einzusetzen. Als solches ist es aber ein Problem der politischen Geschichte.

Die andere Frage ist geschichtsphilosophischen Charakters und betrifft die Deutung des sowjetischen Phänomens überhaupt. Zum Beginn der Darlegungen wurde auf das ideologische Selbstverständnis des Systems Bezug genommen: Die Sowjetmacht versteht sich darin als Vollzieherin eines gesetzmäßig verlaufenden sozialen Fortschritts an der Spitze der Menschheitsentwicklung. Ihre Methoden, insgesamt beruhend auf der Abschaffung der privaten Verfügung über die Produktionsfaktoren, werden als Erfüllung des von Marx und Engels vorausgesagten Sozialismus bezeichnet. Sie entsprechen auch ohne Zweifel den zehn Geboten des kommunistischen Manifestes. Aber sie wurden von Lenin und Stalin zu einem Zeitpunkt eingeführt, als Rußland erst am Anfang und noch sehr weit entfernt vom Reifezustand der industriellen Proletarisierung sich befand, in welchem die Sozialisierung nach der Prognose von Karl Marx sich gesetzmäßig erst einzustellen hat.

Wenn man die hier vorgetragene These anzunehmen geneigt ist, daß in Rußland Großbetriebsformen und Verstaatlichung der gesamten wirtschaftlichen Dispositionen über Faktoren und Wirtschaftsablauf zu erklären sind auch als eine Funktion natürlicher Bedingungen der Industrialisierung des eurasiatischen Kontinentalraumes, dann wäre eine Interpretation des Systems mit den Mitteln des historischen Materialismus, die „offiziell" nicht vorgesehen ist, folgendermaßen

[22] „It was this unique blend of creeping fear, exhilaration of battle, and la patrie – en danger psychosis that provided the intellectual climate for Stalin's revolution from above", meint A. Ehrlich a. a. O., S. 181.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

möglich: Die Naturbedingungen gehören zu den „Produktivkräften" im Sinne des Marxschen Geschichtsdeterminismus, wie der amerikanische Sinologe Karl Wittfogel in seiner Analyse des von Marx verwendeten Begriffes „asiatische Produktionsweise" nachgewiesen hat[23]. Die besonderen Naturbedingungen Eurasiens, das Klima und die weite Dislozierung der Naturkräfte, erzwingen als „Produktionsverhältnisse" Großbetriebe und staatswirtschaftlichen Zentralismus. Die Ideologen der bolschewistischen Revolution erstreben aus Überzeugung die Verwirklichung des im Kommunistischen Manifest beschriebenen Sozialmodells einer künftigen Industriegesellschaft. Ihre Lehre, die leninistische Auslegung des marxistischen Gedankenerbes, ist im Sinne der Ideologiekritik von Marx „ideologischer Überbau", also Rechtfertigung der von ihnen eingerichteten Wirtschafts- und Herrschaftsordnung; diese aber ist nicht das Ergebnis eines als universal gedachten gesellschaftlichen Fortschrittes, sondern ein System zweckvoll zusammenhängender Maßnahmen, durch die „List der Geschichte" ausgewählt aus der Vielfalt der in jeder Epoche nicht nur denkbaren, sondern unter bestimmten Umständen auch realisierbaren Ordnungsformen.

[23] K. Wittfogel, Oriental Despotism, A Comparative Study of Total Power, New Haven 1957.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HILDEGARD BRENNER

DIE KUNST IM POLITISCHEN MACHTKAMPF DER JAHRE 1933/34 *

Die nationalsozialistische Kunstpolitik wurde nach ihrer machtstrukturellen Seite in den Jahren 1933/34 formuliert. Mit der Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (RMVAP) am 11. März 1933 setzt diese Phase ein. Die Ernennung von Goebbels zum Reichsminister, der kulturpolitische Charakter seines Auftrags („zuständig für alle Aufgaben der geistigen Einwirkung auf die Nation"), die demonstrative Firmierung des neuen Ministeriums – diese drei Fakten leiteten nicht nur die „Umstellung der öffentlichen Meinung" (Hitler) ein, sondern, zu diesem Zweck, ebenso eine „Umstellung" des kulturpolitischen Führungsstils. Andere, neue, vor allem beweglichere Methoden, als die völkische Praxis sie bereithielt, schienen notwendig, um diesen Prozeß der geistigen Machteroberung durchzuführen. Solche Methoden auszubilden, galt als eine der vordringlichen Aufgaben des neuen Ministeriums.

Damit kündigte sich nun auch für die nationalsozialistische Kultur- bzw. Kunstpolitik ein Bruch mit der völkischen Tradition an, wie er im politischen Bereich spätestens seit 1928[1] offenkundig war.

Die Ernennung von Goebbels kam nicht nur für diesen selbst überraschend[2]. Sie enthielt zugleich eine Absage an den kulturpolitischen Führungsanspruch Alfred Rosenbergs, die dieser aufs Prinzipielle gerichtete Mann keineswegs hinzunehmen bereit war. Was seinen Anspruch begründete, war die Tatsache, daß Rosenberg Initiator und Leiter der bisher repräsentativen nationalsozialistischen Kulturorganisation, des „Kampfbundes für Deutsche Kultur", gewesen war und in ihm die kulturpolitische Kadertruppe des neuen Reiches herangebildet hatte. Seit August 1927 als „Nationalsozialistische Gesellschaft für deutsche Kultur, National-

* Der hier folgende Beitrag beruht zu erheblichem Teil auf nicht veröffentlichten Materialien. In der Literatur nach 1945 streift nur P. O. Rave die Ereignisse. Einige Künstler-Memoiren (Schlemmer, Moholy-Nagy) erwähnen sie. Hinweise zur Chronologie der Ereignisse und Stellungnahmen enthalten innerdeutsche Periodica der Jahre 1933/34, hauptsächlich der „Völkische Beobachter" (VB) und die „Deutsche Allgemeine Zeitung" (DAZ) bzw. die „Kunst der Nation". Wichtige Quellen zur politischen Verflechtung der Kunstdiskussion fanden sich, allerdings verstreut, in z. T. noch unausgewerteten Archivalien, so ein Teil der brieflichen Kontroverse Rosenberg-Goebbels im Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris (im folgenden zitiert: CDJC), weitere Zeugnisse im Berlin Document Center (BDC) und im Bundesarchiv Koblenz (BA). Auch konnten vereinzelte Primärquellen aus privatem Besitz herangezogen werden. Schließlich wurden unmittelbar bzw. mittelbar Beteiligte nach den Vorgängen befragt. Ihre Aussagen wurden schriftlich festgehalten (im folgenden zitiert: Prot., wobei die römische Ziffer Schlüssel für den Namen des Befragten ist). Die Befragungsprotokolle sollen in absehbarer Zeit im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, hinterlegt werden.

[1] Broszat, Martin: Der Nationalsozialismus. Stuttgart 1960. S. 21ff.

[2] Stephan, Werner: Joseph Goebbels. Dämon einer Diktatur. Stuttgart 1949; Fraenkel, Heinrich und Manvell, Roger: Goebbels. Eine Biographie. Köln/Bln. 1960.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sozialistische wissenschaftliche Gesellschaft" aufgebaut[3], übernommen und bestätigt im Organisationsgefüge der NSDAP[4], war der „Kampfbund für Deutsche Kultur" zum Auffanglager vorwiegend ressentimentbestimmter Einzelgänger, Gruppen und ab 1931 ganzer Verbände geworden. Als ein Netz von Stützpunkten überzog die Organisation inzwischen ganz Deutschland. Die zahlreichen und militant geführten Aktionen bestanden im wesentlichen darin, die Politik der Weimarer Republik zu diffamieren (so etwa mit den Schandausstellungen „Regierungskunst von 1918 bis 1933", „Novembergeist, Kunst im Dienste der Zersetzung", „Kunstbolschewismus" u. a.). Die organisatorischen, personellen und ideellen Verflechtungen mit dem Thüringischen Regime Frick (1929–33) waren eng. Die kulturpolitische Programmatik war identisch. Was der Rosenbergsche Kulturbund mit seiner Zentrale in München proklamiert hatte, wurde in Thüringen, dem Experimentierfeld nationalsozialistischer Kultur- und Kunstpolitik, verordnet (z. B. der Erlaß „Wider die Negerkultur, für deutsches Volkstum" v. 5. 4. 1930) und durchgeführt (Buch- und Filmzensur, Museums-„Reinigungen", Entlassungen unerwünschter Künstler und Kunstbeamter usw.). Die nationalsozialistische Kulturoffensive von 1931 war von Thüringen ausgegangen und unter völkischen Vorzeichen geführt worden[5].

Was somit bis 1933 überhaupt den Anspruch erheben konnte, nationalsozialistische Kunstpolitik zu sein, hatte sich auf der Linie München-Weimar abgespielt. „Völkisch" nannte sich diese Politik, weil ihre Anfänge unlösbar mit der regen kulturpolitischen Aktivität der 1927 in ihrer Mehrzahl noch eigenständigen völkischen Gruppen verbunden waren. Bruchlos war diese Aktivität in die neuen organisatorischen Formen überführt bzw. in den kulturellen Neuaufbau des Landes Thüringen einbezogen worden, so daß die Völkischen Ende 1932 sowohl das breite Publikum der nationalsozialistischen Kulturpolitik als auch deren Wortführer stellten (A. Bartels, Schultze-Naumburg, H. F. K. Günther, Darré, H. S. Ziegler u. a.).

Noch nach dem 30. Januar 1933 hatten alle Anzeichen dafür gesprochen, daß diese nationalsozialistisch-völkische Politik in ihrem Modellcharakter bestätigt und nunmehr auf Reichsebene fortgesetzt werden würde. Der thüringische Innen- und Volksbildungsminister Dr. Frick war zum Reichsinnenminister berufen worden. Er brachte seine Kulturfunktionäre mit nach Berlin und ernannte Prof. Schultze-Naumburg wiederum zu seinem Kunstberater. Der „Kampfbund für Deutsche

[3] CDJC/CXLV–618.

[4] „Der ‚Kampfbund für Deutsche Kultur' nimmt die Sammlung alles völkischen Kulturgutes und der Träger dieses Gutes vor. Die Abteilung für Volkserziehung der NSDAP vermittelt aus diesem Reservoir das Beste dem Volk als Erziehung, als Lehrgut.

Die vorhandenen kulturpolitischen Organisationen in den Gauen werden in den Dienst dieser Abteilung des ‚Kampfbundes' gesetzt." (Aus: „Dienstvorschrift für die Politische Organisation der NSDAP").

[5] Eine Darstellung der Kunstpolitik Rosenbergs und Fricks vor 1933 wird die Verfasserin im Rahmen einer Arbeit über die Kunstpolitik des Nationalsozialismus in Kürze vorlegen (Rowohlt-Verlag).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kultur" war ebenfalls zur Machtübernahme gerüstet gewesen. Die geradezu fieberhafte Aktivität, die seit dem 30. Januar allenthalben, auch in den entferntesten Stützpunkten, entfaltet wurde, ließ den Plan erkennen, über eine rigorose Personalpolitik die kulturellen Schlüsselpositionen zu besetzen. Die Korrespondenz der Reichsleitung des „Kampfbundes für Deutsche Kultur"[6] zeigt eine Fülle derart gezielter Einzelaktionen. Sie zeigt allerdings ebenso, wie diese Machtergreifung bereits in Konflikt geriet mit konkurrierenden Institutionen: dem „Reichsbund Volkstum und Heimat" mit seinem rührigen Reichsführer Prof. Karl Alexander von Müller[7], dem NS-Lehrerbund und, schwerwiegender noch, mit der Kulturabteilung der NSDAP. Aber erst die Errichtung des RMVAP drohte die nationalsozialistisch-völkische Machtstrategie vollends zu durchkreuzen. Die Besetzung des neuen Amtes mit Goebbels überdies mußte um so brüskierender erscheinen, als Goebbels zwar parteiliche Spitzenfunktionen innehatte, darunter die Reichspropagandaleitung der NSDAP, jedoch im Bereich der Kultur macht- und „verdienst"-los war. Als ein König ohne Land trat er sein kulturpolitisches Amt an.

Für die Geschichte der nationalsozialistischen Kunstpolitik setzt mit der Einrichtung dieser zweiten kulturpolitischen Befehlsstelle eine kaum auflösbare Widersprüchlichkeit von Praxis und Ideologie, von Wirklichkeit und Programm, von Schlagworten, Polemiken, Repliken usw. ein. Hinter diesen Äußerungen, z. T. durch sie, vollzog sich der komplizierte Prozeß innerparteilicher Machtintegration. Während nach außen hin der Ablauf der politischen Ereignisse sich als Stufen der Gleichschaltung abzeichnet, wurden innerparteilich die bekannten Machtkämpfe ausgetragen. In ihrem Verlauf erst formte sich die offizielle nationalsozialistische Kunstpolitik.

Sie war diesen Machtkämpfen um so stärker ausgesetzt, als das „Programm", das sich an den Namen Goebbels knüpfte, betont herrschaftsfunktionalen Sinn hatte. Nicht eine kunstpolitische Linie einzuhalten galt es, auch nicht ein nationalsozialistisches Kunstprogramm zu entwickeln oder ideologisch zu festigen. Es ging im Gegenteil darum, die Parolen und Praktiken der „Kampfzeit" den politischen Bedingungen der eroberten Macht anzupassen, wieder verwendbar zu machen, zu instrumentalisieren. So bedeutete die „Methodisierung des Irrationalen" (Th. Heuss) im Bereich der Kultur- und Kunstpolitik vorerst den Abbau doktrinärer Positionen. Es war der völkisch-Rosenbergsche Flügel, der diese Positionen innehatte.

In diesem Prozeß gab es einen Gegenstand, ein Thema, das die politischen Interessengruppen mobilisieren und zu einer erregten Auseinandersetzung führen sollte: der Streit um die künstlerische, vor allem bildnerische, Moderne.

Die Rivalitätskämpfe der hohen Parteiführer waren nicht verborgen geblieben. An ihnen entzündeten sich Hoffnungen der kunstinteressierten Kreise. Sie gaben zu einer Zeit, als das allgemeine Revirement der ersten Monate den Spielraum der

[6] BDC/Akte „K.f.D.K. Reichsleitung".

[7] Im Okt. 1933 legte Prof. K. A. v. Müller das Amt des Reichsführers nieder. Alfred Rosenberg trat an seine Stelle und gliederte den „Reichsbund Volkstum und Heimat" dem „Kampfbund für Deutsche Kultur" stillschweigend ein. BDC/Akte „K.f.D.K. Reichsleitung".

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

öffentlichen Diskussion noch relativ weit hielt, einer oppositionellen Strömung Raum, die – die Priorität der machtpolitischen Lage verkennend – wähnte, die kunstpolitische Linie der Zukunft noch beeinflussen zu können. Als selbst führende Kreise des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes diese Hoffnungen teilten, zu Wortführern der Opposition wurden und diese in Form einer Revolte in die Öffentlichkeit trugen, waren grundsätzliche Entscheidungen herausgefordert.

Hitler beendete die Diskussion autoritativ; nur das Stichwort zu seiner Kritik an den Völkischen übernahm er aus ihr. Der Kampf um die künstlerische Moderne wurde als Episode abgetan. Und das blieb er auch, für sich gesehen. Daneben aber kommt ihm eine weitere, aufklärende Bedeutung zu: Die Auseinandersetzung um den deutschen Expressionismus und den italienischen Futurismus zeigt nämlich, wie Gleichschaltung, Aufbau der Kontrollen usw. quasi von innen her sich vollziehen, als ein dynamischer Vorgang, voller Widersprüche, zeit- und machtbedingter Rücksichten, taktischer Haltungen. Sie zeigt ferner, wie in den Rivalitätskämpfen der hohen Parteiführer der Umbau des Sektors Kunstpolitik vorgenommen wird; wie jene Spannungen schließlich zu Faktoren der neuen Herrschaftsformen werden. Gerade die Tatsache, daß die Kunstdiskussion „nur" eine Rolle in diesem übergreifenden (kunst-)politischen Klärungsprozeß spielte, was sie als Ereignis abgrenzt und überschaubar macht, gestattet um so differenziertere Einblicke in die Empirie politisch-totalitärer Machtintegration, wie sie der Schritt von der Eroberung der Macht zu ihrer Ausübung mit sich bringt.

I

Es bleibt die Frage offen, warum eine kunstpolitische Opposition sich gerade auf dem Gebiet der bildenden Kunst formierte und überdies unter den Künsten die einzige blieb, der in jener noch frühen Phase politischer und geistiger Gleichschaltung ein Durchbruch in die Öffentlichkeit gelang.

Die ersten Vorwürfe wurden laut, als nach dem 30. Januar 1933 die Kampfbund-Truppen Alfred Rosenbergs ihre Initiative breit entfalteten, als die Praktiken der thüringisch-nationalsozialistischen Kunstpolitik zum Regulativ der täglich anfallenden Entscheidungen zu werden drohten. In den Metropolen sprach man von „reaktionärer Kunstpolitik", von „Ausschreitungen in der Provinz". Nachrichten trafen ein, daß Politische Kommissare bereits Bestände und Verwaltungen der staatlichen Museen „reinigten". Unerwünschte Lehrer an Kunsthochschulen wurden boykottiert, private Aussteller bedroht, moderne Kunstwerke an öffentlichen Gebäuden zerstört. Die Museen Karlsruhe, Halle und Mannheim richteten die ersten sogenannten Schreckenskammern ein[8]: Nicht-öffentliche Bestände und in privaten Ateliers beschlagnahmte erotische Blätter wurden der Öffentlichkeit als kostspielige Museumserwerbungen vorgestellt. Der Vandalismus fand Resonanz in einem getäuschten Publikum.

[8] **Rave, Paul Ortwin: Kunstdiktatur im Dritten Reich. Hbg. 1949. S. 24f.**

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wer waren diejenigen, die eine solche Kunstpolitik offen „reaktionär" nannten? Durchweg junge Leute: Maler, Bildhauer, Grafiker, Studenten und junge Dozenten der Kunstwissenschaft, Kunstkritiker. Für sie, die erste Nachkriegsgeneration, waren die deutschen Expressionisten, die „Brücke" und der „Blaue Reiter" das entscheidende und noch gegenwärtige Bildungserlebnis gewesen. „Qualität" und „Wahrheit" verband sich für sie mit den Namen Kirchner, Heckel, Schmidt-Rottluff, Barlach, Nolde. Ihre eigenen Arbeiten standen in dieser Tradition und waren ohne sie nicht denkbar.

Diese so exponierten Gegner der nationalsozialistisch-völkischen Kunstpolitik sammelten sich in und um den NSD-Studentenbund. Das Zentrum ihrer Aktivität lag in Berlin. Ihr Wortführer war der Stellvertretende Studentenbundführer des Kreises X (Berlin), der Maler Otto Andreas Schreiber. Seine politische Laufbahn hatte ihn vom jesuitischen „Neu-Deutschland" über die SA zur NSDAP geführt. Er, dem überdies die „Eroberung" der Hochschule für Kunsterziehung in Berlin-Schöneberg[9] zugeschrieben wurde, vertrat im Frühjahr 1933 die vier Berliner Kunstfachschulen im NSD-Studentenbund. Daß diese Jugend in ihrer politischen Überzeugung auf dem Boden des Nationalsozialismus stand, in ihren Diskussionen die politisch-rassischen Dogmen unangetastet ließ, gab ihr die Chance, ihre kunstpolitischen Thesen in die Öffentlichkeit zu tragen – wo man, vor allem in kunstliberalen Kreisen, denn auch nicht geringe Hoffnungen auf sie setzte.

Ihre Opposition formte sich unter dem Schlagwort „national". Sie unterschied sich dabei noch nicht von dem in bürgerlichen Kreisen verbreiteten Rechtfertigungsbestreben, wie es allenthalben in Zeitungen und Zeitschriften der ersten Monate auftauchte. Um den Kreis der künftig zulässigen Kunstwerke möglichst weit zu ziehen, wurde bei gefährdeten Werken vorsorglich auf deren „nationalen" Charakter, seien es Sujet, Farbqualität oder Kompositionsweise, hingewiesen. Dabei spielte das „Fronterlebnis" eine vorrangige Rolle. Um wenigstens die älteren Expressionisten vor dem drohenden Bann zu bewahren, entstand in diesen ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft eine ausgedehnte Literatur um „das Nordische in ihnen". Von diesen verbreiteten defensiven Tendenzen hob die studentische Opposition sich ab, weil sie für sich in Anspruch nahm, die nationalsozialistische Revolution auf dem Gebiet der bildenden Künste weiterzuführen.

Diese Verknüpfung des kunstpolitischen Programms mit der politisch-ideologischen Revolutionsthese gab nicht nur der gesamten Aktion einen starken Impuls. Sie läßt diese selbst auch vor einem politischen Hintergrund erscheinen, der parteiintern als „Berliner Opposition" gefürchtet war und vor der Öffentlichkeit sorgsam abgeschirmt bleiben sollte. Die politische Demonstration nationalsozialistischer Studenten vor der Berliner Börse, die Kundgebung „Arbeiter und Student" auf dem Tempelhofer Feld hatten sich gegen den Hugenberg-von Papen-Kurs

[9] Ende Febr. 1933 „besetzte" ein Propaganda-Trupp des NSD-Studentenbundes die Hochschule für Kunsterziehung in Berlin-Schöneberg, sperrte das Lehrkollegium in den Windfang und hißte währenddessen auf dem Dach des Hauses die Hakenkreuzfahne. Reichsminister Rust ordnete eine Untersuchung des Falles an.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitlers gewandt[10]. Sprecher dieser „Berliner Opposition", die ihre Herkunft von der politischen Linken nie ganz verleugnen konnten[11], waren für die Studenten der Leiter des Berliner NSD-Studentenbundes Dr. Fritz Hippler und sein Schulungsleiter Dr. Johann von Leers.

Wenn auch Hippler und von Leers den kunstpolitischen Bestrebungen persönlich fernstanden, so liehen sie doch den Diskussionen ihren Schutz. Auf einer Reihe von Studententagungen und -treffen trug Otto Andreas Schreiber den kunstpolitischen Angriff vor[12]. Er berichtete über die Ausschreitungen des „Kampfbundes" in der Provinz, über die Existenz „schwarzer" Künstlerlisten und kennzeichnete die drohende Entwicklung, wie sie sich damit für die Kunst in Deutschland anbahne: „Der Gartenlaubekünstler und der Literaturmaler erleben ihre große Zeit, denn der erstere ahmt die Natur nach und erklärt, das Volk verstehe ihn, der andere malt germanische Inhalte und erklärt, seine Kunst sei ‚völkisch'." Schreiber zitierte aus der Absage, die Noldes Aufnahmegesuch vom „Kampfbund für Deutsche Kultur" erhalten hatte, und bezeichnete die planmäßige Diffamierung der Barlach, Heckel, Kirchner, Müller, Schmidt-Rottluff und Nolde als ein „Vergehen an deutscher Kultur". Eine „Organisation übellauniger Pinselschwinger" sei der Rosenbergsche „Kampfbund", und mit der Resolution „Wir lassen uns keine nationalsozialistischen Künstler aufschwätzen!" war der Gegner provoziert.

Die entscheidende, nämlich öffentliche Kundgebung, die ihren Wortführern den gefährlichen Ruhm einer künstlerischen „Otto Strasser-Bewegung" eintragen sollte, fand am 29. Juni im Auditorium maximum der Berliner Humboldt-Universität statt[13]. Tagelang hatten rote Plakate an den Berliner Litfaßsäulen zu der Kundgebung „Jugend kämpft für deutsche Kunst" aufgerufen. Zudem waren persönliche Einladungen ergangen. Fritz Hippler und der NSD-Studentenbund zeichneten als Veranstalter. Vor einem überfüllten Auditorium wandten sich Hippler und von Leers in ihren Reden allgemein gegen Restauration des wilhelminischen Akademismus und gegen jede Reglementierung der Kunst. Einige kunsthistorische Thesen zur Verteidigung der Moderne wurden verlesen[14], und als letzter Redner der Kundgebung ging dann Otto Andreas Schreiber auf aktuelle Probleme der bildenden Kunst ein. „Der Versuch der kunsthistorischen Dogmenbildung durch unschöpferische Menschen liegt wie ein Alpdruck auf allen jungen Künstlern unserer

---

[10] Die Kundgebung vor der Berliner Börse, bei der eine Reihe Fensterscheiben demonstrativ zertrümmert wurde, fand an einem Nachmittag im Monat Februar oder März 1933 statt; die Kundgebung „Arbeiter und Student" in der Zeit zwischen März und Juni 1933 (etwa 20 000 Studenten und NS-Jungarbeiter sollen daran teilgenommen haben). Es gab weitere Demonstrationen dieser Art. Das offiziell verhängte Schweigen über diese Vorgänge erschwert die Rekonstruktion der Ereignisse.

[11] Die weiteren Zusammenhänge sind ungeklärt. Eine Verbindung zu den Bestrebungen um Strasser bzw. Röhm läßt sich nicht nachweisen. Prot. III, 2, 4, 7, 12, 13; V, 1 und XII, 1. Auch der Nachlaß von Leers (DZA, Potsdam) enthält keinerlei Aufschlüsse.

[12] Prot. III, 2 ,3, 9 und BDC/Akten „Hinkel".

[13] Ergänzende Angaben aus Prot. III, 1, 2, 3, 7, 22.

[14] Ihr Verfasser, der Berliner Kunstkritiker Dr. Schwark, blieb ungenannt. Prot. III, 2.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bewegung . . ." „Die nationalsozialistischen Studenten kämpfen gegen die Kunstreaktion, weil sie an die lebendige Entwicklungskraft der Kunst glauben und weil sie die Verleugnung der deutschen Kunstgeneration, die der heutigen vorausging und deren Kräfte in die Kunst der Zukunft einmünden, abwehren will. Die nationalsozialistische Jugend . . . glaubt an nichts so fest wie an den Sieg der Qualität und der Wahrheit." „Das Lebenselement der Kunst ist die Freiheit . . ."[15] Nolde, Barlach, Heckel, Schmidt-Rottluff wurden zum Programm erhoben. Aus ihrer Tradition sei eine „neue deutsche Kunst" zu entwickeln. Abschließend erklärte Schreiber die Rosenbergschen „Kampfbund"-Gruppen an den Berliner Akademien und Kunsthochschulen für aufgelöst und kündigte eine Ausstellung moderner deutscher Künstler an, die den besonderen Schutz des NSD-Studentenbundes genießen sollten.

Der Beifall der Anwesenden, unter ihnen Geheimrat Ludwig Justi[16], war so stark, daß die Revolte gelungen erscheinen mußte. Die ersten Solidaritätserklärungen aus anderen Universitätsstädten trafen ein. „Die Hallische Nationalsozialistische Studentenschaft erklärt ihr begeistertes Einverständnis mit der Kundgebung der Berliner nationalsozialistischen Studenten gegen Kunstreaktion. Der Kampf des SA-Mannes auf der Straße darf auf kulturellem Gebiet nicht verraten werden. Es lebe die vollständige nationalsozialistische Revolution[17]."

Damit hatte sich ein überregionales Forum etabliert. Aus den Reihen einer nationalsozialistischen Organisation und mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die „kulturschöpferische Sendung des Nationalsozialismus" war dem nationalsozialistisch-völkischen Flügel der kunstpolitische Führungsanspruch aberkannt worden.

Die bürgerlich-liberale Presse reagierte vorsichtig optimistisch. Solidaritätserklärungen wie die Hallensische wurden im Wortlaut gedruckt[18]. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" brachte noch einmal die Thesen Otto Andreas Schreibers[19]. Prof. Karl Hofer veröffentlichte einen Diskussionsbeitrag[20]. In Kunstkreisen wurde die Frage bereits eifrig erörtert, ob dieser Durchbruch in die Öffentlichkeit eine Liberalisierung der bisherigen kunstpolitischen Praxis nach sich ziehen werde. Gerüchte, die sich übrigens als zutreffend herausstellen sollten, liefen um: wonach selbst Hitler das Zerwürfnis mit Barlach bedaure und bereits Verbindungen geknüpft habe, ihn mit dem neuen Regime zu versöhnen[21]; daß Reichsminister Rust, nach einer privaten Äußerung, Nolde für „den größten lebenden deutschen Maler" halte[22]; daß Goebbels sogar mehrere Originale von Nolde aus dem Besitz der

---

[15] DAZ, 10. 7. 1933. Text im Original gesperrt.

[16] Geheimrat Justi bot den Rednern an, falls sie auch in anderen Städten sprechen wollten, die Reisen zu finanzieren. Prot. III, 1 und Schriftwechsel der Berliner National-Galerie.

[17] gez. „Schimmerohn". Text im Original gesperrt.

[18] DAZ, 10. 7. 1933.

[19] Ebenda.

[20] DAZ, 13. 7. 1933.

[21] Barlach schlug dieses Versöhnungsangebot aus. Prot. II, 1.

[22] Prot. VI, 1.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nationalgalerie sich habe in seine Wohnung hängen lassen[23]; daß der Reichsminister zudem die rigorose Maßnahme der Bücherverbrennung (10. 5. 1933), deren Initiative er im letzten Moment an sich gezogen hatte, bereits als einen „Fehler" betrachte[24] u.a.m. Die z. T. wirren Spekulationen der Sommer- und Herbstmonate 1933 blieben schließlich an Goebbels haften, an seiner Person und seinem Amt. Sie verdichteten sich zu der Annahme, es sei Goebbels, der die oppositionelle kunstpolitische Strömung mit einer gewissen Sympathie verfolge. Diese zwar zutreffende, die Motive dieser Sympathie aber mißdeutende Annahme war derart verbreitet, daß sie sich sogar in der Auslandspresse niederschlug[25].

Die nationalsozialistischen Studenten konnten insbesondere zwei Ereignisse für sich buchen, und diese sollten auch den Fortgang der kunstpolitischen Opposition entscheidend bestimmen: erstens hatte die öffentliche Kundgebung im Auditorium maximum den Kontakt zu dem ebenso einflußreichen wie tatkräftigen Kreis um das Berliner Kronprinzenpalais hergestellt. Zweitens war unter dem Zustrom der Sympathisierenden ein künstlerischer Referent des RMVAP, der Maler Hans Weidemann. Er gehörte zu den politisch bewährten[26] und künstlerisch ambitionierten jungen Leuten, wie Goebbels sie für den Aufbau seines Ministeriums gesucht hatte. (Seine Karriere sollte ihn bis zum Amt des Vizepräsidenten der Reichskammer der bildenden Künste führen, das er indessen schon im November 1933 auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers verlassen mußte, weil er u. a. es gewagt hatte, Nolde als Präsidenten vorzuschlagen.) Weidemann galt als persona grata bei Goebbels. Seine, wenn auch inoffizielle, Bereitschaft, den Kampf um die Moderne aktiv zu unterstützen, rückte die Vorstellung nahe, Goebbels die Initiative für einen neuen, nicht-völkischen kunstpolitischen Kurs anzutragen.

II.

Während nun die Führer des Berliner NSD-Studentenbundes zusammen mit dem Maler Hans Weidemann in der Galerie Ferdinand Moeller die angekündigte Ausstellung moderner deutscher Malerei und Plastik vorbereiteten und Prof. Alois Schardt, der kommissarische Direktor der Berliner National-Galerie, weisungsgemäß[27] das Kronprinzenpalais neu ordnete, sammelte sich der nationalsozialistisch-

---

[23] Rave a. a. O., S. 42 und Prot. III, 2.

[24] Die Resonanz im Ausland war unerwartet heftig und dem Ansehen des neuen Reiches abträglich. Zudem setzte mit der Bücherverbrennung die dritte Emigrationswelle ein. Mit ihr verlor Deutschland wesentliche Teile seiner Intellektuellenschicht. S. auch Fraenkel-Manvell, a. a. O., S. 191.

[25] U. a. „Basler National-Zeitung", 30. 4. 1934.

[26] Seit 1930 leitete Weidemann die Propaganda der NSDAP im Gau Essen/Ruhr. Im März 1933 übernahm er das Amt eines Hauptabteilungsleiters b. d. Reichsleitung der NSDAP/Abt. II Propaganda.

[27] Prof. Schardt war „insbesondere mit der Überprüfung der Bestände des Kronprinzenpalais beauftragt". BA/Akten Reichskanzlei, R 43 II/1235, Schreiben v. 11. 7. 1933.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

völkische Flügel zu einer Gegenaktion, die als kunstpolitische Einkreisungspolitik Rosenbergs im Laufe der folgenden Monate deutlich werden sollte und schließlich in den Funktionen des Überwachungsamtes Rosenberg (Jan. 1934) offiziell bestätigt wurde.

Dieser Politik kam, zumindest mittelbar, zu Hilfe, daß Hitler die nationalsozialistische Revolution für beendet erklärte (Reden am 1. u. 6. Juli). Der studentischen Opposition war damit ihr politisches Argument zur Verteidigung der Moderne entzogen.

Rosenberg eröffnete denn auch seine Polemik gegen die Studentenrevolte unter diesem neuen politisch-ideologischen Aspekt. In zwei Leitartikeln „Revolution in der bildenden Kunst" (VB, 6. 7. 33) und „Revolutionäre an sich!" (VB, 14. 7. 33) nahm er seine programmatischen Schmähungen Barlachs und Noldes wieder auf, berief sich nun seinerseits auf die SA, und zwar auf das zustimmende Urteil eines jeden „gesunden SA-Mannes", und denunzierte den Wortführer der kunstpolitischen Opposition, Otto Andreas Schreiber, als „kulturellen Otto Strasser". Dieser „Otto Strasser der ‚Schwarzen Front'" betrachte sich „als den eigentlichen Vertreter des ‚revolutionären nationalsozialistischen Menschen'". „Wir haben auf politischem Gebiet schon eine Otto-Strasser-Richtung gehabt und bekämpft und wie wir glauben, zum Nutzen der Bewegung[28]." Im Bachsaal, dem Kundgebungsort des „Kampfbundes für Deutsche Kultur" im Berliner Westen, nahm Rosenberg unter dem Motto „Tradition und neue Kunst" noch einmal zum Thema „Revolution in der bildenden Kunst?" Stellung (14. 7. 33). Er empfahl nachdrücklich, keinen „Kampf um Begriffe" zu führen. „Prägungen des politischen Machtkampfes" seien „zweckmäßigerweise . . . nicht auf das Ringen über die Gestaltung der bildenden Kunst zu übertragen". In den Niederungen von Pseudobegriffen beschrieb er dann kunstgeschichtliche Kontinuität als „uns verwandte Seelenrichtung". Das einzig Bemerkenswerte dieser nachher bei Eher gedruckten Rede ist, daß Hitler in seiner Kulturrede auf dem Reichsparteitag 1933 die Polemik Rosenbergs gegen „geschickte Dialektiker" eines „völkischen Expressionismus" fast wörtlich übernahm.

Auch andernorts war die Berliner Studentenrevolte mit den Vorzeichen einer politischen Revolte versehen worden. So nannte Walter Hansen, später einer der Initiatoren der Ausstellung „Entartete Kunst", die Kundgebung einen „wirkungsvollen Schlag gegen die Kunstpolitik des Führers und Rosenbergs"[29], ein „Verfälschungsmanöver gegen den nationalen Kunst- und Rassegedanken", einen „Sabotageakt"[30]. Und die „Zeitschrift für Nationalsozialistische Erziehung",

---

[28] VB, 14. 7. 1933.

[29] Parteiinterner Informationsbericht über Dr. Johann von Leers aus dem Jahre 1936. Prot. III, 1, 5.

[30] Handschriftliches Manuskript im Archiv der Berliner National-Galerie; ferner VB, 16. 1. 1934; Hansische Hochschulzeitung, Nr. 10, 1936; Zft. „Die Bewegung", Nr. 15 v. 8. 4. 1936; Zft. „Das Bild", 2. 2. 1937.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herausgegeben vom Bayrischen Kultusminister Hans Schemm, bezeichnete sie als „offen gegen die Parteihoheit gerichtet“[31].

Der publizistische Teil der Auseinandersetzungen zwischen Rosenberg und den Führern des Berliner NSD-Studentenbundes fand seinen vorläufigen Abschluß in einer „Ehrenwörtlichen Erklärung“ Schreibers in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 14. Juli. Darin heißt es, „daß die studentische Jugend zwar unbeirrbar bei ihren kunstpolitischen Überzeugungen verharrt, daß aber . . . die studentische Jugend . . . nicht gegen seine [A. Rosenbergs] persönliche Kunstanschauung polemisiert.“ Daß Schreiber hier bereits nicht mehr im Namen des NSD-Studentenbundes sprach, weist darauf hin, wie, über die politische Diffamierung hinaus, die kunstpolitische Opposition von ihrem offiziellen Anspruch abgedrängt werden sollte. Zudem drohte Staatskommissar Hans Hinkel „schärfste Maßnahmen“ an „gegen alle Diskussionen nationalsozialistischer Künstlerschaft“, sofern sie „gegeneinander“ gerichtet seien. Weiterhin würden künftig „alle die unschädlich gemacht werden, die ehrlichen Nationalsozialisten das Wort im Munde verdrehen und damit Spaltungsversuche in die Front für die wahre neue deutsche Kunst hineintragen“[32].

Die Mittel, die der „Kampfbund“ ins Spiel brachte, um die angekündigte Ausstellung in der Galerie Ferdinand Moeller zu verhindern, reichten freilich nicht aus. Am 22. Juli wurde diese vieldiskutierte Ausstellung unter dem Titel „Dreißig deutsche Künstler“ eröffnet. Als Veranstalter zeichnete der NSD-Studentenbund. Wieder waren Rohlfs, Pechstein, Macke, Schmidt-Rottluff, Nolde und Barlach als Vertreter der deutschen Expressionisten mit repräsentativen Werken, formale Extreme meidend, herausgestellt. Vereinzelte Arbeiten der jüngeren Generation, darunter auch solche von Schreiber und Weidemann, deuteten eine gemäßigte Fortführung der umstrittenen Tradition an. „Erfreulich lebendig vom Willen zu Niveau und zum Gegenwärtigen erfüllt“[33], registrierte die Kunstkritik das Ereignis. Doch schon drei Tage später, am 25. Juli, ließ Reichsinnenminister Dr. Frick die Ausstellung schließen. Zwei SS-Posten bewachten den Eingang. Hippler und Schreiber wurden aus dem NSD-Studentenbund ausgeschlossen. Als nach etwa einer Woche die Ausstellung wieder gezeigt werden durfte, zeichnete der NSD-Studentenbund nicht mehr als Veranstalter[34].

Währenddessen hatte Prof. Schardt, unterstützt von Leihgaben aus Privatbesitz, die für die Moderne in Deutschland führende Sammlung des Berliner Kronprinzenpalais neu geordnet und wartete auf die Freigabe der Ausstellung. Selbst ein leidenschaftlicher Verteidiger des Expressionismus, hatte er hierbei einen Weg gesucht, die Moderne aus dem weiteren Zusammenhang der Kunstgeschichte derart zu begründen, daß sie als Polemik gegen „nationale Überfremdung“, gegen „Rationalismus“ usw. erkennbar sein sollte.

In einem sensationellen Vortrag „Was ist deutsche Kunst?“ stellte Schardt sein

[31] Nr. 13 v. 10. 7. 1933.
[32] VB, 16./17. 7. 1933.
[33] DAZ, 22. 7. 1933.
[34] Prot. III, 1.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Programm der Öffentlichkeit vor (10. 7. 1933). Darüber berichtete die „Neue Zürcher Zeitung": „Für ihn [Schardt] besteht das Spezifische des Germanischen, des Deutsch-Völkischen, im Ekstatischen, Prophetischen. Für ihn existiert ein Zusammenhang zwischen der ungegenständlichen Ornamentik der deutschen Bronzezeit und der Malerei des deutschen Expressionismus (z. B. der eines Nolde, Marc, Feininger)! Nach Schardt begann schon im Jahre 1431, als der Naturalismus in die Ausdruckskunst eindrang, der Niedergang der deutschen Kunst. Was nach dem ersten Drittel des 15., was im 16. bis 19. Jahrhundert in Deutschland geschaffen wurde, hat nach Schardt nur noch den Wert eines historischen Dokumentes, ist im Grunde undeutsch . . .[35]" Hier wurde Kunstgeschichte dienstbar gemacht, um Kunst zu verteidigen. Es mehrten sich indessen schon die Fälle, wo Kunstgeschichte dienstbar gemacht wurde, um die neue Kunst*politik* zu verteidigen[36].

Augenzeugen[37] der Schardtschen Neuordnung des Kronprinzenpalais berichten: Auf die Wände, pastellfarben getönt, wurden wenige Bilder gehängt: Im Untergeschoß die Vertreter der deutschen Romantik, Caspar David Friedrich und Blechen; im Mittelgeschoß hauptsächlich Hans von Marées, Ausgewähltes von Feuerbach und Verwandtes; im Obergeschoß Barlach, Nolde, Lehmbruck und Feininger, die Maler des „Blauen Reiters" und der „Brücke". „Der Aufbau erschien sonderbar, wurde nur von wenigen verstanden und überzeugte selbst unter den Freunden neuerer Kunst nicht jeden, da man zweifelte, ob das Weglassen so vieler Künstlerpersönlichkeiten und ob ein solcher fast esoterischer Versuch einer Kunstdeutung durch Weihestimmung für eine Weltstadt wie Berlin das richtige seien[38]."

Die Prüfungskommission mit Minister Rust an der Spitze untersagte die Ausstellung. Schardt hatte das Vertrauen der Partei enttäuscht. Als Direktor der National-Galerie wurde er nicht bestätigt, auch seine Rückkehr nach Halle verhindert. (Als er 1936 eine Franz Marc-Ausstellung eröffnete, wurde er noch in den Ausstellungsräumen von der Gestapo verhaftet. Wieder freigelassen, floh er nach den USA.) Mit der Berufung Dr. Eberhard Hanfstaengls beruhigte sich die Erregung um das Schicksal des Berliner Kronprinzenpalais.

III.

Der Beginn des Jahres 1934 zeigt eine veränderte kunstpolitische Situation, herbeigeführt wiederum durch eine Entscheidung Hitlers. Dieser hatte ein „Amt für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und

[35] „Neue Zürcher Zeitung", 28. 8. 1933. S. auch Schlemmer, Oskar: Briefe und Tagebücher. Mü. 1958. S. 313f. – Einen ähnlichen Rechtfertigungsversuch unternahm Paul Ferdinand Schmidt in „Deutsches Volkstum", 2. Oktoberheft 1933.

[36] Das wohl instruktivste Beispiel gibt die entstellende Polemik von Kurt Karl Eberlein: Was ist deutsch in der deutschen Kunst? Schriften zur deutschen Lebenssicht, hrgb. v. Erich Rothacker, Bonn, Lpz. 1934. Dazu die Entgegnung von Wilhelm Pinder, in: Zft. f. Kunstgeschichte 1934/II, S. 53ff.

[37] Rave a. a. O., S. 33f.; Prot. VI, 1 und IV, 1.

[38] Rave a. a. O., S. 34.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erziehung der NSDAP" ins Leben gerufen und Alfred Rosenberg zu dessen Leiter bestimmt (24. 1. 1934). Anlässe und Motive, die zur Gründung dieses monströsen Amtes führten, sind bis heute kaum aufgeklärt. Man geht gewiß nicht fehl, im weiteren Zusammenhang der neuen Phase innenpolitischer Machteroberung auch Hitlers autoritativen Revolutionsstop mit den Aufgaben des neuen Amtes in Verbindung zu bringen. So gesehen, dürften dann auch die kunstpolitischen Ereignisse des vorangegangenen Sommers das ihre dazu beigetragen haben, Hitler von der Zweckdienlichkeit einer solchen parteiamtlichen Aufsichtsbehörde zu überzeugen.

Die kultur- und kunstpolitische Öffentlichkeitsarbeit des „Kampfbundes für Deutsche Kultur" und des von ihm lancierten „Reichsverbandes Deutsche Bühne" erhielten nunmehr den institutionellen Rückhalt, den Alfred Rosenberg seit dem 30. 1. 1933 unablässig gefordert hatte[39]. Insofern trug Hitler einer bestehenden Machtrelation Rechnung.

Darüber hinaus machte die Errichtung des Amtes Rosenberg deutlich, wie Hitler den kulturpolitischen Rivalitätskampf Goebbels-Rosenberg entschieden haben wollte. Schon der Wortlaut der Aufgabenzuweisung[40] zeigt, daß Hitler auch hier dem Prinzip folgte, die Macht zu teilen, um sich selbst ihrer desto wirksamer zu bedienen. Der Aufbau des neuen Amtes war eindeutig kultur- und kunstpolitisch akzentuiert. Ob der Vorsprung, der Goebbels in diesem „Tauziehen" um eine nationalsozialistische Kultur- und Kunstpolitik eingeräumt worden war, sich korrigierend auf das völkische Konzept auswirken würde, konnte erst die Zukunft zeigen. Vorerst bedeutete die Institutionalisierung der Führungsansprüche Rosenbergs zweifellos eine Stärkung des völkischen Flügels, seiner Praxis und seiner Ideologie.

Allein Rosenbergs anfangs zögernder und einfallsloser Amtsführung war es zuzuschreiben, daß die kunstpolitische Opposition sich ein zweites Mal sammelte und mit erheblichem Aufsehen zu Wort melden konnte.

Diese erneute Sammlung begann schon im Herbst 1933. Nachdem es Rosenberg gelungen war, die erste Welle der Opposition von ihrem parteioffiziellen Anspruch abzudrängen, sahen sich deren Initiatoren auf private Aktionen verwiesen. Unter dem absichernden Namen „Der Norden" gründeten die Maler unter ihnen eine Gruppe. „Wir lehnen jede pedantische Norm, Formalismus, Intoleranz und Abstempelung ab", hieß es im Programm[41]. Es waren Schüler von Otto Mueller, Moll, Rohlfs, Nauen, Thorn-Prikker, die sich hier zusammentaten, unter ihnen Otto Andreas Schreiber und Hans Weidemann. Sie stellten bei Ferdinand Moeller,

---

[39] „Pg. Alfred Rosenberg hat in einer ausführlichen Denkschrift und eingehend begründet, nach mehrfachen Verhandlungen mit Pg. Hess, den Führer um baldige Anerkennung des KfDK als die nationalsozialistische Kulturorganisation gebeten." (Aus: Rundschreiben Nr. 17. An alle Landesleiter. KfDK. 2. 12. 1933) BDC/Akte „K.f.D.K. Reichsleitung".

S. auch Dokument PS–048, in: Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40, hrgb. v. Hans-Günther Seraphim. Bln./Fft. 1956. S. 129.

[40] BDC/HA-NSDAP, Akte Nr. 169.

[41] Prot. III, 1.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

später auch bei von der Heyde aus. Der Kunsthändler Ferdinand Moeller war es auch, der die jungen nationalsozialistischen Kunstopponenten rechtzeitig auf die künftige Genehmigungspflicht neuer Zeitschriften aufmerksam machte. Um ihr zuvorzukommen und weil sämtliche Kunstzeitschriften, die für die Moderne eintraten, inzwischen ihr Erscheinen hatten einstellen müssen, wurde dann Ende Oktober die Zeitschrift „Kunst der Nation" gegründet. Der bisherige Direktor der „Weltkunst", Hartmann, und Otto Andreas Schreiber teilten sich in Geschäfts- und Schriftleitung. Fast zwei Jahrgänge dieser ausgezeichnet redigierten Zeitschrift konnten erscheinen. Obwohl vielfach angefeindet, gelang es den Herausgebern, offen und streitbar für den Expressionismus einzutreten, ohne nachweislich als parteioppositionell zu gelten. Zu den Mitarbeitern zählten Werner Haftmann, Bruno E. Werner, Griebitzsch, Pinder, F. A. Dargel, Wilh. v. Schramm, Hans Schwippert u. a. Die „Kunst der Nation" war zum Forum der Moderne geworden. (3500 feste Bezieher hatte die Zeitschrift, als sie dann 1935 verboten wurde. Die Auflage war aber höher, da ein Teil an Kiosken frei verkauft wurde[42].)

Zudem gelang es der nationalsozialistischen Kunstavantgarde, erneut in offizielle Positionen vorzudringen. Als der Leiter der „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude", Dr. Robert Ley, von vagen Vorstellungen einer „Arbeiterkultur" geleitet, seine Ansprüche auf ein eigenes Kulturamt anmeldete, bat er Goebbels, den Posten des Leiters aus dessen Mitarbeiterstab zu besetzen[43]. Goebbels delegierte seinen Referenten Hans Weidemann, und unter seiner Leitung baute Otto Andreas Schreiber die Abteilung Bildende Kunst im Kulturamt „Kraft durch Freude" aus. Noch im Dezember wurde ein Wettbewerb vorbereitet, der als Juroren u. a. Erich Heckel, Mies van der Rohe, Paul Hindemith, Richard Strauß vorsah[44]. Gegen Ende des Jahres 1933 begann überdies die Organisierung der „Fabrikausstellungen KdF", das schließlich einzige und vor der Öffentlichkeit verborgene Reservat, das der nationalsozialistischen Kunstavantgarde übrig bleiben sollte . . .

Die privaten Kunstgalerien unterstützten das erneute Aufgebot: Kollektivausstellungen von Barlach, Nolde, Feininger u. a. waren in Berlin, vereinzelt auch in anderen deutschen Städten, wieder zu sehen. Die bürgerlich-nationale Presse brachte wohlwollende Besprechungen.

Gottfried Benn legte in der Wochenzeitung „Deutsche Zukunft" (5. 11. 1933) ein umfassendes „Bekenntnis zum Expressionismus" als der „letzten großen Kunsterhebung Europas" ab. Seine „antiliberale Funktion" enthalte bereits den Auftakt zur nationalsozialistischen Bewegung und ihrem konsequenten geistigen Naturalismus („Propaganda berührt die Keimzellen, das Wort streift die Geschlechtsdrüsen . . ."). Und Max Sauerlandt rehabilitierte, ebenfalls in der „Deutschen Zukunft" (7. 1. 1934), die Kriegsgeneration der Expressionisten – sie habe „gemalt aus dem Geist der nationalen Bewegung" – und mit ihnen die studentische Opposition vom vergangenen Sommer: „Den ersten Versuch unternommen zu haben,

[42] Prot. III, 1.
[43] Prot. III, 22.
[44] Prot. III, 22.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diesen echtesten unter den Künstlern der jüngsten Vergangenheit den Weg wieder freizumachen, sie herauszuholen aus der Masse der ‚Nichtskönner und Gaukler', wird immer Verdienst der nationalsozialistischen deutschen Studentenschaft und ihrer Führer bleiben."

Der „Völkische Beobachter" registrierte bereits um die Jahreswende erregt dieses Wiederaufleben der öffentlichen Diskussion, diesen energischen, wenn auch unorganisierten Druck von unten. Der Sprecher der Rosenbergschen Kunstpolitik und Kunstberichter im „Völkischen Beobachter" fand immer neuen Anlaß, „Saboteurcliquen" aufzutun, die „die Nürnberger Kulturproklamation des Führers vollkommen umdrehen!"; dazwischen wieder offene und versteckte Anspielungen auf die Studentenrevolte bzw. den renitenten „Kreis um das Berliner Kronprinzenpalais". Es habe „vor allem auf dem Gebiet der bildenden Kunst sich ein erbitterter und planmäßiger Widerstand gegen das vom Nationalsozialismus errichtete neue Ideal einer rassisch gebundenen und geistig gesunden Kunst organisiert". „Beinahe wie in den Blütezeiten des Marxismus" sei „eine üppige Hausse in Verfallskunst allerorts vorhanden"[45].

Selbst in der weiteren Öffentlichkeit ging die Rede von „zweierlei Kunst in Deutschland" um.

Höhepunkt dieser zweiten Phase der Auseinandersetzungen um die bildnerische Moderne waren dann die Ereignisse um die Ausstellung „Italienische Futuristische Malerei (Aeropittura)" im März 1934. Ob der in weiten Kreisen ausgesprochene Verdacht, hier sei über den Umweg der staatsoffiziellen Kunst des befreundeten faschistischen Italiens planmäßig versucht worden, der eigenen Moderne Kredit zu verschaffen, tatsächlich begründet war, läßt sich schwerlich beweisen. Entscheidend war, daß die Ausstellung „Aeropittura" in einem Augenblick nach Deutschland kam, als der Kampf um die künstlerische Moderne keine neutrale Position mehr zuließ. Selbst Goebbels exponierte sich zum ersten Mal. Als Mitglied der Reichsregierung gehörte er, neben Göring und Rust, dem Ehrenkomitee an; ferner auf deutscher Seite u. a. der Präsident der Reichskammer Bildende Künste Prof. Eugen Hönig, der neue Direktor der Berliner National-Galerie Dr. Eberhard Hanfstaengl, August Wilhelm von Hohenzollern; auf italienischer Seite der Kampfgefährte Mussolinis, Marinetti, Ruggero Vasari und Botschafterin Cerutti.

Trotz dieser offiziellen Protektion begann die Berliner Ausstellung mit einem Skandal. Der Sprecher der Rosenbergschen Kunstpolitik, Robert Scholz, erklärte am Morgen des Eröffnungstages im „Völkischen Beobachter" (28. 3.), es handele sich bei dieser Ausstellung bereits um einen zweiten Fall ausländischer Einmischung[46]. „Dieses im Augenblick sehr auffällige Interesse gewisser Kreise" sei dazu angetan, „den überwiegenden Teil der deutschen Kunst verächtlich zu machen". In Wirklichkeit stehe das junge faschistische Italien mit der jungen nationalsozialistischen Künstlergeneration, „die für das Werden einer bodenstän-

[45] VB, 16. 3. 1934.

[46] Vorausgegangen war eine italienische Architekturausstellung „im Bauhausstil" (VB), ebenfalls in Berlin.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

digen nationalen Kunst kämpft", „in einer Front". Dagegen stelle dieser „sogenannte ‚Futurismus'" eine „in Italien selbst bedeutungslose Richtung" dar. Die faschistische Revolution habe an dieser Kunstrichtung längst eine „Klärung", eine „vollständige Umformung" vollzogen. – Der „Völkische Beobachter" griff damit ein Interview auf, das Ruggero Vasari anläßlich der vorangegangenen Ausstellung im Hamburger Kunstverein den „Hamburger Nachrichten" gegeben hatte. Dort bereits hatte sich Vasari u. a. gegen den Vorwurf des „Kunstbolschewismus" zur Wehr setzen müssen. Daß der „Völkische Beobachter" nunmehr seinen Vorwurf wiederholte und die italienische Gastausstellung als einen kunstpolitischen „Beeinflussungsversuch" bezeichnete, mag die Vertreter der Reichsregierung schließlich bestimmt haben, der Berliner Eröffnungsfeier vorsorglich fern zu bleiben.

Die Feier in den Ausstellungsräumen der ehemaligen Galerie Flechtheim am Lützowufer wurde zu einer Demonstration -- das Forum schließlich zum kunstpolitischen Tribunal. Rudolf Blümner, aus „Sturm"- und DADA-Kreisen hervorgegangen, verteidigte in seiner Begrüßung den Futurismus gegen den Vorwurf „zersetzender Tendenzen". Er wies auf die den Futuristen verwandten deutschen Abstrakten hin. Ihnen beiden sei es gelungen, von einem neuen Standpunkt, dem „stato d'animo", her den Geist der Epoche als Sinn-Einheit zu fassen. Dazu stelle der malerische Realismus keine Mittel mehr bereit. In seinem Essay „Flugmalerei, moderne Kunst und Reaktion"[47] erinnerte Ruggero Vasari an das Werden und Wirken des Futurismus seit der Veröffentlichung des ersten Manifests im „Figaro" bis zur Aeropittura. Als eine „Fälschung der Kunstgeschichte" kennzeichnete er die „Schleichwege der Reaktion", die den Futurismus als eine Kunst bolschewistischen Ursprungs zu diffamieren suchten. Er zitierte Gauguin: „In der Kunst gibt es nur Revolutionäre oder Plagiatoren!" und berief sich auf Mussolini, als er forderte: „Ein neuer Staat, ein neues Volk kann nur dann gedeihen, wenn auch die gesamte Kunst revolutioniert wird[48]." Marinetti bestimmte dann den geistesgeschichtlichen Ort dieser neuen Gattung der italienischen futuristischen Malerei und stellte sie als eine nationalheroische und mit der Rasse unumgänglich verbundene Lebens- und Kunstform dar. Die „fliegende Gewalt" künde von einer neuen Geistigkeit, einer Vitalisierung des Daseins im Rhythmus der Maschinen, Motoren und geometrischen Formen. In den leitmotivischen Sujets der Sturmtrupps und Faschistenlegionen wollte er futuristische Apotheosen der faschistischen Idee erkannt wissen. Er stellte ihre „dynamische Auffassung" einer „statischen" gegenüber, die sich einseitig auf sogenannte bleibende Gehalte, Repräsentationen usw. beziehe. Als Vizepräsident der Union Nationaler Schriftsteller beschwor dann Gottfried Benn sein „imperatives Weltreich". „Zucht und Form als Herrschaftssymbole" sollten auch im Kunstbereich den „kalten Stil der Zukunft" formen[49].

Es war nicht die Ausstellung selbst, die diesen Aufwand rechtfertigte. Die Werke

[47] Gedruckt Lpz. 1934.

[48] Zitiert nach „Kunst der Nation" v. 15. 4. 1934. Text im Original gesperrt. Ferner „Frankfurter Zeitung" v. 7. 4. 1934.

[49] Ebenda.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Aeropittura enttäuschten. Auch ihre besten Vertreter Prampolini, Fillia, Oriani, Ambrosi, Gitio stellten das malerische Problem des Futurismus keineswegs neu zur Diskussion. Jedoch „als Beleg für den Zusammenhang der politischen Kräfte mit den künstlerischen Bestrebungen des uns befreundeten Volkes", schrieb die „Weltkunst" (8. 4. 1934), sei diese Ausstellung in ihrer Bedeutung „unschätzbar". Stellte sie doch den Rosenbergschen Dogmatisierungsanspruch erneut in Frage, überführte seine Argumente und schien die studentischen Forderungen des Vorjahres zu rehabilitieren mit dem Hinweis, daß Mussolini den Futurismus zur faschistischen Staatskunst erklärt habe.

Die öffentliche Kunstdiskussion erhielt weiteren Auftrieb. „Mussolini ist der politische Futurist", schrieb G. H. Theunissen in der „Kunst der Nation" (15. 4. 1934), „ohne ihn wäre heute Italien eine verstaubte Ansichtskarte. Marinetti und seine Jünger im Manifest sind die künstlerischen Inkarnationen eines um 1909 dem Vesuvgehirn und dem Höllenherzen Marinettis entsprungenen Gedankens, die Zeit zu packen, das heißt: die Zeit an sich, um sie am Schopfe über die von Ballonreifen blank polierten Asphaltstraßen Europas zu zerren ... Flugzeuge, Autos und Marinettis bevölkern den neuen Kontinent." „Wir begrüßen die futuristische Ausstellung am Lützowufer in Berlin ... als erfreuliches Zeugnis für die Vielseitigkeit künstlerischer Bestrebungen und für die Berechtigung dieser Vielseitigkeit", schrieb die „Kunst der Nation" (15. 4. 1934). Wieder war es Otto Andreas Schreiber, der als beredter Wortführer das italienische Beispiel einer konsequent modernen Kunstprogrammatik aufgriff, sich dann aber vorsichtig im Interesse der konkreten deutschen Situation absetzte, um schließlich den Expressionismus als die dem „deutschen Norden" gemäße historische Parallele zum italienischen Futurismus um so nachdrücklicher zu befürworten. Die Aeropittura sei „zu sehr romanischer Prägung", räumte Schreiber der offiziellen Kritik ein, plädierte dann aber in eigener Sache: Wo der italienische Futurismus nur eine Methode malerischer Realisierung durchzusetzen bestrebt sei, „stellen wir demgegenüber fest, daß Fläche, Farbe, Anschauung (innere und äußere) die Kategorien der Malerei bleiben. Ferner daß prinzipielle Ablehnung von Motiven ein unkünstlerisches Unternehmen ist." Unter der Parole „Fortsetzung des Expressionismus" wies Schreiber den Weg künftiger deutscher Malerei auf, der den Expressionismus selbst nur als einen Anfang, ein Durchgangsstadium betrachte: „... die heutigen jungen Maler ... bauen auf den künstlerischen Erfahrungen im Gebiet der Farbe und Form, die sie vorfinden, weiter. Durch diese organische Kontinuierlichkeit ist eine Höherentwicklung der deutschen Malerei zu erhoffen. Darüber hinaus lassen sie sich von keinem andern Maler, weder der Vergangenheit noch der Gegenwart, von keiner Schule und keinem ‚Stil' ins Schlepptau nehmen, sondern sie machen selbstbewußt ihre Fortschritte, damit die Malerei fortschreitet[50]."

Schon im April zeigte die Galerie Ferdinand Moeller in Berlin über 60 Aquarelle und Lithographien von Nolde. Ausstellungen von Feininger und Schmidt-Rottluff wurden auch aus anderen Städten gemeldet.

[50] „Kunst der Nation", 1. 4. 1934.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV.

Dieser zweite Vorstoß, der Versuch namhafter Vertreter, mit dem Hinweis auf die Kunstpraxis des faschistischen Italiens die nationalsozialistische Kunstpolitik von ihrer völkischen Position zugunsten der Moderne abzudrängen, forderte Entscheidungen in höchster Instanz heraus, die, in der Öffentlichkeit zu begründen, Hitler sich selbst vorbehielt. Er wählte dazu den Reichsparteitag im September 1934 in Nürnberg. Hier, vor dem „Forum der Hunderttausend", im Zusammenhang der Bilanz innenpolitischer Machtsicherung, wies Hitler dann nicht nur den erneuten kunstpolitischen Liberalisierungsversuch zurück. Er nahm aus diesem Anlaß zudem an dem Konzept der nationalsozialistischen Kunstpolitik jene Korrekturen vor, die sie als ein modernes Instrument politischer Machtausübung endlich aktionsfähig machen sollten.

Den diese Entscheidungen vorbereitenden Stimmungsgrund in der Partei-Kanzlei kennzeichnen einige Zeugnisse. So notierte Alfred Rosenberg am 5. 6. 1934 in sein Tagebuch[51]: „Über Kulturfragen fängt jetzt ein regelrechtes Tauziehen an. Überall, wohin ich komme, höre ich einmütiges Klagen über die Richtungslosigkeit der Reichskulturkammer. Im Lande ist man sich also auch im klaren über das Sammelsurium, das sich da zusammengefunden hat. Alte Judengenossen als Präsidenten, Rechtsanwälte der Rotary an maßgebender Stelle, unfähige ‚Nationalsozialisten', dazwischen einige tüchtige Leute, die sich mehr als ungemütlich fühlen. Dazu Goebbels-Reden ohne Gehalt, in glatter Manier, um alle Probleme herumgehend. Es ist trostlos." Die Konsequenz, die Rosenberg aus dieser „Lage" zu ziehen bereit war, ging so weit, daß er selbst augenfällige Gegenmaßnahmen nicht gescheut hätte. Die Tagebucheintragung fährt fort: „Man hofft auf mich, aber durch die Tatsache, daß ein Nationalsozialist Präsident der Reichskulturkammer ist, ist es schwer, parteiamtlich eine andere Organisation zu schaffen, ohne die [Reichskultur] Kammer bzw. auch gegen sie."

Weiterhin liegt aus den Sommer- und frühen Herbstmonaten des Jahres 1934 ein erregter Briefwechsel Rosenberg-Goebbels vor[52], den Rosenberg, nach eigenen Aussagen[53], von Mal zu Mal dem „Stellvertreter des Führers" zuleitete. Rosenberg war auch der Initiator dieses Duells. Goebbels antwortete kühl, wies offensichtliche Irrtümer zurück, ging auf die Mehrzahl der gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht ein und verbat sich schließlich „energisch" jene „haltlose und bei näherer Prüfung als vollkommen unzutreffend erwiesenen Behauptungen", „die nur dazu geeignet sein können, mich und meine Arbeit herabzuwürdigen, bzw. zwischen Ihnen und mir einen Federkrieg heraufzubeschwören, zu dem ich weder Zeit noch Lust

[51] A. a. O., S. 26.

[52] CDJC/CXLII-246: Brief Rosenbergs an Goebbels v. 30. 8. 1934, 8 Seiten; Brief Goebbels an Rosenberg v. 25. 9. 1934, 6 Seiten. Mit diesen beiden Briefen endete vermutlich der Briefwechsel.

[53] Der Brief Rosenbergs an Goebbels v. 30. 8. 1934 schließt mit der Bemerkung: „Abschriften Ihrer und meiner Briefe habe ich dem Stellvertreter des Führers zugeleitet."

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

habe"[54]. Rosenbergs Ton war aggressiv, denunzierend und apologetisch zugleich. Immer noch waren es die „Verdienste" in der „Kampfzeit" und deren Methoden, die sein Denken beherrschten: „Der Kampfbund für Deutsche Kultur entstand in der Zeit schwerster politischer Kämpfe aus dem Gedanken heraus, daß auch die kulturelle Seite der Bewegung gepflegt und auch Menschen gesucht werden müßten, die diese kulturelle Pflege später weiter führen könnten. Zu dieser Zeit hat sich so gut wie niemand um die kulturellen Fragen des Nationalsozialismus gekümmert, auch Sie nicht, Dr. Goebbels, denn es war die Zeit, als Sie in Hans Heinz Ewers, dem Verfasser der ‚Alraune' und des ‚Vampir', ferner in Arnolt Bronnen, dem Verfasser der ‚Septembernovelle', sich ihre Künstlerumgebung wählten . . ." Und an einer nachfolgenden Stelle des Briefes, zwar auf Richard Strauß gemünzt, aber Goebbels indirekt einbeziehend: „Entweder nimmt man eine große Stellung und die Ehren im Dritten Reich an, dann muß man aber auf Bruno Walter, Hofmannsthal und Zweig verzichten, oder man bleibt bei seinen alten Freundschaften und verzichtet auf repräsentative und kulturbestimmende Stellungen im Dritten Reich. Hierüber zu wachen würde ich als Pflicht des Präsidenten der Reichskulturkammer empfinden . . . Sie dürfen überzeugt sein, daß das Verhalten der Theaterkammer und manches andere auf dem Gebiet, etwa der bildenden Kunst oder des Filmwesens vielfach den Glauben an die Festigkeit nationalsozialistischer Welt- und Kulturanschauung in Deutschland erschüttert hat . . ." „Den ‚Höhepunkt' bildete zweifellos der geglückte Versuch, eine futuristische Ausstellung von Berliner Kunstbolschewisten auf dem Umweg über Italien durchzuführen, deren Protektorat u. a. Sie übernommen hatten, offenbar in Unkenntnis vorliegender Tendenzen. Es war Ihnen vielleicht auch nicht bekannt, daß der Eröffner dieser Ausstellung ein viele Jahre lang in Berlin tätig gewesener kunstbolschewistischer Redner von der Gruppe ‚Der Sturm' war. Sie dürfen überzeugt sein, daß auch diese Tatsache unter den nationalsozialistischen bildenden Künstlern entsprechend empfunden wurde..."[55]

Was hatte dazu geführt, daß die beiden hohen Parteiführer schließlich selbst zu denunziatorischen Mitteln griffen, um kulturpolitische Macht an sich zu ziehen?

Die Beauftragung Alfred Rosenbergs mit der „Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP" (Jan. 1934) hatte diesen innerhalb der Kulturpolitik zwar formal dem Führungsauftrag von Goebbels gleichgestellt. Die einzelnen Aufgabenbereiche innerhalb des Überwachungsamtes bestätigten den Vorrang der Kulturarbeit. Aber im Bereich der realen Machtausübung hatte Goebbels einen Vorsprung gewonnen, den Rosenberg vergeblich sich aufzuholen bemühte. Das hatte mehrere Gründe: Goebbels hatte sich in der Reichskulturkammer eine Institution geschaffen, die alle beruflich mit der Produktion, Reproduktion und Verteilung von Kunst Befaßten wirtschaftlich und sozial an das RMVAP band. Er war damit nicht nur erfolgreich in den Kompetenz-

[54] CDJC/CXLII–246, Schreiben v. 25. 9. 1934.
[55] CDJC/CXLII–246, Schreiben v. 30. 8. 1934.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bereich des Preußischen Kultusministeriums eingedrungen[56], hatte darüber hinaus, wenn auch unter Kompromissen, im Zuge von dessen Umwandlung zum Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung seine Weisungsbefugnis noch erweitern können[57]; auch vier Durchführungsverordnungen zum Reichskulturkammergesetz, ein Sonderabkommen mit der DAF, zwei nachfolgende „Bekanntmachungen über die Abgrenzung der Reichskulturkammer" hatten nicht ausgereicht, die expandierenden Kompetenzen festzulegen. Hinzu kam ein Stil der Amtsführung, der einen wesentlichen Teil seines Erfolges dem Anschein verdankte, beispielsweise in Kunstfragen relativ unorthodox zu sein. Dieser Anschein war es auch, der eine weiterhin führungsbereite Intelligenz anzog. So hatte Goebbels die Kulturabteilungen seines Ministeriums großenteils, die Reichskulturkammer fast ausschließlich mit Berufskünstlern aufgebaut. Um den Kunstbetrieb in Gang zu halten, brachte er den wirtschaftlichen und arbeitsmäßigen Bedingungen künstlerischen Schaffens weitgehendes Verständnis und ein realistisches Urteil entgegen. Er vertrat die künstlerische Qualität („Kunst kommt von Können") gegen die Inflation des politischen Kitsches[58]. Entsprechend weitherzig war seine Personalpolitik. Er ließ potentielle Emigranten bitten, in Deutschland zu bleiben[59], und warb, z. T. erfolgreich, um die Rückkehr prominenter Flüchtlinge[60]. Er ergriff jedes Mittel, das die Entwicklung einer politisch nutzbaren Kunst fördern konnte. Repräsentationsmotive spielten schon in den Anfängen dieser Politik eine besondere Rolle. Goebbels bewunderte die italienische Architektur, weil sie „imponierend" sei[61]; er bewunderte die italienische Filmpolitik, weil der Faschismus „zum ersten Mal den Versuch gemacht" habe, „den Film in den unmittelbaren Dienst des Staates zu stellen"[62]. So hatte Goebbels auch einmal die „gesunden Ansichten" des Expressionismus gelobt[63], die neue Sachlichkeit als „deutsche Kunst des nächsten Jahrzehnts" gefeiert[64] . . . Und noch einige Tage, ehe Hitler die entgegenlautende Sprachregelung herausgab, hatte Goebbels die „Gesetze der Revolution" zum natio-

---

[56] Die z. T. stürmischen Auseinandersetzungen mit Göring (Preußischer Theaterausschuß) nahmen ebenfalls hier ihren Ausgang.

[57] So wurden die Kunsterzieher, bisher ausschließlich dem Verwaltungsbereich des Kultusministeriums angehörend, zwangsweise Mitglieder der Reichskammer der bildenden Künste. Die Museumsleiter blieben, entgegen der Forderung Goebbels, dem Ministerium Rust unterstellt. (Erlaß v. 15. 5. 1934)

[58] Rede vor den Theaterleitern, 8. 5. 1933. In: Dokumente der Deutschen Politik. Bln. 1939, Bd. I, S. 321.

[59] Prot. XI, 1.

[60] Der Versuch, Thomas Mann 1934 zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen, mißlang. Ungleich hartnäckiger, doch ebenso erfolglos, verlief Goebbels' Werben um die Schauspielerin Marlene Dietrich.

[61] Rede in der Berliner Humboldt-Universität, Ende Mai 1933. Zitiert nach „Angriff", 1. 7. 1933.

[62] Ebenda.

[63] Rede vor den Theaterleitern, a. a. O., S. 321 (s. Anm. 55).

[64] Ebenda, S. 322f.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nalsozialistischen „Staatsprinzip" erklärt. „Es soll der Dichter mit dem Staatsmann gehen"[65], lautete die Werbeparole, und scheinbar freimütig bot er den Künstlern in dieser „Revolution" die Rolle einer Avantgarde an[66].

Jedoch weniger die Künstler, als seine Gegner im eigenen politischen Lager, voran Alfred Rosenberg, schienen solche Reden wörtlich zu nehmen. Wo Goebbels geschickt taktierte, argwöhnte Rosenberg ideologische Diversion. Und eine Intervention in der Partei-Kanzlei war praktisch der einzige Weg, der Rosenberg offen blieb, um seiner Überwachungs-Tätigkeit Nachdruck zu verleihen. Dieser aufs Prinzipielle fixierte Mann sah seine Sendung darin, „die NS-Linie rein zu halten"[67]. Beharrlich bestand er auf seinem negativen Ausleseprinzip als dem einzigen Regulativ seiner Kultur- und Kunstpolitik. „Wir denken nicht daran, irgendein Dogma der Kunst zu verkünden", hieß es in seiner Programmrede vom 22. Februar 1934, „wohl aber ergibt sich aus der Kritik des Gegnerischen die Richtung für das Schöpfertum einer Zukunft[68]." Denn „der einzelne Mensch weiß ... nicht immer, was er positiv will, aber was er nicht will, ist ihm durch Instinkt fast immer gegenwärtig. Schaltet er nun im Laufe seines Wirkens folgerichtig immer das aus, was er nicht will, so wird ihn seine innerste Natur dahin führen, was diesem Willen, dieser innersten Natur entspricht"[69]. Nicht nur unrevidiert, eher infolge der Rivalitätskämpfe noch verhärtet, waren die völkischen Anti-Konzeptionen der „Kampfzeit" zur Doktrin geworden. Sie bestimmten den Stil der Rosenbergschen Amtsführung. Durch deutsche Städte wanderten sogenannte Schandausstellungen unter seiner mittelbaren und unmittelbaren Regie. Museumsverwaltungen wurden nach thüringischem Rezept in Schaufenstern angeprangert. Prof. Schultze-Naumburg stellte in öffentlichen Vorträgen künstlerische Idealbilder (Bamberger Reiter) auf, die „als Maßstäbe zur rassischen Auslese für jedermann"[70] gelten sollten. „Für und gegen den Norden gerichtete Auslesen" bzw. „Gegenauslesen" hießen seine Kategorien, mit denen er die deutsche Kunstgeschichte neu ordnete. Unter dem Motto „Laßt uns mit dem Herzen bauen!" bestritten namhafte Architekten[71] die Vortragszyklen des „Kampfbundes für Deutsche Kultur" und wandten sich gegen das als „Baubolschewismus" diskreditierte Bauhaus, gegen die „Neue Sachlichkeit" als „Baukunst des Novembers". Die Bezeichnung „deutsch" in der Kunst drohte synonym zu werden mit „regional" im Sinne von anti-international. Ihr „völkischer Wert" wurde geradezu daran gemessen, wieweit diese Kunst „draußen"

---

[65] Rede Dr. Fricks über die neue Erziehung, 9. 5. 1933. In: Dokumente der Deutschen Politik, a. a. O., S. 326.

[66] Rede zur Eröffnung der Reichskulturkammer, 15. 11. 1933, a. a. O., S. 365.

[67] Das Politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, a. a. O., S. 49.

[68] Dokumente der Deutschen Politik. Bln. 1939. Bd. II, S. 324.

[69] Alfred Rosenberg: Gesinnung und Kunst. 1935.

[70] Schultze-Naumburg, Paul: Kunst und Rasse. Mü 1928ff., u. a. O.

[71] Wortführend, nach Schultze-Naumburg, der Reichsfachgruppenleiter ‚Bildende Kunst' im KfDK Prof. Paul Schmitthenner und der Leiter der Fachgruppe ‚Architekten und Ingenieure' Dr. Nonn. S. auch Schlemmer, a. a. O., S. 313f.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht mehr verstanden wurde[72]. So wurden als „deutsche" Maler, als Maler der „Landschaft" und des „unverdorbenen Instinktes ihrer einfachen Menschen" herausgestellt: die Dachauer Gruppe mit Leibl, der Bodensee-Bund, der Schwarzwälder Hans Thoma, der Tiroler Egger-Lienz, dann die „Erzgermanen" Hendrich, Stassen, Fidus, Fahrenkrog. Soweit diese regulierenden Absichten der Rosenbergschen Kunstpolitik überhaupt formulierbar waren, brachte der Chef der Auslandspresse, Dr. Ernst Haufstaengl, sie in einem Interview der internationalen „Weltkunst" (14. 1. 1934) zum Ausdruck: „Deutschland, das so übernational empfinden gelernt hat, wird lernen müssen, intranational zu empfinden, und zwar auf der Basis eines völkischen Nationalstaates. Der deutsche Mensch muß sozusagen nationalistisch in die Kur genommen werden. – So eine Art Nachexerzieren! – Eine Blutkur! – . . ."

Die organisatorischen Voraussetzungen zu einer Stärkung der Rosenbergschen Kulturpolitik waren inzwischen gegeben. Die mitgliedstarken Organisationen „Reichsverband Deutsche Bühne" und „Kampfbund für Deutsche Kultur" waren zu einer kulturellen Dachorganisation, der „NS-Kulturgemeinde" vereinigt (4. 6. 1934), diese dann noch im Sommer 1934 dem „Amt für Kunstpflege" (im Amt Rosenberg) unterstellt und damit in der Reichsleitung der NSDAP verankert worden. Aber auch dieser Schritt Rosenbergs scheint weniger von einem eigenen praktikablen kunstpolitischen Programm denn von der Vorstellung bestimmt gewesen zu sein, in der „NS-Kulturgemeinde" eine in ihrer Art ebenso wirksame Gegeninstitution zur Goebbelsschen Reichskulturkammer aufzubauen. Die angeführte Tagebuchaufzeichnung, wo Rosenberg diesen Gedanken selbst ausspricht, datiert vom Tag vor der (öffentlichen) Gründung der „NS-Kulturgemeinde". – Zudem beherrschten die Rosenbergschen Organisationen vereinbarungsgemäß allein das Feld der kulturellen Öffentlichkeitsarbeit (zu ihr blieb Goebbels ein direkter, aber erst in den Jahren nach 1935 genutzter, Zugang nur über sein Amt als Reichspropagandaleiter der NSDAP). Gründe für die im Sinne der innenpolitischen Machtergreifung ungenügende Führungsinitiative Rosenbergs müssen in der ideologischen Fixierung seiner Arbeitsweise auf das genannte „Auslese"- bzw. „Reinigungs"-Schema, verbunden mit den alten völkischen Praktiken, gesehen werden.

Vor dem Hintergrund der so ungenügend stabilisierten kulturpolitischen Situation erhalten die Ausführungen Hitlers auf dem Reichsparteitag 1934 ihre Bedeutung. Sie wandten sich bezeichnenderweise nach zwei Seiten.

Schon Alfred Rosenberg hatte, unmittelbar vor Hitlers Rede, die kulturpolitische Situation zur Sprache gebracht. Dabei hatte er sich auf die Weisungen Hitlers vom vorjährigen Reichsparteitag berufen, daß nämlich „unter keinen Umständen die Repräsentanten des Verfalls . . . plötzlich die Fahnenträger der Zukunft sein

[72] „Kunst ist immer die Schöpfung eines bestimmten Blutes, und das formgebundene Wesen einer Kunst wird nur von Geschöpfen des gleichen Blutes wirklich verstanden; anderen sagt es wenig oder nichts . . ." (Aus: Alfred Rosenberg, Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Mü 1935, S. 120).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dürfen", und sich noch einmal den Ereignissen vom Sommer 1933 zugewandt: „Hart" müsse der Nationalsozialismus „dem aufdringlichen Bemühen entgegentreten", das „die pseudo-ekstatischen ... Künstler der letzten Jahrzehnte uns als unsere Revolutionäre aufschwatzen" wolle. Leider sei im vergangenen Jahr „ein Bemühen bemerkbar gewesen, dem überlebten Geist, der politisch ausgeschaltet war, auf dem Gebiet der Kultur durch eine glatte Dialektik wieder Eingang zu verschaffen"[73]. Das richtete sich an die Adresse der studentischen Rebellen. – „Die große vor sich gehende geistig-seelische Wiedergeburt Deutschlands hat dabei das Recht zu erwarten, daß auch das Ausland sich ernst mit ihr beschäftigt, wenn es über den Nationalsozialismus spricht", hatte Rosenberg anschließend die italienischen „Freunde" angeredet. „Bedauerlicherweise sind gerade in letzter Zeit aber Versuche unsachlichster Art bemerkbar geworden, um das große Ringen des deutschen Volkes als ‚Barbarei'[74] hinzustellen." Von „mißgünstigen Kritikern" sprach Rosenberg und fuhr dann fort: „Wir achten die echten Kulturwerke aller Völker, erwarten aber den gleichen Respekt von ihren Wortführern auch uns gegenüber"[75].

Hitler sprach darauf, den Künsten zugewandt, von „zwei Gefahren", die der Nationalsozialismus „heute ... zu überstehen" habe. Erstens seien es die traditionsfeindlichen „Kunstverderber", die „Kubisten, Futuristen, Dadaisten usw.", die die nationalsozialistische Kunstentwicklung bedrohten. Diese „kulturelle Ergänzung der politischen Destruktion" sei „weder rassisch ... noch volklich erträglich"; denn sie bedrohe den „unverdorbenen und gesunden Instinkt" der nationalsozialistischen Bewegung. Ihnen müsse vielmehr „eindeutig und klar" gesagt werden: „nicht nur die politische, sondern auch die kulturelle Linie der Entwicklung des Dritten Reiches bestimmen die, die es geschaffen haben ..." „Die Scharlatane täuschen sich, wenn sie meinen, die Schöpfer des neuen Reiches wären vielleicht albern oder ängstlich genug, sich von ihrem Geschwätz benebeln oder gar einschüchtern zu lassen. Sie werden sehen, daß die vielleicht größte kulturelle und künstlerische Auftragserteilung aller Zeiten über sie zur Tagesordnung hinweggehen wird, als ob sie nie existiert hätten"[76].

Damit bestätigte Hitler noch einmal das Urteil Rosenbergs. Dann aber sprach er von einer „Gefahr", die Rosenberg nicht erwähnt hatte. Und hier wandte sich seine Warnung geradewegs an die Adresse Rosenbergs. „Zum zweiten aber muß der nationalsozialistische Staat sich verwahren gegen das plötzliche Auftau-

---

[73] Rede in Nürnberg, 5. 9. 1934. Zitiert nach: Reichstagung in Nürnberg 1934, hrgb. i. Auftrag des Frankenführers Julius Streicher. Bln. 1934.

[74] In seinem Interview, das er den „Hamburger Nachrichten" (s. Ausg. v. 25. 2. 1934) gab, äußerte Dr. Ruggero Vasari sich ironisch über die vorangegangene deutsche Kunstausstellung in Florenz. In Rom hatte zudem die Berufung Rosenbergs auf die „griechische Tradition", d. h. der anti-römische Affekt seiner kunsthistorischen Ahnensuche, öffentlichen Protest erregt.

[75] Rede in Nürnberg, a. a. O.

[76] Rede in Nürnberg, a. a. O.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen jener Rückwärtse, die meinen, eine ‚teutsche Kunst' aus der krausen Welt ihrer eigenen romantischen Vorstellungen der nationalsozialistischen Revolution als verpflichtendes Erbteil für die Zukunft mitgeben zu können . . ." [77] Was Rosenberg unterlassen hatte, vollzog nun Hitler selbst. Er rechnete mit den Wortführern der Völkischen ab. Hitler nannte keine Namen. Doch jeder Eingeweihte wußte, wer gemeint war: alle jene völkischen Bau-, Sprach-, Schrift- und Kleidungsreformer, jene Fidus, Fahrenkrog und Lanzinger, jene alte Garde, die 1934 im Gefolge Rosenbergs stand.

Hitler begnügte sich nicht damit, sie aus seinen Diensten zu entlassen. Wie Walter Frank schon wenige Tage darauf die für den Aufbau der politischen Führungsfunktionen einstmals so willkommene „nationale" Intelligenz höhnisch ihren Weg über die „Eselsbrücke der patriotischen Tendenz" zurückwies[78], so gab Hitler selbst das Beispiel solcher Demaskierung. Er nutzte den Anlaß, diese, seine treuesten Vasallen, nunmehr politisch zu diffamieren: „Sie waren niemals Nationalsozialisten gewesen", lautete das Urteil. „Entweder hausten sie in den Einsiedeleien einer von Juden selbst als lächerlich empfundenen germanischen Traumwelt, oder sie trabten fromm und bieder inmitten der Heilsscharen einer bürgerlichen Renaissance." „Als sie . . . nach unserm Sieg eilfertig . . . von der Höhe der Sprossen ihres bürgerlichen Parteistalles . . . herunterstiegen, um sich der ja ohnehin nur durch Trommelwirbel mobilisierten nationalsozialistischen Bewegung als politische Köpfe und Strategen anzutragen, fehlte ihnen jede Vorstellung über die Größe der Umwälzung, die sich unterdes im deutschen Volke vollzogen hat. So offerieren sie heute Bahnhöfe in original-deutschem Renaissance-Stil, Straßenbenennungen und Maschinenschrift in echt gotischen Lettern, Liedertexte frei nach Walther von der Vogelweide, Modeschöpfungen nach Gretchen und Faust, Bilder nach Art des Trompeters von Säckingen, Bidenhänder und Armbrust aber womöglich als Wehr und Waffen." Es sei nun endlich an der Zeit, daß „jene Rückwärtse" sich „als Versteinerungen in die Museen" zurückzögen und nicht mehr länger „als aufdringliche Geister die Mitwelt erschauern" ließen . . .[79]

„Gefahren für den Nationalsozialismus" hatte Hitler die beiden kunstpolitischen Richtungen genannt.

Forscht man nach den Motiven hinter dieser hochgespielten Formulierung, so läßt sich die Frage gegenüber der Gruppe der Kunst-Avantgardisten leichter beantworten. Hitlers Ablehnung der künstlerischen Moderne war immer eindeutig gewesen. Vermutlich nicht nur, weil diese Ablehnung seinem eigenen unqualifizierten Kunstgeschmack entsprach, sondern mehr noch, weil er die politische Bedeutung solcher intellektueller Gruppen niemals überschätzt hatte. War es doch höchstens eine Minderheit, die darauf bestand, durch Kunstwerke mit der ganzen Pro-

[77] Ebenda.

[78] Rede auf einer Kundgebung der Reichsjugendführung in Berlin am 15. 9. 1934 anläßlich des 100. Geburtstags Heinrich von Treitschkes. In: Walter Frank, Kämpfende Wissenschaft. Hbg. 1934. S. 30ff.

[79] Rede in Nürnberg, 5. 9. 1934, a. a. O.,

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

blemschwere ihrer Zeit konfrontiert zu werden. „Deutsch sein heißt klar sein!" – das war die Parole, die Hitler auf dem Reichsparteitag 1934 über das Erziehungsprogramm der Nation gestellt hatte. Eine so verstandene politische Zweckrationalität wies auch den Künsten ihren festen Platz an. Was daran gemessen verwirrend oder gar lächerlich empfunden werden konnte, gefährdete das politische Programm. Und was die NS-Studentenrevolte, was der Kreis um das Berliner Kronprinzenpalais gefordert hatten, was nach ihnen Rudolf Blümner, Marinetti, Vasari, Gottfried Benn und die „Kunst der Nation" erneut vorbrachten – das war allerdings dazu angetan gewesen, die „Marschrichtung der Künste" zu irritieren. „Die Nationalsozialistische Partei", so hatte Hitler schon im Zusammenhang der Strasser-Affäre 1930 an Goebbels geschrieben, „wird, solange ich sie führe, kein Debattier-Klub wurzelloser Literaten oder chaotischer Salon-Bolschewisten werden, sondern sie wird bleiben, was sie heute ist: eine Organisation der Disziplin . . ."[80] Hitler bestand auf dieser „Disziplin", als er dem „Völkischen Beobachter" und damit in diesem Punkt dem Sprecher der Rosenbergschen Kunstpolitik Recht gab, daß der Kampf um die künstlerische Moderne „Sabotage" gewesen und seine Wortführer „kulturelle Bolschewisten"[81] seien.

Anders lag die Sache bei den Völkischen. Ihnen gegenüber gab Hitler lediglich eine Schonung auf, die er aus offensichtlich taktischen Gründen für angebracht gehalten hatte. Daher sprach er im September 1934 im Grunde nur mit fast denselben Worten aus, was er schon 1924 in „Mein Kampf" geschrieben hatte[82]. Es fragt sich, was die NSDAP zu dieser Stillhalte-Taktik der Jahre dazwischen[83] bewogen hatte.

Im Unterschied zur Gruppe der Kunst-Avantgardisten stellten die Völkischen eine zahlenmäßig große Anhängerschaft dar. Keine der frühen eigenständigen völkischen Gruppen war ohne Kulturprogramm gewesen. Und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die ungebrochene und organisatorisch gesicherte Fortsetzung dieses völkischen „Kulturwillens" beträchtliche Teile der politisch so früh enttäuschten Gefolgschaft aufgefangen und sie als Stimmen dem Nationalsozialismus erhalten hatte. Um so stärker mußten diese Gruppen schließlich auf eine Verwirklichung ihrer Kulturvorstellungen drängen, zumal auch das thüringische Regime Frick diese Vorstellungen teilweise schon verwirklicht hatte. In diesen

---

[80] Brief Hitlers an Goebbels v. 30. 6. 1930. BDC/Akte „Gregor Strasser".

[81] VB, 16. 1. 1934 und Rede in Nürnberg, 5. 9. 1934, a. a. O.

[82] S. Kapitel „Weltanschauung und Organisation".

[83] Nur Goebbels machte eine Ausnahme. Die „völkischen Wanderapostel" gehörten zum Repertoire seiner Auftritte in den Pharus-Sälen des Berliner Nordens.

Über die latente Bedrohung, die die völkischen Wortführer für die NSDAP darstellten, äußerte sich Goebbels: „Solange die Partei von großen politischen Aufgaben beansprucht ist, sind diese [völkischen] Bestrebungen für ihre Entwicklung vollkommen ungefährlich. Sie werden erst gefährlich, wenn die Partei durch Verbote und innere Schwierigkeiten in Krisen gerät. Dann öffnet sich diesen nur antisemitisch oder nur rassemäßig interessierten Spezialisten ein freies Betätigungsfeld." (Aus: Kampf um Berlin. I. Der Anfang (1926–1927). Mü 1932 S. 217).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

machtpolitischen Rücksichten muß also der Hauptgrund gesehen werden für die – parteigeschichtlich bemerkenswerte – Verspätung, mit der Hitler nun auch auf kulturellem Gebiet die Trennung nachholte, die sich im politischen Bereich schon Mitte der 20er Jahre vollzogen hatte.

Mit der Machtübernahme entfielen diese Rücksichten. Was den Termin der Auseinandersetzung mit den völkischen Wortführern dann noch einmal hinausgeschoben hatte, lag in der verzögerten Machtkonsolidierung der Jahre 1933/34 begründet. Auch die Selbstregulierung, die Hitler sich durch den zeitweiligen Vorrang der Goebbelsschen Kulturpolitik im Hinblick auf das nationalsozialistisch-völkische Konzept Rosenbergs erhofft haben mochte, war ausgeblieben.

Auffallend breiten Raum in der politischen Rede Hitlers auf dem Reichsparteitag 1934 nahmen die Ausführungen über die Partei, ihre Organisation und ihre Taktik, ein. In der erneuten Verpflichtung der NSDAP auf den Typus einer disziplinären, in der Massenbeherrschung geschulten Kaderpartei bestätigte Hitler einen seiner wichtigsten machtpolitischen Stabilisationsfaktoren. Der Öffentlichkeit demonstrativ bekanntgegeben aber wurde dieses Leitbild politischer Führung zu einem Zeitpunkt, als dieser Führungsstil bereits weitgehend verwirklicht, in den sozial-kulturellen Bereichen zumindest institutionell verankert war. So vollzog das Eingreifen Hitlers auch in den Bereich der Kunstpolitik nurmehr letzte Korrekturen, die die nationalsozialistische Kunstpolitik bestätigten und festlegten.

Erstens: Den bereits institutionell ausbalancierten Machtverhältnissen (Ministerium Goebbels, Überwachungsamt Rosenberg) wurde die noch divergierende kunstpolitische Praxis angeglichen. Hitlers Eingreifen entschärfte einzelne Machtkonflikte, bestätigte daneben aber das Rivalitätsprinzip[84] innerhalb der kultur- und kunstpolitischen Führung. Die kontrollierende Funktion dieses Prinzips hatte sich bewährt, war doch zu einem nicht unerheblichen Teil über die Rivalitätskämpfe die „Umstellung" auf den neuen Führungsstil vollzogen worden. Zweitens: Die völkischen Wortführer, die auf Seiten Rosenbergs einer aktionsfähigen Kunstpolitik im Wege standen, waren ausgeschaltet worden. Damit entfielen die letzten doktrinären Positionen. Rosenberg fügte sich, und seine Kulturpolitik sah sich nachdrücklicher denn je auf eine politisch-pragmatische Ausrichtung verpflichtet. Um Prof. Schultze-Naumburg und seine „Kampf"-Gefährten wurde es still[85]. Minister Frick trat aus dem Blickfeld der Kunstpolitik. Schon der Berliner Kunstwinter 1934/35 mit seinen Modell-Veranstaltungen der „NS-Kulturgemeinde" sollte zeigen, wie erfolgreich

[84] Auf dieser Grundlage wurden die Machtkämpfe weitergeführt. So leiteten Rosenberg und Goebbels eine gemeinsam verfaßte „Vereinbarung" (Ende?) 1934 Hitler zu. Sie beantragte für Rosenberg ein „Reichskulturamt" innerhalb der Reichsleitung der NSDAP und für Goebbels als Äquivalent eine zusätzliche „Reichskammer für Kulturpflege". CDJC/CXLV–581.

[85] Als einziger unter ihnen wurde Adolf Bartels 1937 aus der Vergessenheit heraufgeholt. Als „ältester völkischer Kulturpionier der Gegenwart" erhielt er „in Anerkennung . . . seines Wirkens für die völkische Kulturerneuerung" die höchste Auszeichnung des Reiches für Kulturleistungen, den „Adlerschild des Deutschen Reiches".

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rosenberg in die Flucht nach vorn gedrängt worden war. Drittens: Der nationalsozialistischen Kunstpolitik war der Rahmen abgesteckt worden. Die künstlerische Moderne blieb ausgeschlossen. Möglicherweise hätte Goebbels, ohne in Kunstdingen sich je zu engagieren, eine beweglichere, offenere Haltung gegenüber der Moderne vorgezogen – wenn auch nur, um das Instrumentarium der publizistischen Machtausübung variabel zu halten.

Die Entscheidung Hitlers bedeutete das Ende der kunstpolitischen Opposition. Die Zeitschrift „Kunst der Nation" wurde Anfang 1935 verboten. Otto Andreas Schreiber und Hans Weidemann zogen sich auf die letzten Positionen zurück: unter dem Schutz und im Auftrag der „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude" organisierten sie die internen „Fabrikausstellungen KdF". Bis in den Krieg hinein war es hin und wieder möglich, auch Nolde, Pechstein, Pankok und Schmidt-Rottluff zu zeigen[86]. Doch die Öffentlichkeit erfuhr nichts mehr davon.

Was somit den Kurs der nationalsozialistischen Kunstpolitik Ende 1934 kennzeichnet, ist die Konsequenz, mit der er den Erfordernissen der allgemein-politischen Machtausübung angepaßt worden war. Die Ablehnung der künstlerischen Moderne hatte gezeigt, daß demgegenüber selbst Rücksichten auf das befreundete Ausland (Italien) oder auf das Welturteil zurückstanden.

Diese betont herrschaftsfunktionale Struktur zeigt eine Orientierung am Leninschen Führungsprinzip, wie es die schlechtverhüllte Bezeichnung von „Agitation und Propaganda" als „Volksaufklärung und Propaganda" schon vorausgenommen hatte. Erst der ausgesprochen einseitige, undialektische und, in diesem Sinne, totale Charakter der Funktionalisierung, die rückstandlose Nutzung der Kunstpolitik als eines Machtbereiches unter anderen – unterscheidet sie von diesem Vorbild. Während die nationalsozialistische Kultur- und Kunstpolitik in der „Kampfzeit" und über diese hinaus noch mit Programmpunkten, ideologischen Positionen usw. operiert hatte, brachte die „Umstellung" auf den neuen Führungsstil deren Liquidierung mit sich. Ohne fixierte Zielpunkte, ohne politische Theorie oder Programmatik, ohne Bildungsprogramm, ohne Kunstideologie war die nationalsozialistische Kunstpolitik nunmehr allein auf politischen Dienst verpflichtet worden. Die auf Kunst gerichteten Maßnahmen, ihre Praktiken und Tendenzen, entziehen sich damit der geistes- bzw. kulturgeschichtlichen Begrifflichkeit. Historischen Gehalten war diese Politik nicht mehr verpflichtet. Statt dessen wurde die Politik zur „Kunst" erklärt. Das Versagen herkömmlicher Begriffe erschwert die Analyse und Darstellung der nationalsozialistischen Kunstpolitik. Sie fordert vom Historiker, die Kategorien ihrer Bestimmbarkeit eben aus ihrer Funktionalität abzuleiten.

Der Verlauf der nationalsozialistischen Kunstpolitik selbst weist diesen Weg: Die Entdeckung der Künste als soziales „Kontroll"-Instrument stand unmittelbar bevor. Die Entwicklung neuer und wirksamer Formen als kunstpolitisches Programm sollte ihr folgen.

---

[86] Prot. III, 14, 19, 21.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETRICH GEYER

ARBEITERBEWEGUNG UND „KULTURREVOLUTION" IN RUSSLAND*

Die Überlegungen, die im Folgenden anzustellen sind, werden eine herausragende Epoche unserer Zeitgeschichte in den Blick treten lassen: das Experiment einer weitgespannten „Kulturrevolution", die den politischen Umsturz des Jahres 1917 in Rußland mit großen Erwartungen begleitet hat. Wir berühren auf dem Wege dahin das Kulturverständnis der europäischen Arbeiterbewegung in der Begegnung mit der bürgerlichen Gesellschaft, prüfen sodann die Lebenswelt des jungen Fabrikproletariats auf russischem Boden, die Bewegungsrichtung seines beginnenden Emanzipationskampfes, und schließlich werden die Voraussetzungen und die Ergebnisse eines revolutionären Neuerertums vorzustellen sein, das in kühnem Anlauf gegen alle bisherige Geschichte die Geburt einer neuen, einer „proletarischen Kultur" verkündete. Die bis dahin im Ideologischen zurückgehaltene sozialistische Utopie wollte sich jetzt in schöpferischer Aktion erproben.

Der Anspruch der russischen Revolutionäre, voraussetzungslos, auf einer tabula rasa gleichsam, die neue Welt zu bauen, gründet tief im Fortschrittsgedanken des europäischen Sozialismus. Es ist Marx gewesen, der diese Verheißung an die Arbeiterbewegung weitergegeben und in das Industriezeitalter hinein verlängert hat. Die revolutionäre Zukunftsgewißheit ließ die Befreiung der vom Siege gekrönten Klasse nicht nur aus der „ökonomischen", sondern auch aus der „geistigen Sklaverei" der Bourgeoisie erwarten. Sie beruhte wesentlich auf jenem Satze, demzufolge „Kultur" von der Bindung an die Produktionsverhältnisse nicht losgelöst zu denken sei. „Die herrschenden Ideen", so hatte das Kommunistische Manifest erklärt, „waren stets die Ideen der herrschenden Klasse", – die Kultur, welche die Arbeiterbewegung umgab, war den Unterdrückungsinstrumenten der Bourgeoisie zuzuzählen, sie galt überdies als Lebenswelt eines verachteten kleinbürgerlichen „Philistertums", das der Siegeszug des Proletariats zu Paaren zu treiben versprach. „Diktatur des Proletariats" und „Sozialismus" konnten mit dieser Welt, mit ihren Maßstäben, ihrer Moral, mit den Äußerungen ihres Geistes nichts Gemeinsames haben. Der „große Kladderadatsch", der Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft, hatte Todesstunde der bürgerlichen Kultur zu sein.

*

Wer immer in den zurückliegenden 100 Jahren unter das leuchtkräftige Symbol der roten Fahne getreten, hatte sich belehren lassen dürfen, daß der Sozialismus „nicht eine Messer- und Gabelfrage, sondern eine Kulturbewegung, eine große und stolze Weltanschauung" sei[1]. Und auf den Transparenten und Plakaten las man

* Antrittsvorlesung an der Universität Tübingen, 10. Mai 1960. Der Abdruck läßt den Vortragscharakter der Ausführungen bestehen, der Nachweis von Belegstellen wurde auf das Notwendigste beschränkt.

[1] Rosa Luxemburg an Franz Mehring, 27. Februar 1919, zit. nach: Thomas Höhle, Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus. 2. Aufl., Berlin 1958, S. 294.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es wieder in markigen Zeilen: So 1896 etwa, an den Wänden des Kongreßsaales der deutschen Sozialdemokratie in Siebleben bei Gotha: „Der Sozialismus – Träger aller Kultur", „Die Befreiung der Arbeit ist die Befreiung der Menschheit", „Der Feind, den wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen". Die Proletarier aller Länder, vertreten durch die sozialistischen Parteien, sollten Subjekt und Objekt jener Kulturbewegung sein; sie sollten – nach geläufiger Vorstellung – die neue Zeit im Schoße der alten zum Wachsen bringen. Was sozialistische Kulturbewegung zu nennen war, hatte seinen Ausgang von einer zustoßenden Kulturkritik genommen, und die Anklage, die den Grundlagen der verfemten Gesellschaftsordnung galt, ist zugleich der wohl mächtigste Antrieb für das eigene Kulturverständnis gewesen, für die Verständigung über die „wahre Kultur", über die sozialistische Zukunft der Menschheit. Der Versuch einer Definition des Endziels am Negativ der Gegenwart lieh der Kulturkritik ihre ätzende Schärfe: In ihrer Einförmigkeit und Unbedingtheit wirkte sie wie ein festgefügter Damm, der die Kämpfe mit der rechtlichen Ordnung des Klassenstaates, mit der bürgerlichen Gesellschaft, mit der Kirche, von praktikablen Kompromissen abhielt, von der Versuchung, die eigene große Sache, für ein Linsengericht womöglich, dem „Klassenfeind" anheimzugeben.

Bei alledem wollte die Kritik ihrem Wesen nach so tief gegründet sein, daß sie Läuterung, Besserung oder Umkehr des Gegners nicht einmal wünschen durfte. Kinderarbeit und „Schmutzkonkurrenz" der in den Produktionsprozeß gestoßenen Proletarierin, die Bildungsprivilegien und die Sittenskandale der Zeit legten wesenhafte Elemente der kapitalistischen Gesellschaftsverfassung bloß. „Die Prostitution", so hatte Bebel noch in der 50. Auflage seiner berühmt gewordenen „Frau" wiederholt, „ist eine notwendige soziale Institution der bürgerlichen Welt, ebenso wie Polizei, stehendes Heer, Kirche und Unternehmerschaft[2]." Aber auch in den Mikrokosmos des Alltäglichen leuchtete der Brennspiegel dieser Kritik hinein: Heim und Herd, Körperhygiene, Frauenturnen und Heilgymnastik –, es gab wohl kaum einen Bereich, der von der klassenbewußten Polemik nicht in die Perspektive des „Zukunftsstaates" gestellt worden wäre. 1898 schrieb die „Gleichheit", die Zeitschrift „für die Interessen der Arbeiterinnen" in einem Artikel über Modefragen: „Das Schlimmste an der Frauenkleidung ist, daß es überhaupt eine gibt. Und es gibt [sie] . . . nur deshalb, weil die Frau geknechtet ist. . . . Das Ganze ist ein Ausdruck von Schwäche, von einem hohlen Kopf, von Mangel an Selbständigkeit und Schlagfertigkeit, von Untauglichkeit für das Leben im Allgemeinen –, lauter schöne weibliche Eigenschaften, denen zum guten Theil durch Kniehosen und Lodenanzüge abzuhelfen wäre[3]."

Hier, an einem allerdings krassen Beispiel, mag deutlich werden, welche Verlegenheit die sozialistische Kulturkritik mitunter durch bloße Lautstärke zu übertönen hatte. Die Bemühungen, den Angriff über die Negation hinauszuführen, verfingen sich immer wieder in barer Utopie oder erschraken vor der Nähe bürger-

[2] August Bebel, Die Frau und der Sozialismus. 136.–140. Tausend. Stuttgart 1913, S. 180.
[3] Die Gleichheit. 8. Jg. 1898, Nr. 12, S. 92.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

licher Reformbestrebungen. Es erwies sich, daß der Katechismus der Schlagworte, der das Elysium der klassenlosen Gesellschaft beschrieb, durch glaubwürdige Bilder nicht zum Leben zu bringen war. Das sozialistische Gemeinwesen blieb ohne wirkliche Zugkraft und wurde – fremdartig, wie es sich ansah – eher dem Romanhaften zugeordnet als der eigenen Lebenserwartung. Literarische Gemälde, wie Bellamys „Rückblick aus dem Jahre 2000", füllten die leeren Flächen. Den projektierten Gemeinschaftshäusern und Wirtschaftsgenossenschaften wurde nur wenig Vertrauen entgegengebracht, die kommunistische Dampfküche und die Kinderbewahranstalt weckten manche Zweifel. Selbst wenn man sich gelegentlich gern über den Weinbau der Zukunft, die Frau in der Zukunft oder über die sozialistische Elektrokultur belehren ließ, – das Gesicht des „Zukunftstaates" blieb dem Verdacht der Unnatur ausgesetzt, nicht selten gar dem offenen Spott: „Auch Sozialisten und emanzipierte Sozialistinnen", so hieß es dann, „geben von dem natürlichen menschlichen Drange und Bedürfnis Beispiele ab: ein ungeniertes, ungestörtes Nestchen mit seinen Lieben, Gatten und Kindern zu bewohnen, . . . ganz spießbürgerlich, philisterhaft, kleinbürgerlich zu leben . . .[4]"

In der Tat hat sich das Kulturverständnis des europäischen Sozialismus nicht allein am Doppelsinne des Klassendogmas entlang bewegt. Das rechtgläubige Bild des Jetzt und Später, das der Kultur der Expropriateure die Kultursehnsucht der Expropriierten entgegenhielt, wurde von den Rändern her überdeckt vom kulturellen Selbstbewußtsein der Zeit, in der man wirkte, an der man teilnahm: Kultur als Zwischenbilanz des historischen Fortschritts, als positive Summe der bisherigen Geschichte, als gegenwärtiger Besitz, – nicht eben weit entfernt von jenen „heiligsten Gütern", die zu wahren der deutsche Kaiser die Völker Europas aufrief. Begriffe wie „moderne Kultur", „Kulturvölker", „zeitgenössische Kulturwelt", in durchaus klassenfreiem Sinne angewandt, waren selbstverständlich geworden, und der Anspruch der „höheren Kultur" wurde gegenüber dem russischen Despotismus ebenso geltend gemacht wie gegenüber den Völkern, die der Kolonialimperialismus der Mächte an Europa heranzog. Ja, und selbst die Nation: Jean Jaurès, dem brillanten Sprecher der französischen Sozialisten, war sie „Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts", ein „kostbares Gefäß der menschlichen Kultur"[5]. Internationalismus und Patriotismus verloren ihre polare Spannung und haben einander nicht ausgeschlossen, auch für einen Mann wie Friedrich Engels nicht: „Wird Deutschland", so schrieb er 1891 angesichts des französischen Flottenbesuchs in Kronstadt, „von Ost und West angegriffen, so ist jedes Mittel der Verteidigung gut. Es geht um die nationale Existenz und auch für uns um die Behauptung der Position und der Zukunftschancen . . .[6]".

[4] Edmund Fischer, Die Frauenfrage, in: Sozialistische Monatshefte Jg. IX, 1 (1905), S. 265. Gegenstimmen im Sinne „totaler Emanzipation": Ebenda, S. 304, 443–449. Die sozialistische Literatur zur „Frauenfrage" ist durchaus unübersehbar.

[5] Vgl. Jean Jaurès, Aus Theorie und Praxis. Socialistische Studien. Berlin 1902. Auf das „Revisionismus"-Problem im europäischen Sozialismus kann hier nicht eingegangen werden.

[6] Engels an Bebel, 15. Oktober 1891, Briefe an Bebel. Berlin 1958, S. 190.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Man wußte sehr gut, daß der europäische Proletarier inzwischen mehr zu verlieren hatte als bloß seine Ketten: Das Wahlrecht zu Parlament und Gemeinde, die gewerkschaftliche Organisation, die soziale Heimatrechte anbot, die Arbeiterbildungsvereine, die Turnriegen und Sängerkränze, – die „Gesetzlichkeit" des bürgerlichen Klassenstaates wurde Lebenswelt einer Arbeiterschaft, die den Fortschritt der sozialen Reform der revolutionären Phrase vorzuziehen gewöhnt war. So wirkte der Sozialismus als Kulturbewegung in der Wirklichkeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts vornehmlich als Emanzipationskampf, und der vierte Stand, der diese Bewegung trug und dem sie galt, emanzipierte sich nicht von der bürgerlichen Gesellschaft, sondern davon, aus dieser in vielen Stücken noch ausgeschlossen zu sein. Er wuchs in diese Welt hinein, lebte sie mit und stand für sie ein, allen Trennwänden zum Trotze, die die offizielle Theorie und die Rabulistik der Parteisprache aufrichten mochten. Bis zum Weltkriege hin, als dies alles offenbar wurde, hatte sich die so oft beschworene Klassenmoral und die neue Sittlichkeit auf einige zeremoniöse Gebräuche zurückgezogen, auf die Gewohnheit etwa, dem Bourgeois die Anrede „Genosse" und den Majestäten das „Hoch" zu verweigern.

*

Wer von hier aus den Blick nach Rußland wendet, um nach vergleichbaren Ansätzen oder gar nach ähnlichen Ergebnissen zu fragen, gerät in einige Verlegenheit. Das autokratische Rußland war ein agrarisches Land geblieben, trotz steigender Kapitalzufuhr, trotz Industrieaufbau und städtischem Proletariat. Zwar hatten die über die osteuropäische Ebene hingestreuten Fabrikinseln die herkömmliche Agrarordnung da und dort folgenreich betroffen und zur Jahrhundertwende hin eine „Arbeiterfrage" entstehen lassen. Aber das allgegenwärtige Sozialproblem war wie eh und je die Dauerkrise des russischen Dorfes, der kärglich wirtschaftende Bauer hinter der sochá, dem mittelalterlichen Hakenpflug.

Gab es hier überhaupt eine bürgerliche Gesellschaft, in die das russische Fabrikproletariat hätte hineinwachsen können, der Bewegungsrichtung vergleichbar, der die Arbeiterschaft im Westen nachfolgte? Was sich „Obščestvo", „Gesellschaft", nannte, war „gebildete Gesellschaft", eine Schicht, deren Lebenswelt nicht so sehr von den Großstädten, den Comptoirs und Bankhäusern her bestimmt wurde, sondern – ungeachtet mancher Fragwürdigkeit – noch immer von den Maßstäben adligen oder doch gutsherrlichen Landlebens. In der Atmosphäre industriellen Gründertums, der provinziellen Enge des russischen Kaufmannsstandes noch nicht überall entwachsen, hatte eine kapitalistisch denkende Unternehmerschaft nur sehr allmählich ein eigenes Profil gewonnen. Die Schicht der Handlungsgehilfen, der Angestellten in den Büros hatte sich von der subalternen Lethargie des vorindustriellen Kleinbürgertums nur wenig entfernt. Das neue soziale Leitbild – wie man heute wohl sagen würde –, das von den Städten her ausstrahlen mochte, trug vorerst noch schwache Konturen.

Aus dem agrarisch gerichteten Kulturzusammenhang hatten sich schließlich auch jene nicht oder doch nur zögernd gelöst, die allmählich zu einer berufsständi-

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Schicht liberaler Prägung zusammengewachsen waren: Akademiker, Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, aber auch sachkundige Beamte der Fachministerien und Landschaftsverwaltungen. Dieses lieberale Element war der konstitutionellen Bewegung des Landadels zugeordnet und hatte sich – wie diese – seit Jahrzehnten an einer Kulturaufgabe von säkularem Ausmaß erprobt: an der Bewältigung der russischen Bauernbefreiung, der Emanzipation eines Millionenheeres analphabetischer Staatsbürger, das zu neuen Verantwortlichkeiten hingeführt werden mußte. Die Sozialkritik der großen Literatur, aber auch die realistische Genremalerei, haben das Bewußtsein dieser Aufgabe wachgehalten.

Wo also hatte sie ihren Platz einzunehmen, die russische Arbeiterschaft? Wie sah es aus, dieses Proletariat? – Die ländliche Bedrängnis hatte die Bauern – entwurzelten Fremdarbeitern gleich – in die Städte getrieben, auf die Ziegelhöfe der Fabriken, in die Mietskasernen der Großbetriebe, und lange Zeit noch, bis weit über die Jahrhundertwende hinweg, blieb die Mehrzahl der Zugewanderten der heimatlichen Dorfgemeinde durch viele Fäden verbunden. Aus dem drückenden Grau einer ungewohnten Umgebung schien kein Weg hinauszuführen. Die dünne Schicht einer „Arbeiteraristokratie", die sich am Vorbild deutscher und finnischer Werkmeister orientierte, hatte mit der ungegliederten Masse zugeströmter Bauernbevölkerung nur wenig gemeinsam. Unsicher und unbeholfen vegetierte sie im Alltag der industriellen Arbeitswelt dahin, eher an das Lumpenproletariat europäischer Großstädte erinnernd als an jenen kraftvollen Mann mit der schwieligen Faust, der dem fortschrittsgewissen Optimismus der sozialistischen Zukunftserwartung immer wieder Halt geben mußte: „Nicht leidendes und nicht kämpfendes Proletariat, sondern eine ganz passive, buchstäblich zum Arbeitsvieh degradierte Menschenmenge, . . . ein Eindruck vollständiger Trostlosigkeit[7]." Die „Weber" Gerhart Hauptmanns, von der marxistischen Literaturkritik in Deutschland – wie der Naturalismus überhaupt – höchst zwiespältig aufgenommen, entsprachen nicht mehr der schlesischen, wohl aber, wie auch der junge Gorkij zeigte, der russischen Wirklichkeit.

War der russische Fabrikarbeiter, dieser von Marx annoncierte „neue Mensch", mit den gewohnten Losungen überhaupt zu erreichen? Die Träger und Beweger der sozialistischen Verheißung, wer waren sie? Wo wirkten sie? – Wer solche Fragen stellt, trifft auf den Begriff der „Intelligenzija", auf eine soziale Zwischenschicht, wie sie heute in der Aufbruchsbewegung Asiens und Afrikas wiederbegegnet. Gewiß: die russischen „Raznočincy", die sich seit der Jahrhundertmitte aus allen Ständen, allen Ecken und Enden der sozialen Welt rekrutiert hatten, jene Verschwörer- und Protestantengeneration der sechziger und siebziger Jahre, die – von Turgenjev und Dostojevskij typisiert – dem außenstehenden Beobachter im Gewande der Nihilisten erschienen war –, die Intelligenzija in diesem eingeengten Sinne hatte sich differenziert und modernisiert. Die große Zeit des Narodničestvo,

[7] So Peter Struve, einer der herausragenden Köpfe der jungen Petersburger Marxisten-Generation, in: Socialpolitisches Centralblatt. Hrsg. von H. Braun. 3. Jg. (1894) Nr. 20, S. 234.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jenes kühnen Versuchs einer Jugendbewegung, den Sozialismus, die Aufklärung, das Licht der Vernunft in die Dörfer zu tragen, dieser Zug zum Volke hin hatte sich in der Folge als unwiederholbar erwiesen. Der Bauernsozialismus der Anhänger Proudhons und Fouriers war entschärft worden und auf weite Strecken hin in der sozialen Kleinarbeit der liberalen Zemstvo-Gesellschaft aufgegangen[8].

Als sich der Marxismus zu Beginn der neunziger Jahre der lernenden Jugend bemächtigte, hat er wohl die Weltanschauung derer auszurichten vermocht, die der Wissenschaftlichkeit seiner Lehren vertrauten[9]. Der Zusammenprall der Marxschen Lehren mit den Anschauungen der Narodniki-Intelligenz bildet denn auch das große Thema der russischen Ideengeschichte dieser Zeit. Rußland, so verkündete das neue Credo, werde dem kapitalistischen Europa nachzufolgen haben auf einem Wege, der die russischen Besonderheiten, die eigenständigen Lebensformen der bäuerlichen Welt hinwegfegen müsse. Die Zukunft gehöre der Industrie, sie gehöre dem russischen Fabrikproletariat. Diese Grundfrage nach der Richtung der sozialökonomischen Entwicklung des Zarenreiches ist bis zur Jahrhundertwende weitgehend entschieden worden, zugunsten der russischen Marxisten und gegen die Industrie-Skeptizisten des Narodničestvo, die mit ihren Wirtschaftsanalysen die Lebensfähigkeit der russischen Dorfgemeinde zu retten versuchten.

Was der Siegeszug des Marxismus aber dennoch unentschieden gelassen hatte, war eine andere Frage, die Frage nämlich, ob nunmehr auch in Rußland der Sozialismus als Kulturbewegung, als Emanzipationskampf der industriellen Arbeiterschaft, zur Wirkung kommen würde. Denn die herkömmliche Isolierung der Sozialisten, ja auch der Sektengeist ihres extremen Radikalismus hatte sich über allen Wandel hinweg großenteils fortgeerbt. In einer Zeit, da im Westen und namentlich in Deutschland Organisation und Bildung als mächtige Antriebsmittel der Arbeiterbewegung wirksam waren, vermochte der Marxismus in Rußland zunächst nur eine auf sich selbst verwiesene Intelligenz- und Literatenschicht zu organisieren und zu bilden. Die russischen Sozialdemokraten hatten das Kontaktproblem noch nicht gelöst, den Zugang zu den Fabriken noch kaum gefunden. Versuche, aus dem von der Polizei überwachten Ghetto auszubrechen, waren nur in Ausnahmefällen geglückt, wenn die Zuspitzung der sozialen Unruhe nach zufälligen Führern suchen ließ. Bei alledem galt das Nahziel dieser Führer nicht einmal so sehr der Förderung einer sich langsam, aber organisch entwickelnden Arbeiterbewegung, sondern vordringlich dem Sturze der Autokratie, der sogenannten bürgerlichen Revolution, die – wie man hoffte – die freie Entfaltung des Klassenkampfes erst möglich machen werde. Revolutionäre Konspiration und Arbeiterbewegung aber schlossen einander aus; auch die deutsche Sozialdemokratie wäre wohl zu einer Sekte verkümmert, hätte sie sich als Organisation zur Beseitigung der Hohenzollern konstituiert. „Auf

[8] Neue Aufschlüsse bei George Fischer, Russian Liberalism. From Gentry to Intelligentsia. Harvard University Press 1958.

[9] Dazu und zum Folgenden das Buch des Verf.: Lenin in der russischen Sozialdemokratie. Die Arbeiterbewegung im Zarenreich als Organisationsproblem der revolutionären Intelligenz, 1890–1903. Köln 1961.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

welcher Seite denn", so wurde auch in den Reihen russischer Marxisten gefragt, „müssen die wahrhaften Sympathien sein: auf der Seite des Feldherrn ohne Armee, der den Weg nicht kennt, der zum gewünschten Ziele führt, und der . . . rastlos das Pappschwert schwingt, oder auf Seiten der unscheinbaren Arbeiterklasse, die tagtäglich ohne Lärm und Glanz das Notwendige tut . . .?[10]"

*

Daß es auf die Dauer nicht so blieb, ist den Bemühungen der revolutionären Intelligenz schwerlich zuzurechnen. Erst die Massenstreiks auf dem Hintergrunde des fernöstlichen Krieges, die spontanen Massenunruhen und Aufstandsaktionen des Jahres 1905 hatten – über Nacht gleichsam – eine revolutionäre Atmosphäre geschaffen, in der nun auch sozialistische Losungen, bis weit in die liberale Gesellschaft hinein, mit einem Male Zugkraft gewannen. Freilich sprach das eher für die Selbstverständlichkeit, mit der die Bewegung nach lagegerechten Handreichungen griff, als für die zwingende Kraft revolutionärer Gruppenideologien. An kaum einer Stelle reichte das Gegeneinander der Menschewiki und Bolschewiki bis in die Fabriken hinein. Die Intelligenzija war aus ihrer Isolierung nicht von selber herausgetreten – sie war herausgeschleudert worden durch die Gewalt der Ereignisse, und sie mußte sich einordnen in die unreglementierbare Massenbewegung, um von der geschichtlichen Bühne nicht hinweggefegt zu werden: „Man lebt wie im Taumel, die revolutionäre Luft wirkt wie Wein[11]"; zum ersten Male begegneten russische Sozialdemokraten dem Phänomen proletarischer Massendemonstrationen und der Massenversammlungen.

Die Erfahrungen geweckter Arbeiterschichten hatten dem russischen Proletariat in dieser Ausnahmesituation die Richtung gewiesen. Und gewiß wurden dabei nun auch Ergebnisse jener aufklärenden Kleinarbeit sichtbar, die von mancher sozialistisch bestimmten Betriebszelle über die Jahre hin geleistet worden war. Aus den Streikkomitees, den Arbeiterausschüssen, den Beratungen der Fabrikältesten entstanden in Petersburg und Moskau – da und dort auch in der Provinz – Organisationsformen einer proletarischen Selbstverwaltung: Arbeiterräte, Deputierten-Sowjets leiteten die Auseinandersetzungen mit den Werksleitungen, den Stadtverwaltungen und den Regierungsbehörden[12]. Das Beispiel gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse der Facharbeiterverbände wirkte weiter und trug die Parole des 8-Stunden-Tages, der Streik-, Rede- und Versammlungsfreiheit auf die Straßen hinaus. Von einer rasch entflammten öffentlichen Meinung angeregt, wurden auch die politischen Forderungen der radikalen Oppositionsfront aufgenommen: Ver-

[10] S. N. Prokopovič im März 1898 gegen die Veteranengruppe des russischen Marxismus, abgedruckt in: Vademecum dlja redakcii Rabočago Dela. Sbornik materialov. S predisl. G. Plechanova. Genf 1900, S. 57.

[11] F. Gurvič-Dan aus Petersburg an Karl Kautsky, 27. Oktober/9. November 1905 (Kautsky-Archiv, Amsterdam, D XI, 514).

[12] Vgl. die gründliche Arbeit von Oskar Anweiler: Die Rätebewegung in Rußland, 1905 bis 1921. Leiden 1959.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fassung, demokratisches Wahlrecht, demokratische Freiheiten, Amnestie. Bis zu den Angestellten, den Lehrern, den freien Berufen hin befand sich Rußland in einem Rausch selbsttätiger Organisation und Sammlung, in einer Dynamik, die der Autokratie das „Oktobermanifest", das Zugeständnis einer Volksvertretung, entriß.

Abschluß und Ergebnis dieser ersten Revolution waren für die russische Arbeiterschaft nicht die Barrikadenluft des Moskauer Dezemberaufstandes, auch nicht die Ritualmordatmosphäre, wie sie von den Exzessen der „schwarzen Hundertschaften" ausging – es war das gestärkte Vertrauen in die eigene Kraft und die Gewißheit, daß sich diese Kraft in der russischen Gegenwart zur Geltung bringen ließ. Die Niederlage der Revolution hat die Hoffnung nicht fortgenommen, daß der Alltag der Arbeit in den Maschinensälen und Werkstätten einmal lichter, leichter, freundlicher werden müsse. Ein „sozialistisches Bewußtsein", um das die Parteiliteraten stritten, war dabei gewiß nicht entstanden, wohl aber eine bestimmte Art „proletarischen Selbstbewußtseins", – dem Fortschrittsoptimismus verwandt, wie er der europäischen Arbeiterbewegung eigen war. Plakat und Kampflied, Flugschrift und Zeitung formten neue Begriffe; Meeting und Abstimmung, der Delegierte und der Deputierte, ja auch Vorstandstisch und Präsidentenglocke waren in der proletarischen Lebenswelt heimisch geworden. Gewerkschaftspraxis und Genossenschaftsgedanke hatten neue Daseinsformen sichtbar gemacht, hielten frischgeweckte Erwartungen lebendig[18]. Mancherlei Unbekanntes wurde nun zum ersten Male bekannt: die befreiende Wirkung der solidarischen Massenaktion und Organisation, das Vermögen disziplinierter Besonnenheit, die zusammenschließende Macht der zündenden Losung, die Erkenntnis schließlich, daß Wissen, Sachverstand und Bildung zu den Voraussetzungen gehörten, um in einer bewegten Periode des Umbruchs das eigene Recht zu sichern und zu mehren. Ein übergreifender Zusammenhang hatte sich aufgetan in diesen Jahren: Die Arbeiterschaft mochte erkennen, daß sie wohl eine Klasse für sich, zugleich aber auch Teil in einer größeren Gesellschaftsbewegung war.

So ist auch die radikalisierte Massenstimmung nicht ins Uferlose hinausgetrieben; sie wurde aufgefangen von neuen Maßstäben und Normen, die sich der entfalteten Arbeiterbewegung nun von vielen Seiten mitteilten: aus der Mitte einer zum Leben erwachten bürgerlichen Demokratie, ja und selbst von jenem Gestaltwandel her, in welchem das russische Staatswesen seither begriffen war, so schleppend sich dieses in Neuansatz und Rückschlag auch verändern mochte. „Die Duma", schrieb ein so tiefdringender Beobachter wie Otto Hoetzsch im Oktober 1913, „hat sich zu einem organischen Teile des russischen Staatslebens herausgebildet, und die Richtungen wenigstens sind zu erkennen, in denen sich die weitere Entwicklung bewegen wird und kann: der gewaltige Umbildungsprozeß vom absoluten zum

[18] Die Wirksamkeit der russischen Gewerkschaften vor dem ersten Weltkrieg bedarf weiterer Untersuchung. Zur Literatur: Russkaja profsojuznaja periodičeskaja pečat', 1905 bis 1917 gg. Bibliografičeskij ukazatel'. Moskau 1957. Diese Bibliographie verzeichnet 208 Zeitungen und Zeitschriften gewerkschaftlicher Verbände.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

monarchisch-konstitutionellen und zum Rechtsstaat und die Entwicklung auf den vollen modernen Kapitalismus[14]." Rußland war auf dem Wege, sich bis zu den Bauerndörfern hin zu modernisieren. Daß dieser sicherlich widerspruchsvolle Angleichungsprozeß an die europäische Gesellschaftskultur die Aussicht bot, der russischen Arbeiterschaft einen eigenen Platz zu schaffen, wird schwerlich zu bezweifeln sein. Fortan mußte sich die sozialistische Utopie auch im Zarenreiche an jenen praktizierten Formen messen, die das Emanzipationsstreben der industriellen Arbeitswelt sichtbar werden ließ. Bei dem gewaltigen Umfang der lösungsbedürftigen Aufgaben ist den Erwartungen bis zum Weltkriege hin gleichwohl ein kräftiger Zug des Unwirklichen und Utopischen beigemischt geblieben – Ausfluß einer zukunftsgerichteten Ungeduld, die namentlich von der agrarischen Unruhe wachgehalten wurde.

*

Was dann mit dem Jahre 1917 anhob, als Krieg und Revolution über Rußland zusammenschlugen, mochte gewiß anfänglich noch in die Kontinuität der Wende von 1905 und 1906 einzufügen sein – Erfüllung, ja Vollendung dieser Vorgeschichte, befreiender Durchbruch von einer autokratisch gerichteten vorindustriellen Lebenswelt zu neuen Daseinsformen: Der Zar trat im Februar ab, und einer liberalen, bürgerlichen Ordnung mit starken demokratischen Zügen schien der Weg bereitet. Aber die grundstürzende Dynamik, die im Hungerwinter 1916/17 in Bewegung kam, fegte eben nicht allein die Dynastie hinweg, sie überspülte auch die jungen Fundamente dessen, was seit 1905 im Aufbau begriffen war: den Duma-Parlamentarismus, das Staatsbewußtsein und Rechtsdenken einer bürgerlichen Welt, die das Emanzipationsstreben der arbeitenden Massen in Dorf und Stadt hätte einschließen können.

Der furchtbaren Schnelligkeit einer geschichtlichen Krise anheimgegeben, trat das revolutionäre Rußland gleichsam aus seiner bisherigen Geschichte heraus. Was blieb, war eine aufgewühlte Massenunruhe, gegen den Krieg und die materielle Not, und sie war durch demokratische Parteien und bürgerliche Maßstäbe nicht wieder einzufangen. Die Bolschewiki des Roten Oktober fanden die Macht auf der Straße.

Wie die neue Welt aussehen würde, der Rußland nun entgegenging, war keineswegs entschieden, als Lenin in Petrograd die proletarische Diktatur verkünden ließ. Denn die Staatsstreichregierung der Volkskommissare trieb selber auf den Wellen des Umbruchs dahin, den wechselnden Massenstimmungen ausgeliefert, regierte und dekretierte sie über den „direkten Draht"; beargwöhnt und angefeindet von vielen Seiten behauptete sie sich durch die Zugkraft einer gezielten Agitation, durch die Macht der situationsgerechten Losung. Die Revolution war nicht zu Ende, nicht deshalb nur, weil der Bestand der Räterepublik über Jahre hinweg fragwürdig blieb, sondern deshalb auch, weil die Sinngebung der Revolution noch

[14] Otto Hoetzsch, Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte von 1904 bis 1912. Berlin 1913. Vorwort.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht offenbar geworden war. Was war das Neue? Was hatte an die Stelle des Alten zu treten? Eine neue Welt, eine „proletarische Kultur"?

An intensiven Bemühungen, die noch ungeformten Konturen solcher Zukunftserwartung kräftiger nachzuzeichnen, hat es in der hektischen Luft dieser Jahre nicht gefehlt. Ideologen an der Peripherie der bolschewistischen Parteispitze, Mitkämpfer Lenins, wie der Bildungskommissar Anatolij Lunačarskij und der marxistische Literat Alexander Bogdanov-Malinovskij, entwarfen das Arbeitsprogramm des „Proletkult", überführten die Postulate der Revolution in den Rahmen einer proletarischen Kulturorganisation[15]. Hier sollten, losgelöst von allen Bindungen an die geistige Welt des Klassenfeindes, der kollektive Wille und das Denken des Proletariats geweckt, ausgerichtet und zu schöpferischen Leistungen angeregt werden. Einem ausgedehnten Netz literarisch-künstlerischer Arbeiterstudios sollte, so wurde erhofft, die neue Kultur, der neue Mensch entwachsen, der antiken Göttin gleich, wie Spötter später meinten, die seinerzeit dem Schaum des Meeres in vollendeter Gestalt entstiegen sei. Eine Welle kultureller Experimentierlust, die Atmosphäre des Laboratoriums, breitete sich über Rußland aus.

Bei den Versuchen freilich, aus dem Geschehen befreite Kultur hervorzubringen, hat sich die Revolution nur immer wieder selber dargestellt. Alles Unbürgerliche stand und fühlte sich im vollen Licht der Gegenwart. Die Poeten der russischen Décadence, Revolutionäre gegen die literarische Tradition, besangen die Apokalypse der Stunde; in großartigem Mißverständnis, mit aufwühlenden Versen, Alexander Block: Christus, auf den verschneiten Straßen Petrograds, begleitet den Zug der Rotarmisten:

„. . . Alltagsschritt, sieht man sie gehen . . .
Hungerköter hinten dran,
Vorn der blutgen Fahne Wehen,
Hinterm Schnee doch unsichtbar,
Kugelfest für immerdar,
Sanft mit sturmjenseitgen Schritten,
Vom Schneeperltau überglitten,
Ein weiß Rosenkränzlein dran –
Jesus Christus – vornean[16]."

Doch über die Symbole chiliastischer Heilserwartung schoben sich die Zeichen der ins Mythische gehobenen industriellen Arbeitswelt: Apotheose der Technik, Kult der Maschine, Befreiung im Bilde des Diagramms, in der Geometrie der Konstruktionszeichnung. Tönende Fabriksirenen und Dampfpfeifen produzierten Musik der Revolution. Und der Futurismus Majakovskijs, plakatiert an den Fassaden gestürmter Paläste, war beispielhaft in seinem Appell an die Massen: „Voll von

[15] Zur Proletkult-Organisation vgl. die demnächst in den „Jahrbüchern für Geschichte Osteuropas" erscheinende Abhandlung von Klaus-Dieter Seemann, Tübingen.

[16] Die Zwölf. Deutsch von Joh. v. Guenther: Alexander Block, Gesammelte Dichtungen. Weismann-Verlag München o. J., S. 296.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Religion der Aktivität! Deine Seele: Dampf, Preßluft, Elektrizität!!! Tabula rasa! Schleif dein Gebiß, beiß dich ein in die Zeit, durchnage das Gitter . . . Neue Antlitze! Neue Träume! Neue Gesänge! Neue Visionen! Neue Mythen schleudern wir hin, aufzünden wir eine neue Ewigkeit . . .[17]" Das Revolutionstheater Meyerholds, die konstruktivistische Agitationsbühne, fing in kühner Stilisierung den Rausch des Kollektiven ein, die Dynamik der Massenbewegung, das ungezügelte Pathos der Zerstörung, die schrillen Signale neuer Gegenwart. Projekte einer ins Gigantische drängenden Architektur orientierten sich an der amerikanischen Großstadt, am Monumentalen der Wolkenkratzer[18]. Aus amerikanischem Tempo und russischer Wirklichkeit formte sich der Habitus revolutionärer Modernität: Himmelstürmender Pioniergeist unter Ballonmütze und Lederjacke.

Der Pulsschlag der Epoche durchzitterte die „Meetings" auf den Paradeplätzen der Kaiserlichen Garden, die Rätekongresse unter den Kronleuchtern aristokratischer Palais, die Dispute der Bauerndeputierten auf den Landsitzen des vertriebenen Adels: Expropriation des Kapitals, Arbeiterkontrolle in den Betrieben, wilde Landnahme auf den Dörfern. Erste Kommune-Experimente nahmen das „Endziel" gleichsam vorweg: „Im Leben der Kommune werden sofort folgende Prinzipien durchgeführt: a) Alles gehört allen; niemand in der Kommune hat das Recht, irgendetwas sein eigen zu nennen, mit Ausnahme der Gegenstände des persönlichen Gebrauchs. b) Jedes Mitglied . . . arbeitet nach Maßgabe seiner Kräfte und erhält nach Maßgabe seiner Bedürfnisse . . ., je nach dem Stande der Wirtschaft in der Kommune . . . Die Mitglieder verpflichten sich, die allgemeinen Prinzipien des Kommunismus in die Praxis umzusetzen . . .[19]" Neben alledem aber stand das makabre Ethos des „roten Terrors", ausgeübt durch das „Schwert der Revolution", die Tscheka: Tod den Klassenfeinden, den Gegenrevolutionären, Tod der imperialistischen Intervention[20]. Feldzüge der „Gottlosenbewegung" gegen das Opium der Religion zeigten den Popen, den Vertreter der entmachteten orthodoxen Staatskirche, als Gevatter der Unterdrücker, als Werkzeug derer, die das Volk in Aberglauben und Unbildung gehalten[21]. Mit Schaubildern aus dem Moskauer Darwin-Museum demonstrierten fliegende Agitatoren auf ihren Planwagen die Mensch-

---

[17] Majakowskij: Die 150 Millionen, zit. nach der Nachdichtung von Joh. R. Becher, in: René Fülöp-Miller, Geist und Gesicht des Bolschewismus. Berlin 1926, S. 215f. Lenin hat dieses futuristische Poem der Verbreitung nicht für wert befunden; nur 1500 Exemplare sollten gedruckt werden: „für Bibliotheken und für verschrobene Köpfe (dlja čudakov)." Lenin an Lunačarskij, 6. Mai 1921, in: Literaturnoe nasledstvo T. 68, 1958, S. 210.

[18] Der „Amerikanismus" in der russischen Revolution würde eine besondere Untersuchung rechtfertigen.

[19] Aus dem Muster-Statut einer Landkommune, nach: M. Ssumatochin, Laßt uns in Kommune leben! Mit einem Vorwort von W. Karpinsky. Berlin 1919. S. 26–31.

[20] „Amtsblatt" der Tscheka: Eženedel'nik črezvyčajnych komissij po bor'be s kontrrevoljuciej i spekulaciej. Nr. 1–6, Moskau 1918.

[21] Adolf Ziegler, Die russische Gottlosenbewegung, München 1932. Zum Sowjetplakat der Frühzeit: Sovetskij plakat èpochi graždanskoj vojny, 1918–1921. Moskau 1960 (mit Gesamtbibliographie).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werdung des Affen. Das Kommissariat für Volksaufklärung richtete Appelle an die Lehrerschaft, dekretierte eine offensive Bildungsarbeit, deren Spannweite von den Schnellkursen der Arbeiter- und Bauernfakultäten bis in die Kinderheime hineinreichte. Mit dem Programm der proletarischen Arbeitsschule wurden die Erkenntnisse der modernen Pädagogik der Revolution unterstellt[22]. Der Sprung über die bürgerliche Zivilehe hinweg trug das Pathos der befreiten Frau, das Ende der „Geschlechtssklaverei" in die sibirischen Nomadensiedlungen, in die zentralasiatischen Emirate Buchara und Kokand. Und in den Städten praktizierte die Jugend die neue Moral, die Revolution der Geschlechtsbeziehungen, Alexandra Kollontajs Evangelium der freien Liebe[23].

*

Wohin trieb dies alles? War es genug, daß von den Tribünen der neuen Machthaber herab der menschheitliche Auftrag der russischen Revolution immer wieder formuliert wurde? In der rationalistischen Härte Leninscher Schule hatte der junge Bucharin das große Endziel beschrieben: „Die ganze Welt muß ... ein großes Arbeitsunternehmen bilden, wo die ganze Menschheit nach einem streng ausgearbeiteten, berechneten und ausgemessenen Plan ohne jegliche Herren und Kapitalisten auf den besten Maschinen in den größten Fabriken für sich arbeitet ... Je weiter und größer der Gesamtplan ist, ... je mehr Anweisungen [die Produktion] aus einem statistischen Mittelpunkt der Berechnung und Abrechnung erhält, mit anderen Worten: je mehr sie zentralisiert ist, desto besser. Denn desto weniger Arbeit fällt auf den Anteil eines jeden, desto freier ist jeder, desto größeren Spielraum erhält die menschliche Gesellschaft zu ihrer geistigen Entwicklung[24]." Dieses Programm versprach Erlösung der menschlichen Gesellschaft in einer weltumspannenden Organisation kollektiven Produzierens, regiert durch den Plan, dirigiert mit dem Schalthebel einer zentralen Leitstelle. Das mochte in manchen Stücken noch an die alten Weisen erinnern, deren utopische Aussagen die sozialistische Bewegung von ihren Anfängen her begleitet hatten. Aber es klang doch wohl bemerkenswert eisiger, als es der überschäumenden Spontaneität des Revolutionsgeschehens gemäß gewesen wäre.

Was die Partei postulierte, meinte nicht die ungeordnete Selbstbewegung der Massen in eine neue Zeit hinein. Was sie verkündete, hieß Befreiung durch den Plan, durch kollektive Arbeit, Befreiung durch Unterordnung und Kontrolle, Rech-

---

[22] W. Newski und S. Rawitsch, Arbeiter- und Bauernfakultäten in Sowjetrußland. Hamburg 1921. Von den Arbeiten Oskar Anweilers (Hamburg) werden neue Aufschlüsse über die „pädagogische Revolution" zu erwarten sein.

[23] Bekannt geworden vor allem mit ihren drei Erzählungen: Wege der Liebe. Malik-Verlag Berlin 1925. Zum Eherecht: Heinrich Freund, Das Zivilrecht Sowjetrußlands. Berlin 1924.

[24] Nikolai Bucharin, Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki). Berlin 1919, S. 19. Dazu: Kodex der Arbeit der RSFSR mit Deklaration der Rechte des ausgebeuteten Volkes. Hrsg. von der „Russischen Korrespondenz", 1920; Das Arbeitsgesetzbuch Sowjetrußlands, Ausgabe 1922. Hrsg. von H. Freund. Hamburg-Berlin 1923.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nungslegung, Berichterstattung. Die neue Staatsräson des „sozialistischen Vaterlandes", in Bürgerkrieg und Interventionskämpfen geboren, forderte Konsolidierung, statt weitertreibenden Umbruch, eiserne Disziplin statt regellose Eigentätigkeit, sie forderte Dienst an der Sicherung und Stärkung des Errungenen. Das Programm der neuen Kultur geriet damit in die Transmissionsriemen eines Parteiwillens hinein, der Machtbehauptung und Machtausbau auf seine Fahnen geschrieben hatte. Von dieser Warte her mußte die Kunst Agitationsmittel werden, die Bildungsarbeit ein Mittel zur Produktion von Verwaltungsfachleuten, Sowjetbeamten, Wirtschaftsorganisatoren des Wiederaufbaus. Die sozialistische Utopie wurde umgegossen in den prosaischen Alltag eines ausgezehrten, hungernden, weithin noch bäuerlichen Landes. Ganz in diesem Sinne die ernüchternden Worte Lenins 1920: „Die proletarische Kultur fällt nicht vom Himmel, sie ist nicht eine Erfindung von Leuten, die sich als Fachleute für proletarische Kultur bezeichnen . . . Die proletarische Kultur muß die gesetzmäßige Weiterentwicklung jener Summe von Kenntnissen sein, die die Menschheit sich unter dem Joch der kapitalistischen Gesellschaft erarbeitet hat . . . Für den Anfang sollte uns eine wirkliche bürgerliche Kultur genügen . . .[25]"

Eine wirkliche bürgerliche Kultur! In der Tat: Hier war die Revolution zu Ende, aufgefangen durch das Dekret von oben, durch die Diktatur eines Umgestaltungswillens, der über die Menschen hinweggriff. Die Kulturbewegung des Sowjetsozialismus galt fortan der Eroberung der bürgerlichen Kultur für Rußland: Kultur im Sinne positiver Kenntnisse, technischer Fertigkeiten, materieller Errungenschaften, Kultur nicht zuletzt auch als Problem der Macht. Einholen und Überholen Europas! – Jener Appell, der zur Stalinschen Industrialisierung und Kollektivierung weiterführt, hat das kommunistische Endziel in den Schatten der Produktionspläne gestellt, den neuen Menschen unter das imaginäre Bild des patriotischen Stoßarbeiters, des „positiven Helden" der Sowjetunion. Kunst und Literatur des sozialistischen Realismus, in den Ausdrucksmitteln des 19. Jahrhunderts festgehalten, sind seit Beginn der dreißiger Jahre auf ähnliche Postulate verpflichtet. Und die Zukunftserwartung des Sowjetbürgers sieht sich dem dröhnenden Pathos einer in den Kosmos ausgreifenden Fortschrittsgläubigkeit anheimgegeben, die sich nähren lassen muß von der Beweiskraft des statistisch belegten Erfolgs, von den Aufstiegschancen in einer hochtechnisierten Welt, vom Blick auf die Fernsehantennen der Städte[26].

[25] Rede auf dem III. Allrussischen Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes, 2. Oktober 1920, in: Ausgewählte Werke, Bd. 2, Berlin 1954, S. 784. Die Frontstellung Lenins gegen Futurismus und Proletkult ist hinlänglich belegt. Vgl. jetzt den Sammelband: V. I. Lenin, O literature i iskusstve. 2. Aufl. Moskau 1960.

[26] Zur Soziologie und Sozialpsychologie der gegenwärtigen Sowjetgesellschaft die Forschungen von Alex Inkeles und Raymond Bauer, How the Soviet System works. Cultural, Psychological and Social Themes. Harvard University Press 1956, The Soviet Citizen. Daily Life in a Totalitarian State. Harvard 1959.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszellen

J. W. BRÜGEL

DIE SUDETENDEUTSCHE FRAGE AUF DER POTSDAMER KONFERENZ

In meiner zusammenfassenden Darstellung „Die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei“[1] hatte ich vermerkt, daß die im Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeit verfügbare einschlägige Literatur keine besondere Besprechung des Schicksals der Sudetendeutschen auf der Potsdamer Konferenz (16. Juli bis 1. August 1945) verzeichne. Die Annahme, diese Frage sei in Potsdam überhaupt nicht diskutiert worden, wird durch die neue Veröffentlichung des State Department[2] jedoch nicht bestätigt. Sie enthält darüber hinaus eine Reihe weiterer und bisher unbekannter Hinweise zur Sache, die eine Ergänzung der oben genannten Arbeit rechtfertigen.

Aus einem Memorandum des State Department vom 11. Juli 1945 für die Britische Botschaft in Washington erfährt man zum erstenmal den Wortlaut einer amerikanischen Antwortnote an die tschechoslowakische Exilregierung vom 31. Januar 1945[3]. Sie stellt offenbar die Antwort auf die bisher unveröffentlichte tschechoslowakische Denkschrift für den European Advisory Council dar, die jetzt als „Note vom 23. November 1944“ bezeichnet wird. Die nunmehr veröffentlichten Teile der amerikanischen Stellungnahme lauten in Übersetzung:

„Die amerikanische Regierung hat volles Verständnis für das Unrecht (injuries), das die Tschechoslowakei von seiten Deutschlands und der deutschen Minderheit seit ungefähr einem Jahrzehnt erlitten hat, und ist bereit, das Problem in dem Bemühen zu prüfen, eine zufriedenstellende Lösung für die Zukunft zu finden. Diese Lösung wird natürlich sowohl die in der Note erwähnten Erfordernisse der Tschechoslowakei als auch die weiteren Aspekte des Problems in seinen Beziehungen zu allgemeinen Maßnahmen für den künftigen Frieden und die Sicherheit in Europa im ganzen berücksichtigen müssen wie auch die besonderen Probleme, die sich den Regierungen stellen werden, die die bedingungslose Kapitulation Deutschlands entgegennehmen und dadurch als Besatzungsmächte für die Kontrolle und Verwaltung Deutschlands verantwortlich werden.

Zweifellos werden sich verwandte Probleme im Hinblick auf den Transfer von Deutschen aus anderen Gebieten ergeben. Da das Problem daher eine Gesamtheit von einigen Millionen Menschen einbeziehen könnte, würde es für die Besatzungsmächte eine Sorge größeren Umfangs (a matter of major concern) bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland während der Aufsaugung dieser aus dem Ausland kommenden Menschen gleichzeitig mit der Repatriierung oder Neuansiedlung von Millionen jetzt in Deutschland befindlicher verschleppter Personen werden.

Die amerikanische Regierung glaubt daher, daß ein Transfer der Art, wie er in der Note Ihrer Exzellenz ins Auge gefaßt erscheint, nur im Gefolge entsprechender

[1] In dieser Zeitschrift 8 (1960), S. 134–164.

[2] Foreign Relations of the United States: The Conference of Berlin 1945. 2 Bände. Washington 1960. (Die Veröffentlichung wurde, um eine Auswertung im Kampf um die Präsidentschaft zu verhindern, bis Mai 1961 zurückgehalten.)

[3] Siehe den Hinweis auf diese Note in meinem Aufsatz a. a. O. (Anm. 1), S. 160.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

internationaler Abmachungen, wie sie in der Rede Eurer Exzellenz vom 8. Oktober 1944 vorgeschlagen werden[4], und in einem internationalen Rahmen (auspices) durchgeführt werden sollte. Sie ist auch mit der tschechoslowakischen Regierung einverstanden, daß jeder Transfer stufenweise vor sich gehen sollte, um die Möglichkeit für die ordentliche Niederlassung der umgesiedelten Personen sicherzustellen. Solange solche internationalen Vorkehrungen nicht vereinbart sind, glaubt die amerikanische Regierung, daß keine einseitige Aktion zur Überführung großer Gruppen getroffen werden sollte, und versteht die oben zitierten Erklärungen dahin, daß die tschechoslowakische Regierung keinerlei derartige einseitige Aktionen vorhat."

Wenngleich diese Note die zwangsweise Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen ohne Prüfung des individuellen Verhaltens nicht prinzipiell ablehnt, enthält sie eine deutliche Aufforderung an die tschechoslowakische Regierung, vor einer Vereinbarung der Großmächte in der Sache nichts zu unternehmen. Auf eine ausdrückliche amerikanische Zustimmung konnte sich die tschechoslowakische Regierung also noch nicht berufen.

Über die britische Haltung, die sich im Januar 1945 mit der amerikanischen deckte[5], erfahren wir aus einer Mitteilung der Botschaft in Washington an das State Department vom 28. Juni 1945, daß das Foreign Office am 22. Juni die amerikanische Zustimmung zu einer an den Botschafter Nichols in Prag zu sendenden Instruktion erbat, deren Wortlaut sich in Washington jetzt nicht mehr auffinden ließ. Der Kern dieser Instruktion ist aber in der Aufzeichnung des State Department vom 11. Juli zu finden. Nichols hatte offenbar in London angefragt, wie er sich zu einer neuen tschechoslowakischen Demarche stellen solle, die eine ausdrückliche britische Zustimmung zu Aussiedlungsmaßnahmen (die längst im Gange waren) verlangte. Eine Aufzeichnung des State Department vom 23. Juni hatte gesagt, die Vereinigten Staaten seien von der Prager Regierung offiziell unterrichtet worden, „daß sie die sudetendeutschen und die ungarischen Minderheiten unverzüglich zu vertreiben (expel) wünscht". Als Quelle bezeichnen die Herausgeber der amerikanischen Publikation in einer Anmerkung eine tschechoslowakische Note vom 3. Juli 1945, die aber unmöglich die Grundlage einer Aufzeichnung vom 23. Juni sein kann. Es muß also noch eine andere, in dem Band nicht abgedruckte oder erwähnte Mitteilung vorgelegen haben, die wahrscheinlich sowohl an die britische als auch an die amerikanische Regierung gerichtet war. Jedenfalls wurde Nichols mit amerikanischer Zustimmung zur Weitergabe mitgeteilt, daß „die Bestimmung der Methode und des Zeitplans der Repatriierung der jetzt in der Tschechoslowakei befindlichen Reichsdeutschen und des Transfers der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei dem Alliierten Kontrollrat in Deutschland überlassen bleiben muß".

Obwohl auch hier eine Zustimmung zum Prinzip der Aussiedlung nicht direkt ausgesprochen wird, ist zwischen Januar und Juni 1945 doch eine bedeutsame Veränderung im Ton eingetreten. Im Januar hatten London und Washington den

[4] Dies bezieht sich offenkundig auf einen Vortrag Ripkas. Vgl. a. a. O., S. 155f.

[5] Vgl. a. a. O., S. 159.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dringenden Wunsch ausgesprochen, alle einseitigen Aktionen zu vermeiden. Seit April gingen aber einseitige Aktionen zunächst gegen die Ungarn in der Slowakei und dann gegen die Deutschen im ganzen Staatsgebiet vor sich. Nichts in der amerikanischen Publikation deutet darauf hin, daß London oder Washington gegen die krasse Mißachtung so nachdrücklich geäußerter Wünsche protestiert hätten. Da Prag von Moskau keine derartigen Proteste zu befürchten hatte, ist wohl der Schluß erlaubt, daß die beiden Westmächte sich von einem Protest ihrerseits keinen Effekt versprachen, außer vielleicht der unerwünschten Nebenwirkung, daß in der Prager Regierung, in der sich die kommunistischen mit den nichtkommunistischen Kräften die Waage hielten, der Pendel dann zugunsten Moskaus ausschlagen könnte. Als man sah, daß es mit bloßem Stillschweigen nicht mehr ging, versuchte man, die tschechoslowakische Regierung von den Entscheidungen soweit wie möglich auszuschalten und den ganzen Komplex auf die Ebene der Auseinandersetzung zwischen Washington, London und Moskau zu schieben, bei der er Kompensationsobjekt sein konnte. Aber die Formulierung in Nichols' Instruktion, wonach der Alliierte Kontrollrat gar nicht mehr über das „Ob", sondern nur noch über das „Wie" eines Bevölkerungstransfers zu entscheiden hatte, mußte für die Prager Regierung außer Zweifel stellen, daß sie bei ihren Absichten nicht mit grundsätzlichem Widerstand in Washington und London zu rechnen haben würde. Trotzdem bleibt es bemerkenswert, daß die westlichen Verbündeten eine ausdrückliche Zustimmung zu einem Prinzip, das man inzwischen längst in die Tat umzusetzen begonnen hatte, noch immer vermieden.

Die Londoner Weisung an die Botschaft in Washington vom 22. Juni hatte betont, man sollte „den Tschechen klarmachen, daß es Sache der Alliierten Kontrollkommission in Deutschland sein wird, sobald die wichtigsten grundsätzlichen Fragen zwischen den Regierungen bereinigt sein werden, zu entscheiden, wann und in welchen Zeitabständen deutsche Minderheiten außerhalb Deutschlands in dieses Land eingelassen werden können". In dieser Situation machte sich der amerikanische Geschäftsträger in Prag Klieforth zum Sprachrohr von angeblichen Befürchtungen, die unverkennbar aus dem Kreise um den Präsidenten Benesch, wenn nicht von diesem selbst, an ihn herangetragen worden waren. Am 28. Juni telegraphierte er nach Washington:

> „Abgesehen von Bedeutung und Gewicht der tschecho-russischen Beziehungen ist wichtigste Frage in Tschechoslowakei, von der der Wiederaufbau des Landes abhängt, Lösung des Minderheitsproblems einschließlich Transfer nach Deutschland und Ungarn von ungefähr drei Millionen tschechischen Bürgern, die 20% der Bevölkerung des Landes bilden. Ersatz der Minderheitsbevölkerung durch ungefähr gleiche Zahl Tschechen, von denen 90% entwurzelt und umgesiedelt werden müssen, stellt die zweite und entsprechende Phase des Problems dar. Transfer und Ersetzung der Minderheiten werden 40% der tschechischen Bevölkerung erfassen.
>
> Tschechische Regierung begreift, daß Transfer im Einvernehmen mit den alliierten Regierungen organisiert werden muß. Es ist aber lebenswichtig, daß möglichst bald Einigung in der Sache erzielt wird. Aller Wiederaufbau ist Notlösung, solange Transferproblem nicht gelöst ist. Die Bevölkerung der Tschechoslowakei

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verlangt eine baldige Lösung oder wenigstens eine Einigung, die die vorgesehenen Stadien des Transfers niederlegt und, am wichtigsten von allen, die Zeitperiode zum Abschluß der Operation absteckt. Die Ungelöstheit des Problems bildet die größte Gefahr für Präsident Beneschs Prestige. Die Möglichkeit kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Lage einem Agitator (dramatic leader) mit radikaler Unterstützung Gelegenheit bietet, das Volk aufzuhetzen und eine Gewaltlösung nach dem Vorbild ähnlicher Aktionen anderswo in Europa nach 1918 zu suchen."

Eine solche Möglichkeit war natürlich nur mit Förderung durch die sowjetische Besatzungsmacht in dem von ihr besetzten Großteil des Landes denkbar, und es bleibe dahingestellt, wie weit hier die Lage aus naheliegenden Gründen dramatisiert wurde. Der nächste auf eine ausdrückliche amerikanische Zustimmung zielende Schritt war eine Note des Staatssekretärs im Prager Außenministerium Clementis[6] an Klieforth vom 3. Juli. Vor Beendigung der Feindseligkeiten hätten Benesch und die tschechoslowakische Regierung, so heißt es darin, den Alliierten eine Denkschrift über die politische Notwendigkeit der Entfernung des „überwiegenden" (predominant) Teiles der Deutschen und Ungarn aus dem Lande überreicht – es ist aus dem Zusammenhang nicht klar, ob damit das Memorandum vom November 1944 oder ein anderes gemeint ist. Im weiteren Text der Note wird von der Entfernung der „großen Mehrheit der Deutschen und Ungarn" gesprochen und die Zahl der Umzusiedelnden mit 2 bis 2,5 Millionen Deutsche und 400 000 Ungarn angegeben[7]. Gegen Abschluß der Note ist dann nur noch von dem „Transfer der Deutschen und Ungarn als Lebensnotwendigkeit für die Zukunft des tschechoslowakischen Staates und die Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa" die Rede. Clementis verfehlte nicht, in bezeichnender Formulierung darauf hinzuweisen, daß die seinerzeitigen tschechoslowakischen Vorschläge „met with agreement, that is to say, no particular objection in principle has been raised". Die Alliierten hätten nur verlangt, daß der Transfer organisiert und planmäßig vor sich gehen solle und mit den zuständigen Instanzen der Alliierten abzustimmen wäre.

Die amerikanische Antwort, die Klieforth am 13. Juli zur Weitergabe telegrafisch übermittelt wurde, betonte weder, daß von einer „Zustimmung" (agreement) zu den seinerzeitigen Vorschlägen keine Rede sein könne, noch verwies sie auf die Widersprüche in der Note vom 3. Juli oder auf den Widerspruch zwischen der jetzt auf Deutsche und Ungarn schlechthin erweiterten Ausweisungsliste und früheren Erklärungen, die nur Deutsche, die ausgesprochene Helfer des nationalsozialistischen Regimes gewesen waren, genannt und eine geplante Ausweisung von Ungarn überhaupt nicht erwähnt hatten. Das State Department stellte manches in der Prager Note dadurch richtig, daß es an den wahren Inhalt seiner Stellungnahme vom 31. Januar erinnerte, erkannte aber die Bedeutung an, die die Prager Regie-

[6] Der slowakische Kommunist Dr. Vladimír Clementis (geb. 1902) war von 1945 bis 1948 Staatssekretär im Außenministerium und wurde nach Jan Masaryks Tod Außenminister. 1950 wurde er abgesetzt und 1952 zusammen mit Slánský zum Tode verurteilt und hingerichtet.

[7] Die Zahl der tatsächlich ausgesiedelten Ungarn war ganz unbeträchtlich.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung der raschen Lösung des Problems als Grundlage des Wiederaufbaus beimaß. Es begrüßte die angekündigte Absicht, einen Plan für organisierten Transfer unter Berücksichtigung der von den Alliierten zu lösenden Probleme auszuarbeiten. Obwohl hier immer noch keine ausdrückliche Billigung des von der Prager Regierung verfolgten Prinzips ausgesprochen war, konnte nun allerdings in Prag kein Zweifel mehr bestehen, daß man von amerikanischer Seite keinen Widerstand zu fürchten habe. Klieforth wurde in dem Telegramm weiter ermächtigt, Benesch persönlich mitzuteilen, die nach Potsdam entsandte amerikanische Delegation habe Auftrag, die Frage im Zusammenhang mit dem ganzen Minderheitenproblem zu behandeln – was alles oder nichts bedeuten konnte.

Interne Aufzeichnungen des State Department aus dieser Zeit verfolgen ebenfalls die Linie, keine grundsätzliche Erörterung des Problems zu eröffnen. In bezug auf polnische Forderungen wurde am 29. Juni gesagt: „Wir sollten, soweit unsere Hilfe verlangt wird, den Transfer von Minderheitsgruppen erleichtern." Im übrigen richtet sich die Instruktion aber gegen einseitige polnische Aktionen. Eine Aufzeichnung vom 23. Juni hatte den gleichen Standpunkt tschechoslowakischen Forderungen gegenüber eingenommen, „solange kein zufriedenstellendes Übereinkommen zwischen den für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der militärischen Sicherheit in Deutschland verantwortlichen Mächten erzielt ist." Der Transfer der „sudetendeutschen Minderheit" – also nicht nur eines kleineren oder größeren Teiles von ihr – sei ein Teil des größeren Problems der Aussiedlung der deutschen Minderheiten aus Polen und anderen Staaten. Es könnte, so wird ausgeführt, der Wunsch der Alliierten sein, die Frage im größeren Rahmen zu besprechen, um eine ordentliche Lösung des Gesamtproblems zu erzielen. In der Denkschrift vom 11. Juli für die britische Botschaft wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß ein Meinungsaustausch zwischen den beiden Mächten im Augenblick „in view of the clear statements of policy by the British and American Governments" bis zur Potsdamer Konferenz aufgeschoben werden könne. Am 15. Juli warf Unterstaatssekretär Dunn in einer den polnischen Problemen gewidmeten Aufzeichnung für Staatssekretär Byrnes (geschrieben in Babelsberg) die Frage auf, ob die vier Besatzungsmächte nicht mit Polen und der Tschechoslowakei Abkommen zur „Regelung der ordnungsmäßigen Entfernung der Deutschen von ihrem Gebiet und ihrer Neuansiedlung im restlichen Deutschland" abschließen sollten. Der Gedanke wurde nicht weiter verfolgt.

Den jetzt veröffentlichten amerikanischen Aufzeichnungen zufolge hat es auf der Konferenz von Potsdam eine Erörterung der Frage der Sudetendeutschen nur im Zusammenhang mit der Besprechung des Problems der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße gegeben, wobei sich Stalin der gleichen, sachlich ganz unrichtigen Behauptung „Sie sind alle geflohen" bediente. In der Besprechung der Regierungschefs vom 25. Juli 1945 sagte Churchill, die Frage von Bevölkerungsumsiedlungen müsse irgendeinmal besprochen werden. Es gebe eine große Zahl von Deutschen, die aus der Tschechoslowakei zu entfernen wären, und man müsse sich darüber schlüssig werden, wohin sie gehen sollten. Stalin

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erwiderte, die Tschechen hätten diese Deutschen bereits evakuiert, und letztere seien jetzt in Leipzig, Dresden und anderen Städten. Churchill widersprach: Nach britischen Informationen (die auch sachlich richtig waren) hätten bisher nur einige Tausende dieser Deutschen das Land verlassen, es handle sich aber um $2^1/_2$ Millionen, abgesehen von etwa 150 000 Reichsdeutschen. Stalin beharrte darauf, daß sich alle diese Menschen bereits in der deutschen Sowjetzone befänden. Die Tschechen hätten ihnen zwei Stunden Frist gegeben und sie dann verjagt, zum Unterschied von den Polen, die 1 500 000 Deutsche für die Erntearbeiten zurückgehalten hätten, um sie erst nach der Ernte auszusiedeln. Churchill widersprach dem nicht weiter, sondern betonte nur den Unterschied zwischen der Tschechoslowakei, die aus ihrem eigenen Territorium aussiedle, während die Polen Menschen aus einem Gebiet vertrieben, das Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sei.

Im Verlauf der Sitzung kam Eden neuerlich auf die Sache zu sprechen, die er den Außenministern zuzuweisen vorschlug. Stalin warf die Frage auf, ob man die Prager Regierung nicht zu der Beratung einladen solle, rückte aber von seiner Anregung ab, als Churchill sagte, er würde seinen alten Freund Benesch gern wiedersehen. Das hieße, „den Senf nach dem Mahl zu servieren", meinte Stalin; er könne Churchill die Versicherung geben, daß die betreffenden Menschen schon umgesiedelt seien. Er glaube sich an eine sowjetisch-tschechoslowakische Abmachung zu erinnern, erwiderte Churchill, die die Übernahme von höchstens tausend Menschen auf einmal vorgesehen habe; da müsse die Umsiedlung von 2,5 Millionen eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Ein solches Übereinkommen bestehe nicht, war Stalins Antwort. Daraufhin wurde beschlossen, den ganzen Komplex den Außenministern zu überantworten, die unmittelbar darauf zusammentraten. Hier gab es wieder nur eine Diskussion über den praktischen Gesichtspunkt, wie man eine unkontrollierte Überflutung Deutschlands verhüten könnte. Dann wurde die Sache an einen Unterausschuß weitergeleitet.

Der Bericht dieses Unterausschusses konnte von den Herausgebern der amerikanischen Publikation nicht gefunden werden. Die Angelegenheit kam, offenbar ohne eine Vorberatung der Außenminister überhaupt zu passieren, in der Beratung der Regierungschefs am 31. Juli zur Sprache, bei der Churchill und Eden durch Attlee und Bevin ersetzt waren. Eine Debatte gab es nur über den – im Unterausschuß nicht akzeptierten – Schlußpassus, der von der Tschechoslowakei, Polen und dem Kontrollrat für Ungarn die sofortige Einstellung laufender Ausweisungsaktionen bis zu einer Einigung mit dem Kontrollrat für Deutschland verlangte. Stalin machte einige Schwierigkeiten. Die Forderung sei praktisch unerfüllbar. Die Regierungen in Prag und Warschau hätten gar keine Ausweisungsbefehle gegeben, die Deutschen seien einfach geflohen. Schließlich gab Stalin nach, als Byrnes erwiderte, er hätte anderslautende Informationen. In der Abschlußsitzung der Regierungschefs am Abend des 1. August wurde der Absatz XIII des Kommuniqués von Potsdam über die „ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" debattelos angenommen.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS ROTHFELS

ZERRSPIEGEL DES 20. JULI

Die Veröffentlichung der sogenannten Kaltenbrunner-Berichte, also der Berichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an Bormann und Hitler im Anschluß an das Attentat vom 20. Juli, die kürzlich durch den Verlag Seewald und von Karl Heinrich Peter herausgegeben worden sind, hat ein lebhaftes publizistisches Echo gefunden. Es ist unvermeidlich, daß auch und gerade in dieser Zeitschrift – auf die Gefahr von Wiederholungen hin – dazu Stellung genommen wird. Und zwar soll das unter drei Gesichtspunkten geschehen. Einmal sind gewisse Eigenheiten des publizistischen Echos selbst von zeitgeschichtlichem Interesse. Zweitens führt die Art der Publikation auf die Erörterung von Methoden und Grundsätzen der Quellenedition insbesondere auf dem Gebiet der Zeitgeschichte. Schließlich ist, früher Gesagtes zusammenfassend[1] und mit einigen Hinweisen mindestens, gegen die Irreführung zu protestieren, der diese Publikation dient, indem sie sich als Spiegelbild der Wahrheit ausgibt.

I.

Das Echo in der Presse ist überwiegend sehr kritisch gewesen, nicht so sehr gegenüber der Publizierung der Dokumente als solcher wie gegen die Art und Weise ihrer Veröffentlichung, unkommentiert und ohne den geringsten Hinweis auf ihren begrenzten und vielfach negativen Erkenntniswert. Aber es hat Ausnahmen gegeben. So findet die „Deutsche Zeitung" (2. 11. 61) es beschämend, „daß man den Deutschen nicht zutraut, die Berichte richtig zu verstehen". In ironischem Sinne hat auch Michael Freund geglaubt, sich zur Notwendigkeit einer „Warnung" äußern zu sollen (in: „Die politische Meinung", Nov. 1961), wie er denn auch schon früher wegen übertriebener Vorsicht gegen die bewußt alles Sensationelle vermeidende, mit einer wissenschaftlichen Einleitung versehene und sorgfältig kommentierte Ausgabe von „Hitlers Zweitem Buch" durch das Institut für Zeitgeschichte polemisiert hatte. Das ist eine Verharmlosung, die wohlbekannte Unterströmungen absichtlich oder fahrlässig übersieht. Auf das Argument, daß ein wissenschaftlicher Apparat unnötig sei, ist noch einmal zurückzukommen. Aber noch Eigenartigeres ist geschehen. In einem Artikel in „Christ und Welt" (10. 11. 61) unter dem Titel „Der Gestapochef in einer neuen Rolle" werden die angeblich für die Dokumente charakteristischen „Gardinenpredigten" Kaltenbrunners an Bormann und Hitler – und wird damit Kaltenbrunner selbst – als eine „Sensation ersten Ranges" hochgespielt.

Diese Deutung knüpft an Bemerkungen an, die der SS Obersturmbannführer Dr. Kiesel nach dem Krieg in einem jugoslawischen Internierungslager niedergeschrieben hat. Darnach habe Kaltenbrunner der für die Untersuchung des Attentats eingesetzten „Sonderkommission" als „Richtlinie" vorgeschrieben, „daß Hitler

[1] Der Verfasser hat den Protest zuerst in einem Artikel der „Zeit" (20. Okt. 1961) begründet.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein schonungsloses Bild von den Gründen gegeben werden solle, die zum Attentat geführt hatten... Es seien so viele Männer von hervorragenden beruflichen und charakterlichen Qualitäten in die Verschwörung verwickelt, daß Hitler durch diese Erkenntnis hoffentlich den Schock erlebe, der notwendig sei, ihn zu den zwingenden Änderungen zu veranlassen..." Diese Version wird von K. H. Peter in seinem – knapp drei Seiten langen – Vorwort zur Abschirmung benutzt, wobei das Kiesel-Zitat aus der Goerdeler Biographie Gerhard Ritters stammt. Er hat die Kaltenbrunner-Berichte als erster kennen gelernt und – wie sich versteht – mit kritischer Besonnenheit benutzt. Er hat auch, wenngleich mit starkem Vorbehalt, die Kiesel-Version aufgenommen. Sie hat in der Tat erklärenden Wert für die letzte Phase in Goerdelers Leben, als der zum Tod Verurteilte mit dem Doppelspiel des Gestapochefs durch belehrende Denkschriften ko-operierte, in unerschütterlichem Vertrauen auf den Sieg der Vernunft, aber doch wohl auch, um sein Leben zu fristen. Hingegen ist für die Kaltenbrunner-Berichte eine Absicht der Belehrung oder gar der Schockwirkung in keiner Weise bezeichnend, geschweige daß sie von hervorragenden charakterlichen Qualitäten der Widerstandskämpfer Zeugnis ablegen wollen.

Zur Stütze seiner „Sensations"-These schlägt denn auch der Rezensent in „Christ und Welt" ein eigentümliches Verfahren ein. Es finden sich in dem ganzen Band von 550 Seiten nur Kaltenbrunnersche Begleitschreiben zu den Ergebnissen der Sonderkomission. Sie alle umfassen nur je zwei bis vier Zeilen, mit einer Ausnahme, einem Schreiben vom 30. August 1944, das eine Druckseite füllt. Aus diesem alleinstehenden Stück und den dazugehörigen Anlagen bringt „Christ und Welt" bezeichnende Teile, in denen der Widerstand mit der Empörung über den Abfall der Partei von ihren erklärten Idealen, insbesondere über das Luxusleben von Göring, Goebbels, Ley, überhaupt über Korruption und Bonzokratie begründet wird. Für Hitler kann das kaum eine Überraschung, sicher kein Schock gewesen sein, er liebte bekanntlich die Diadochenkämpfe. Und daß die Gestapo hier vornehmlich einen indirekten Angriff gegen Konkurrenten im Machtkampf vortrug und nicht eine quasi-Rechtfertigung der Verschwörer, ist um so wahrscheinlicher, als gegen deren „Lebenswandel" immer wieder genau entsprechende Vorwürfe in den Berichten sich finden. Ihre Hauptlinie ist ohne allen Zweifel die bewußter Diffamierung. Das ist denn wohl auch der Grund, warum Hitler sie, wie wir hören, „verschlang". Aber nicht nur die Berichte sind diffamierend, es besteht aller Anlaß anzunehmen, daß die Absicht des Herausgebers es nicht minder ist. Schon in dem kurzen Vorwort fehlt es nicht an Belegen dafür. Inzwischen ist bekannt geworden, daß K. H. Peter Mitarbeiter des Plesse-Verlags neonazistischer Färbung und der DRP mindestens gewesen ist. Wenn der Verleger, nachdem das Buch ausgedruckt vorlag, die Zusammenarbeit mit P. strikt abgeleugnet hat, so mag das aus einem plötzlichen Erschrecken über diese Bundesgenossenschaft resultiert haben, ist aber auf einer anderen Ebene, der des verlegerischen Ethos, nicht minder gravierend. Die publizistischen Stimmen der Verteidigung gehen über all das mit auffallender Unempfindlichkeit hinweg.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II.

Die Tendenz, von der die Rede war, findet sich in versteckten Anspielungen des Vorworts, ja im Grunde schon im Titel: „Spiegelbild einer Verschwörung", man könnte auch sagen im braunen Umschlag, wie denn ein Rezensent (v. Aretin im „Münchner Merkur" v. 4./5. 11. 61) seine Besprechung mit gutem Recht (und nicht nur des Umschlags wegen) überschrieben hat: Ein Braunbuch über den 20. Juli. Aber abgesehen von solchen Anzeichen: Was würde von einem um die Wahrheit bemühten Herausgeber zu fordern sein? In erster Linie gewiß Vertrautheit oder ein Sichvertrautmachen mit dem Gegenstand. Daran fehlt es durchaus. Ein oder zwei Beispiele seien gegeben. Es finden sich in dem Buch durchaus wertvolle und objektive, d. h. nicht manipulierte Quellen, nämlich das in Anlagen gegebene beschlagnahmte, also „echte" Material. Hier wird von den wirklichen Motiven des Widerstands und der Verschwörung Zeugnis abgelegt, von ihren ethischen Grundantrieben statt von der Gestapo-Interpretation, und es wird auch der weit in die Vorkriegszeit zurückreichende Hintergrund des 20. Juli erhellt. Viel davon ist indessen schon früher publiziert worden. Davon weiß der Herausgeber offenbar nichts, sonst hätte wohl der einfachste literarische Anstand einen Hinweis darauf erfordert, auch würde er die falschen Zuschreibungen der Gestapo nicht kommentarlos übernommen haben (so etwa für die Broschüre „Das Ziel" an Kaiser statt Goerdeler).

Weiter wäre sicher eine Vertrautheit mit den üblichen Editionsmethoden zu fordern. Auch daran fehlt es weitgehend. An Hand der auch an anderen Stellen verfügbaren Fotokopien vom amerikanischen Mikrofilm, auf dem (und nicht auf einem Geheimdokument im „Panzerschrank") die Publikation beruht, lassen sich – abgesehen von drei absichtlichen Auslassungen – auch andere, nicht angemerkte Lücken, falsche Datierungen, vor allem das Weglassen handschriftlicher Zusätze, der Einlaufs- und Bearbeitungsvermerke, u. ä. konstatieren[2]. Aber der Hauptvorwurf bezieht sich auf das Weglassen von kritischer Einleitung und Kommentar. Gewiß gibt es dafür keine schlechthin bindenden Regeln. Und man kann allerlei Einwände haben gegen eine übertriebene Textphilologie („hier irrt Goethe") und eine Bevormundung des Lesers durch eine Häufung von erklärenden Fußnoten. Aber faustdicke Lügen sollten nicht ohne Berichtigung hingehen, und auch bei feststellbaren Irreführungen sollte man es nicht kritiklos bewenden lassen. Auf Seite 445 werden die „Gerüchte" (auch innerhalb der Wehrmacht) über Vergeltungsmaßnahmen erwähnt, wonach die Sippenhaft selbst „vor kleinen Kindern" nicht halt macht. Wäre es im Dienst der Wahrheit hier nicht geboten gewesen anzumerken, daß dies kein Gerücht, sondern brutale Tatsache war. Es muß durchaus bestritten werden, daß der durchschnittliche Leser davon weiß, daß selbst zwei- und dreijährige Kinder ihren Müttern weggenommen und unter falschem Namen in Bad Sachsa im Harz verborgen gehalten wurden.

[2] Einzelheiten dazu in einem Artikel von Hans-Adolf Jacobsen (Das Parlament, 8. 11. 61) und einer im Bundesarchiv gefertigten Stellungnahme von Hans Booms in der Zs. „Der Archivar", Jg. 1962, Heft 1.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Noch einschneidender ist das Fehlen einer quellenkritischen Einleitung. Der Herausgeber hält dem entgegen, ein Kommentar könne nicht frei von subjektiven Wertungen sein, der Inhalt der Dokumente solle für sich selbst sprechen. Das hört sich ganz gut an. Wir wissen heute z. B., daß in den Anmerkungen zur Aktenausgabe der „Großen Politik" manche apologetische Interpretation steckt, die jetzt im Gange befindliche Publikation vermeidet das aufs strengste. Aber Akten sind nicht gleich Akten und Inhalt nicht gleich Inhalt. Das Gegenständliche allein schon ist auf dem Gebiet der Zeitgeschichte häufig genug von einer Art, daß es einer streng wissenschaftlichen Einführung bedarf. Mit Recht würde man das Institut für Zeitgeschichte schwer getadelt haben, wenn es etwa die Aufzeichnungen des Kommandanten von Auschwitz veröffentlicht hätte, ohne ihren Erkenntniswert, der allerdings sehr groß ist, genau zu bezeichnen und zu begrenzen. In Analogie wäre hier zu sagen gewesen, daß zum mindesten teilweise der Erkenntniswert der Kaltenbrunner-Berichte eher in Aufschlüssen über die Methoden der Gestapo und ihre Mentalität als in Aufschlüssen über den 20. Juli beruht. Vor allem aber bedurfte die Natur der Quellen einer kritischen Erörterung. Es muß, um auf vorhin Gesagtes zurückzugreifen, durchaus bestritten werden, daß sie für den Normalleser ohne weiteres erkennbar sein kann. Sehr wider Willen ist der Rezensent in „Christ und Welt" selbst ein Zeuge dafür, indem er von „Protokollen" schreibt. Protokolle sind die Berichte nun eben nicht, was immer auch über deren Quellenwert unter den gegebenen Umständen anzumerken wäre. Es finden sich einige Wiedergaben von Aussagen mit mehr oder weniger deutlichem Anspruch auf Wörtlichkeit. So etwa für eine Randfigur wie den Kaplan Wehrle (S. 321ff.) oder – ebenso am Rande – für Goerdelers Fluchtweg (S. 217ff.). Auch die – übrigens interessanten – Auszüge aus den Vernehmungen des Russen Kaulbars gehören hierher. Im übrigen aber spricht die Gestapo (und zwar durch die Feder mehrerer Beamter der Sonderkomission, nicht nur des im Vorwort genannten Obersturmbannführers v. Kielpinski). Sie faßt ihre Beobachtungen und Analysen zusammen. Und auf welche Umstände und Methoden griff sie dabei zurück? Der Herausgeber weiß zwar von dem Erlaß des Chefs der Geheimen Staatspolizei über „verschärfte Vernehmungen" vom 12. 6. 1942. Aber in diesem Fall wird der Kiesel-Bericht nicht zitiert, in dem zu lesen steht, daß Hitler selbst die „verschärften Vernehmungen" anbefahl und daß in der Sonderkommission „Schläger" waren, im Sadismus geschult. Statt dessen stellt das Vorwort eine „bemerkenswerte Aussagefreudigkeit" fest und fährt fort: „Obwohl der psychologische Druck auf die Angeklagten nach dem Scheitern des Attentats nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, wird doch im einzelnen noch zu untersuchen sein, in welchen Fällen ... verschärfte Vernehmungen ... angewendet wurden. Wie im einzelnen auch das Ergebnis dieser Untersuchung ausfallen mag, der historische Erkenntnis- und Beweiswert [1] dieser Berichte wird in ihrer Gesamtheit davon nicht wesentlich beeinträchtigt werden."

Das wird nicht mehr als Naivität, sondern nur als absichtliche Irreführung zu charakterisieren sein. Die Leser – darunter junge Menschen, die von den Umständen jener Zeit nicht ohne weiteres Kenntnis haben – erfahren nichts über die Folter-

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

methoden der Gestapo, die von Schlabrendorff (Offiziere gegen Hitler, S. 165ff.) in ihren einzelnen Phasen genau beschrieben worden sind. Er selbst ist vom Volksgerichtshof, allerdings erst nachdem Freisler bei einem Luftangriff ums Leben gekommen war, freigesprochen worden, da „Aussageerpressung vorliege". Kein Wort des Herausgebers hilft der Schärfung des kritischen Sinnes nach, der dann wohl auch in den Dokumenten selbst die Spuren der Erpressung und Folterung entdecken könnte. So heißt es (S. 395): „Irgendeine Kenntnis der Absichten Tresckows hat Schlabrendorff zunächst gegen jeden Vorhalt hartnäckig geleugnet. Erst nach mehrtägiger Pause in den Vernehmungen gab Schlabrendorff offen Einblick in das Verhalten Tresckows . . ." Und dann folgt die Zusammenfassung einer Aussage, die mit den Worten beginnt: „Ich habe mich entschlossen, nunmehr über die Dinge, die ich im Zusammenhang mit Tresckow gesehen und erlebt habe, ungeschminkt zu sprechen." Ähnliche Hinweise auf „Pausen" finden sich S. 263 („Die erforderliche Klärung wird erst durch die sicherheitspolizeilichen Vernehmungen herbeigeführt werden.") und S. 407 („Canaris besinnt sich inzwischen . . ."). Hier sprechen in der Tat die Dokumente einmal „für sich selbst". Aber kann der unvorbereitete Leser diese Sprache verstehen? Statt ihm mit kritischen Hinweisen zu dienen auf die Natur der Quellen, auf die Art der Vernehmungen – bei denen es nahe lag, die Last auf nicht mehr Lebende abzuschieben, oder der Versuch gemacht werden konnte, mit Selbstbezichtigungen und der Aussicht auf weitere Geständnisse den Kopf aus der Schlinge zu ziehen –, insbesondere statt ernsthaft die Tendenz der Gestapoberichterstattung zu untersuchen, hüllt sich der Herausgeber in eine Scheinobjektivität, die nicht, wie das letzte Wort des Vorworts lautet, „der Erforschung der historischen Wahrheit", sondern ihrer Verzerrung dient.

III.

Auf den Inhalt der Dokumente braucht im einzelnen nicht eingegangen zu werden. Die Gestapo gab weiter und deutete aus, was in ihr Bild paßte oder – in den Hauptzügen – dem des Führers entsprechen mochte. So ist denn eines der Leitmotive das, welches Hitler selbst schon am Abend des 20. Juli ausgegeben hat: eine kleine Clique ehrgeiziger und ehrvergessener Offiziere. Wie schon gesagt, die ganz überwiegende Linie der Berichterstattung ist die der Diffamierung („gangsterhaft" – „Jargon der Ringvereine aus der Systemzeit" – „Gesinnungslump"). Entsprechend ist die Skala der Motive, aus denen die Gestapo, insbesondere in den zusammenfassenden Betrachtungen, den Widerstand erklären will: Persönlicher Ehrgeiz, arrogante Besserwisserei, individuelle Verärgerung, defaitistische Grundhaltung, dekadente Geistigkeit, deutsche Neigung zum Objektivitätsfimmel und zur Selbstzerfleischung, gesellschaftlicher Hochmut, eine um sich selbst kreisende „Wehrmachtsideologie" oder das Machtstreben eines überalterten „Gewerkschaftsklüngels", der nur wieder ins Spiel kommen will.

Es ist nicht die Absicht dieser Zeilen, dem allem ein Bild der Wirklichkeit entgegenzusetzen und ganz gewiß nicht einer idealisierten Wirklichkeit. Wir wissen

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um viel Menschliches auch im Kreise des Widerstands, und niemand, der es mit der Aufgabe der Geschichtswissenschaft ernst nimmt, kann wünschen, daß das verschwiegen werde. Wir wissen um Versagen, Zögern und Lauheit, auch um persönliche Spannungen und sachliche Gegensätze zwischen Generationen und Lagern, auf die in den Berichten viel Aufmerksamkeit gerichtet ist, wenn auch in einer übertreibenden „Kerenski"-Perspektive. Es ist in diesem Zusammenhang noch einmal zu sagen, daß aus dem dargebotenen Material für den kritischen Leser durchaus Erkenntnis gewonnen werden kann. Der kriminalistische Scharfsinn, der – vom Standpunkt des Regimes – im großen so kläglich versagt hatte (vgl. die Rechtfertigungsversuche S. 104, 113, 521), hat sich im Detail nicht ohne Erfolg betätigt. So wird für die Wanderungen des Sprengstoffs eine ganzseitige graphische Darstellung geboten. Gespräche und Begegnungen zwischen den Gruppen werden aufgedeckt, wenn auch in verwirrender Anordnung und ermüdender Wiederholung und nicht ohne daß die Kommissare wohl auch an der Nase herumgeführt werden (etwa von Trott, S. 356).

Aufs Grundsätzliche gesehen jedoch besteht die Gefahr, daß die ständig wiederholte, als authentisch sich gebende und so durchaus tendenziöse Deutung der Persönlichkeiten, der Fakten und der Motive des Widerstands sich in zwei Richtungen bedenklich auswirkt. Einmal in einer Wiederbelebung der im Ausland so lange gängig gewesenen und nie ganz verschwundenen These, nach der sich Opposition in Deutschland erst geregt habe, als der Krieg offenbar verloren war. Das trifft objektiv nicht zu, aber die immer erneute Betonung des Defaitismus als eines Grundmotivs der Verschwörung könnte, wenn unwidersprochen, dieser Fehldeutung starken Auftrieb geben. In der Tat fällt in den Gestapoberichten – abgesehen von der Fritsch-Krise und ihrem Einfluß auf die „Verärgerung" des Militärs – kaum ein Lichtstrahl auf die Opposition vor dem Krieg, geschweige denn auf die Versuche, seinen Ausbruch zu verhindern. Die andere Fehldeutung, die aus der Gestapoargumentation willkommene Nahrung ziehen könnte, ist die Legende vom Dolchstoß, der dem Führer den sicheren Sieg entriß, wie man ohnehin schon in einigen publizistischen Organen lesen kann, sowie die Legende von der Klassenbefangenheit und dem reaktionären Charakter des Widerstands, wie sie (gelegentlich mit Aussparung Stauffenbergs) von jenseits des Vorhangs so eifrig verbreitet wird. Als bare Münze genommen, stellen die Kaltenbrunner-Berichte kein Spiegelbild, sondern einen Zerrspiegel dar. So muß denn im Namen der Wahrheit und im Gedanken an die Menschen, die ihr Leben eingesetzt haben, um den deutschen Namen von Schande zu reinigen, gegen die verantwortungslose Art dieser Veröffentlichung energisch Einspruch erhoben werden.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

DER NATIONALSOZIALISTISCHE POLIZEISTAAT UND DIE JUDENVERFOLGUNG VOR 1938

Vorbemerkung

Die nachfolgend mitgeteilten Dokumente aus den Akten der Bayerischen Politischen Polizei der Jahre 1934/1935 gewähren einen gewissen Einblick in die Hintergründe der Unterdrückungs- und Diskriminierungsmaßnahmen in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Sie zeigen, wie wenig man noch 1935 zu einer klaren Konzeption hinsichtlich der „Lösung" der Judenfrage gelangt war und wie sehr NSDAP und Gestapo in der Frage der einzuschlagenden Methoden differierten. Die Bayerische Politische Polizei, die seit 1934 praktisch dem Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin unterstellt war, tendierte dazu, die Ausschaltung der jüdischen Bevölkerungsgruppe weniger durch antisemitische Hetzkampagnen und gewalttätige Übergriffe, als vielmehr auf dem Wege traditioneller polizeistaatlicher Methoden herbeizuführen. Aus den Dokumenten geht hervor, daß sich schon in dieser Phase eine von zweckhaften Überlegungen bestimmte und auf größtmögliche technisch-verwaltungsmäßige Wirkung bedachte Unterdrückungspolitik abzeichnete, die zwar gegenüber den „wilden Aktionen" von NSDAP und SA zunächst den Anschein einer gewissen Mäßigung und Zurückhaltung erweckte, die aber jene bürokratisch-apparathafte Mentalität schuf, wie wir sie bei den Exekutoren der „Endlösung" fast ausnahmslos finden[1].

Auch aus der durch die Quellenlage bedingten begrenzten Dokumentenauswahl ergibt sich, daß die antijüdische Politik des Dritten Reiches in dieser Phase nicht weniger doppelseitig und zwielichtig war, als dies für die Gesamtheit der innen- und außenpolitischen Maßnahmen in der Periode der Machtbefestigung des Regimes gilt. Die sich durch die Gleichschaltungspolitik hindurchziehende Linie der Pseudolegalität[2] kehrt in der Judenpolitik wieder – eine Tatsache, die in den meisten neueren, vielfach populär gehaltenen Darstellungen gegenüber der Boykottaktion vom 1. April 1933, den zahlreichen fingiert-spontanen Übergriffen der Parteistellen und der verschärften antisemitischen Pressepropaganda unversehens in den Hintergrund gerät. Die Judenverfolgung, deren äußerer Ablauf im wesentlichen feststeht[3], ist insoweit auch ein Schlüssel zur Analyse der Herrschaftsstruktur des Dritten Reiches, zumal die Hemmungslosigkeit des nationalsozialistischen Führungskaders in keiner Frage so offenliegt wie in dieser und der rassische Antisemitismus als zen-

[1] Vgl. die Einleitung Martin Broszats zu: Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höß (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 5), Stuttgart 1958.

[2] Vgl. Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz: Die Nationalsozialistische Machtergreifung (Schriften d. Inst. f. Pol. Wiss. Bd. 14) Köln und Opladen 1960, insb. S. 75ff.

[3] Vgl. z. B. L. Poliakov: Bréviaire de la Haine, Paris 1951; J. Tenenbaum: Race and Reich, New York 1956.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

traler Bestandteil der Ideologie des Regimes, sofern man von einer solchen überhaupt sprechen will[4], gelten muß.

Die Motive, die die nationalsozialistische Führung veranlaßten, die beabsichtigte totale Ausschaltung der Juden aus dem Leben der Nation zeitweilig zurückzustellen und stufenförmig, nicht ohne gelegentliches Zurückweichen in Einzelpunkten, vorzugehen, sind hinreichend bekannt. Neben innenpolitischen Bedenken, die sofortigen Radikalkuren widersprachen, waren es in erster Linie außenpolitische Rücksichten, und es ließe sich umgekehrt der Zusammenhang zwischen außenpolitischen Erfolgen und der Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen bis ins Einzelne darlegen. Goebbels hat in seiner Rede auf dem Nürnberger Parteitag am 2. September 1933, also nach der im Grunde gescheiterten, weil ohne Resonanz im Volke und selbst in der NSDAP verpufften Boykottaktion, indirekt diesem Sachverhalt Ausdruck gegeben, indem er davon sprach, daß die Lösung der Judenfrage eine „schwere Vorbelastung" für den nationalsozialistischen Staat bedeute, in die er angeblich nur widerwillig hineingezwungen worden sei[5]. Neben der außenpolitischen Belastung rechnete man offensichtlich auch mit Widerständen im deutschen Volke, die sich, wenngleich zunächst schwach, namentlich in der Haltung der Kirchen abzeichneten[6]. Die Generalprobe vom 1. April mahnte angesichts der fast völlig ausbleibenden Beteiligung der Bevölkerung, zunächst den undurchsichtigeren gesetzesförmigen Weg der Ausschaltung zu gehen, der alsbald mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des nationalen Berufsbeamtentums beschritten wurde[7].

Das stufenweise Vorgehen, in dem sich Gewaltakte und Terror mit Pseudolegalität paarten, lag jedoch ohnehin in der Linie der gewohnten Manövriertaktik der Nationalsozialisten, wie sie in der Spätphase der Weimarer Republik so erfolgreich angewandt worden war. Die Fiktion der Legalität und dessen, was man mit einiger Unverfrorenheit den „nationalen Rechtsstaat" nannte, wurde indessen durch die mutwilligen, im Grunde jedoch ziellosen Aktionen der SA- und NSDAP-Funktionäre bedenklich in Frage gestellt, und die Prestigeempfindlichkeit, die man in diesem Punkte immer wieder bewies, rief in zunehmendem Maße die Bemühungen auch der obersten Dienststellen der Partei hervor, die gewaltsamen Übergriffe gegen Juden einzuschränken[8]. Die Alternative, die in den Augen zahlreicher Parteigänger Hitlers vor dem 30. Juni 1934 zu bestehen schien, die Frage, ob die allenthalben propagierte „nationale Revolution" unter Durchbrechung der pseudorechtsstaatlichen Etikettierung der totalen Diktatur fortgeführt oder ob sie in die Kanäle einer indirekten manipulatorischen Gleichschaltung des Staatsapparats gelenkt werden sollte, bei welcher die gesellschaftlichen Widerstände durch polizeistaatliche, nicht

[4] Vgl. M. Broszat: Der Nationalsozialismus, Stuttgart 1960, S. 54ff.

[5] Dokumente der Deutschen Politik, Berlin 1937, Bd. 1, S. 183.

[6] Vgl. Die evangelische Kirche in Deutschland und die Judenfrage, Genf 1945, insb. S. 45ff.; Johann Neuhäusler: Kreuz und Hakenkreuz, München 1946, S. 316ff. und 377ff.

[7] Vgl. den Brief Hitlers an Hindenburg vom 5. 4. 1933, in: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte Bd. IV, Berlin o. J., S. 48ff., aus dem dieser Zusammenhang deutlich wird.

[8] Vgl. Anordnung des Stellvertreters des Führers Nr. 160/35 vom 2. 8. 1935 (Bd. I, S. 179).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch *offen* terroristische Methoden eingedämmt wurden, hat ihr Gegenstück in der Behandlung der „Judenfrage". Nach der Entmachtung der SA in den Junimorden und der Umwandlung der NSDAP in eine Verbandsbürokratie mit Massenmitgliedschaft, deren Funktion im wesentlichen nur noch auf die Kontrolle der gesellschaftlichen Kräfte wie der Verwaltung sowie auf propagandistische Integration hinauslief[9], blieb der Kampf gegen den Juden das einzige Reservat für das kraftmeierische und rowdyhafte Halbstarkentum der SA und der Parteiaktivisten, die ihre aufgestaute, aus Ressentiments gespeiste politische Energie in antisemitischen Reaktionen entluden. Zugleich bot sich hier für die in großer Zahl erst kürzlich der NSDAP beigetretenen und allenthalben in die kommunale Verwaltung eingeströmten unteren Funktionäre eine Bewährungsmöglichkeit, die weitere Karriere und Sicherung vor politischer Säuberung verhieß. Denn alle machtmäßig relevanten Aufgaben lagen nun in den Händen der SS und der von ihr kontrollierten Polizeikräfte, und die wirklich ernsthaften Gegner des Regimes waren größtenteils ausgeschaltet. Die Notwendigkeit eines fiktiven inneren Feindes ergab sich deshalb nicht nur ideologisch, nicht nur vom Gesichtspunkt der Integration des neuen Herrschaftsgebildes her, sondern auch aus der soziologischen Struktur und psychologischen Eigenart der „Bewegung" selbst. Die Spannungen, die zwischen SA und SS bestanden, traten in der Judenfrage immer wieder deutlich hervor, wie das am eindrücklichsten aus dem Unwillen der SS über die mit dem Pogrom von 1938 verbundenen Ausschreitungen ersichtlich ist[10].

Auch die Politische Polizei[11], stand in einem gewissen Gegensatz zu den ungesetzlichen und lärmenden, in der Sache hingegen wenig effektiven „wilden" Aktionen der SA, gegen deren „dilettantischen Terrorismus", und das gilt sicherlich nicht nur für die später in die SS übernommenen älteren Beamten, sondern auch für Heydrich, der bereits im März 1933 die Politische Abteilung im Münchener Polizeipräsidium übernommen hatte[12]. Diese Abwehrhaltung erstreckte sich bis zu den provokatorischen antijüdischen Aufschriften, die in unendlichen Variationen von der, wie man gesagt hat, „engstirnigen Dorfschulzenphantasie unterer Parteifunktionäre" erfunden wurden und die strafrechtliche Tatbestände erfüllten[13]. Der Nachdruck, mit dem die Politische Polizei die Anordnungen zur Verhütung von

[9] Vgl. Wolfgang Schäfer: NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover und Frankfurt 1956, S. 48ff.

[10] Vgl. Hermann Graml: Der 9. November 1938. „Reichskristallnacht". Bonn 1958, S. 28ff.

[11] Zur Organisation der Politischen Polizei in den Jahren 1933/34 vgl. Hans Buchheim: Die organisatorische Entwicklung der Politischen Polizei in Deutschland in den Jahren 1933/34, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 295f.; ders.: Die SS in der Verfassung des Dritten Reiches, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 132f. – Die Bayerische Politische Polizei war zwar praktisch unabhängig von der übrigen Polizeiverwaltung des Landes Bayern, stand dafür aber bereits 1934 unter dem direkten Befehl des „Zentralbüros des Politischen Polizeikommandeurs der Länder", das mit dem Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin identisch war. Es gab also nur dem äußeren Schein nach eine Bayerische Politische Polizei als selbständiges Organ.

[12] Vgl. E. Neusüss-Hunkel: Die SS. Hannover und Frankfurt 1956, S. 9.

[13] Vgl. Dokument Nr. 15.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausschreitungen weitergab, bestätigt den gleichen Sachverhalt, und es bedurfte vielfach, wie eine Anordnung des Stellvertreters des Führers vom 11. April 1935 zeigt, energischer Ermahnungen an die Parteimitgliedschaft, um zu verhindern, daß diese mit der Polizei in Konflikt kam[14].

Das Motiv für die Zurückhaltung der sonst für terroristische Methoden hinlänglich bekannten Politischen Polizei Heydrichs und Himmlers in der Judenverfolgung lag zum wenigsten in dem gleichwohl anfänglich noch vorhandenen Gefühl dafür, daß derartige Exzesse den Grundsätzen jeder geordneten und wenigstens formell gesetzlich verankerten Verwaltung zuwiderliefen. Entscheidend war vielmehr die Überlegung, daß hierdurch die tatsächliche Ausschaltung der Juden erschwert und ein unnötiger Prestigeverlust hingenommen wurde. Derartiges ließ sich viel „fachmännischer" und reibungsloser abwickeln. Für die Repräsentanten des Polizeistaates war es ein abwegiger Gedanke, durch die Vortäuschung spontaner Aktionen die Massen des Volkes gegen die Juden einnehmen und sie dadurch indirekt dem Regime verbinden zu können – sie steuerten bewußt, wenngleich ohne klaren Plan auf diejenige „Lösung" der Judenfrage hin, welche in der damaligen Situation allein als gangbar erschien: die möglichst rasche und vollständige Auswanderung der deutschen Juden. Nicht bloß außenpolitische Rücksichten ließen ein Verbot der gesamten jüdischen Organisationen als unratsam erscheinen, sondern auch der simple und gerade deshalb diabolische Gedanke, die jüdischen Verbände selbst zum Träger der Auswanderung zu machen. Dafür war es notwendig, das Betätigungsverbot für jüdische Organisationen, das am 19. Juli 1933 ergangen war[15], teilweise zu widerrufen. Die polizeilichen Eingriffe waren daher von der Absicht getragen, die zionistischen Organisationen, die die Auswanderung in besonderem Maße unterstützten und sich intensiv mit der beruflichen Umschulung und Umschichtung der jüdischen Bevölkerungsgruppe befaßten, gegenüber den deutschbewußten Gruppen, insbesondere dem „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten", dem „Nationalverband der deutschen Juden" und der „Erneuerungsbewegung der jüdischen Deutschen" indirekt zu fördern. Daß dies keine Anerkennung des zionistischen Programms bedeutete, liegt auf der Hand, und man vermied es, sich in dieser Hinsicht offiziell festzulegen. Eine solche indirekte Steuerung setzte indessen die Fiktion eines einigermaßen ungehinderten innerjüdischen Vereinslebens voraus und widersprach einem generellen Verbot der deutschjüdischen Verbände. Die Anweisung Heydrichs vom 20. März 1934 (Dokument Nr. 1) trägt diesem Gesichtspunkt Rechnung und führt zugleich zur besseren polizeilichen Kontrolle die ausschließliche Verantwortlichkeit des Vereinsvorsitzenden sowohl gegenüber den Aufsichtsbehörden wie gegenüber der Mitgliedschaft, also gewissermaßen das Führerprinzip, ein.

Insbesondere legte man den zionistischen und staatszionistischen Jugendorganisationen, die maßgebend die Umschichtung betrieben, keine Hindernisse in den Weg und gestattete ihnen Ausnahmen bezüglich der für jüdische Vereine getroffenen Anordnungen (Dokument Nr. 2). Die Geldsammlungen innerhalb der zionistischen

[14] Anordnung Nr. 63/35 a. a. O. Bd. I, S. 97ff.

[15] Vgl. Dokument Nr. 1.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und staatszionistischen Verbände, die Auswanderungszwecken, aber auch dem Aufbau des jüdischen Nationalfonds für Grundstückskauf und Siedlung in Palästina dienten, wurden daher als „nicht öffentlich" zugestanden (Dokument Nr. 8). Auf der gleichen Linie liegen die Erlaubnis des internen Uniformtragens für die staatszionistischen Gruppen (Dokument Nr. 5) und die Erleichterungen für in Umschulungslagern untergebrachten jüdischen Jugendgruppen (Dokument Nr. 2). Neben diese mehr allgemeinen Maßnahmen zur Förderung des Zionismus tritt das grundsätzliche Verbot solcher jüdischen Versammlungen, in welchen das Verbleiben der Juden in Deutschland gefordert wurde (Dokument Nr. 3). Es ist bezeichnend, daß sich diese Maßregeln auf die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 beriefen, obwohl diese ausdrücklich der Abwehr kommunistischer Bestrebungen galt. Die sich in der Forschung durchsetzende Auffassung, daß dieser Verordnung eine weit größere Bedeutung zukommt als dem Ermächtigungsgesetz[16], findet hier eine neue Bestätigung. Weniger die mangelnde Rechtsgrundlage als vielmehr das Bestreben, die jüdische Bevölkerung über die ohnehin unsicheren Absichten der Reichsregierung im unklaren zu lassen, bedingten die typisch polizeistaatliche Anordnung, die Gründe des Versammlungsverbotes nicht mitzuteilen, sondern jeweils in den örtlichen Gegebenheiten gelegene Vorwände zu benützen (Dokument Nr. 4). Es kam hinzu, daß in einer Reihe von Fällen die Verbotsgründe bekannt geworden waren. Auf jüdischer Seite hatte man daraus gefolgert, daß die Reichsregierung die Judenfrage im Sinne kultureller Autonomie, im Sinne der „Dissimilation" lösen und der jüdischen Vereinstätigkeit, und damit dem jüdischen Leben in Deutschland, keine entscheidenden Hindernisse in den Weg legen wolle. Diese in der Zeit vor dem Erlaß der Nürnberger Gesetze in der nationalsozialistisch beeinflußten Presse anklingende Fiktion einer Lösung, die von den Partei- und Reichsbehörden bewußt nicht dementiert wurde, konnte andererseits eine gewisse Abschwächung der Auswanderung und eine vermehrte Rückwanderung zur Folge haben – eine Auswirkung, die dem Regime höchst unerwünscht und die es mit allen Mitteln zu unterbinden gesonnen war[17].

Zu den traditionellen polizeistaatlichen Praktiken gehörte es ferner, daß man durch Maßregelung der in den jüdischen Versammlungen auftretenden Redner die innerjüdische Willensbildung zu beeinflussen versuchte. So wurde Dr. Felix Heimann vom Jüdischen Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau ein Redeverbot auferlegt (Dokument Nr. 7), während das gegen den führenden Vertreter der gleichen Organisation, den Rechtsanwalt Dr. Georg Lubinski (Giora Lotan) verhängte Verbot aufgehoben wurde, da dieser als „ausgesprochener Anhänger der zionistischen Idee sich verpflichtet hat, die Auswanderung der Juden in Zukunft restlos zu pro-

[16] Vgl. Bracher/Sauer/Schulz a. a. O., S. 87.

[17] Vgl. Hermann Graml: Die Auswanderung der Juden aus Deutschland zwischen 1933 und 1939, in: Gutachten a. a. O., S. 79f.; Mark Wischnitzer: Jewish Emigration from Germany 1933–1938, Jewish Social Studies Bd. II (1940), S. 27ff.; W. Rosenstock: Exodus 1933–1939. A Survey of Jewish Emigration from Germany, in: Year-Book of the Leo Baeck-Institute I (1956), S. 373ff.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

pagieren" (Dokument Nr. 9). Demgegenüber wurde dem führenden Anhänger des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten", dem Journalisten Dr. Hans Wollenberg, jedes Auftreten in jüdischen Veranstaltungen untersagt, weil dieser wegen seines Eintretens für das Verbleiben der Juden in Deutschland „die Maßnahmen der Reichsregierung hinsichtlich der Judenfrage" empfindlich zu „schädigen" drohte (Dokument Nr. 10). Die Ankündigung der Wehrgesetzgebung hatte bei dem RjF und der „Erneuerungsbewegung der jüdischen Deutschen" zu Hoffnungen Anlaß gegeben, für sich im Gegensatz zu den Zionisten Sonderrechte erwirken zu können[18]; die Wehrgesetzgebung selbst unterband diese Bestrebungen[19], und es bedurfte nicht einmal der entschiedenen Abwehrhaltung der Politischen Polizei gegen die Agitation für ein deutschbewußtes Judentum (Dokument Nr. 6). Die Zeit, in der man die deutschjüdischen Organisationen außenpolitisch ausspielte[20], war bereits vorüber, und auch der Gedanke, die Uneinigkeit im deutschen Judentum zu vermehren, wich der Absicht, die Auswanderung durch Unterstützung der zionistischen Bestrebungen zu fördern[21]. Es kann kein Zweifel daran sein, daß diese auf Grund der Politik des Nationalsozialismus in Deutschland in erheblichem Maße an Boden gewannen[22].

All diese polizeilichen Eingriffe beruhten auf dem gesetzlichen Vakuum, das in der Judenfrage bis zum Erlaß der ersten Ausführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen bewußt beibehalten wurde, teilweise aus Gründen außenpolitischen Prestiges, teilweise um die Möglichkeit von Vorfällen zu schaffen, die zur Motivierung entsprechender „gesetzlicher" Regelungen herangezogen werden konnten. Ein Beispiel dafür ist das Hissen der Reichsflagge durch Juden, welches generell erst im Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verboten wurde. Daß man gleichwohl schon vorher polizeilich eingriff, um die Diskriminierung der Juden und ihre demonstrative Ausscheidung aus der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft voranzutreiben, ist hinreichend bekannt. Bezeichnend für diese im Gegensatz zu den Brachialmethoden der SA- und Parteileute stehende Politik der schrittweisen Einengung des jüdischen Lebensraums ist die Anweisung, daß das Flaggenverbot „mit den hiefür geeignet erscheinenden Maßnahmen allmählich (!) durchzusetzen" (Dokument Nr. 11) sei. Das entsprach der allgemeinen Übung. So wurde das Flaggenverbot von den einzelnen Polizeidirektionen wechselnd gehandhabt. Der Erlaß des Reichsministers des Innern in der Flaggenfrage vom 27. April 1935 wurde ebensowenig offiziell veröffentlicht und ist offenbar erst auf dem Wege über die Polizeibehörden auszugsweise bekanntgeworden (Dokument Nr. 12), so

[18] Vgl. die kritische Stellungnahme M. Gruenewalds: The Beginning of the Reichsvertretung, Publications of the Leo Baeck Institute I, S. 62f.

[19] Vgl. Hans Lamm: Über die innere und äußere Entwicklung des deutschen Judentums im Dritten Reich, Phil. Diss. Erlangen 1951 (Msch. Schr.), S. 48.

[20] Vgl. Bracher/Sauer/Schulz a. a. O., S. 282f.

[21] Für die spätere Politik der Gestapo in der Auswanderungsfrage vgl. Artur Prinz: The Role of the Gestapo in Obstructing and Promoting Jewish Emigration, in: Yad Washem Studies on the European Jewish Catastrophe and Resistance II, Jerusalem 1958, S. 205ff.

[22] Richard Lichtheim: Die Geschichte des deutschen Zionismus, Jerusalem 1954, S. 263f.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß auf jüdischer Seite ausdrücklich um eine einheitliche Regelung zur Vermeidung von Zwischenfällen gebeten wurde[23].

Von besonderem Interesse ist die Haltung der Politischen Polizei gegenüber den jüdischen Sportvereinen, weil hier die Frage der außenpolitischen Rücksichtnahme deutlich hervortritt. Nach der Ausschaltung der Juden aus dem „deutschen Sport" im Zuge der Anwendung der Arierparagraphen und auf Grund des Drucks der nationalsozialistischen Presse kam es 1933 zur Gründung der Sportorganisation des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, die ebenso wie der seit langem bestehende Deutsche Makkabi-Kreis e. V. in den ersten Jahren der Hitlerherrschaft ein reges sportliches Leben entfaltete. Die Bayerische Politische Polizei wählte zunächst den Weg der allmählichen Unterbindung, indem sie in jedem Ort nur eine Sportorganisation zuließ und damit den innerjüdischen Richtungsstreit in die Sportvereine hineintrug (Dokument Nr. 1). Der Zusammenschluß der jüdischen Sportvereine in einem Bayerischen Landesverband diente wohl Kontrollzwecken, doch lag er auch auf der Linie der allgemeinen Zentralisierung und des nachwirkenden bayerischen Partikularismus. Der jüdische Sport wurde aber nach wie vor von den beiden großen international anerkannten Verbänden getragen, von denen der Makkabi-Kreis als Glied des zionistischen Makkabi-Weltverbandes seit 1932 an internationalen zionistischen Sportwettkämpfen teilnahm[24]. Trotz der formellen Zulassung der Vereine war das jüdische Sportleben durch das vielfach eigenmächtige Vorgehen der Kommunen, die den Zutritt zu Sportplätzen und Schwimmbädern verwehrten oder fast gänzlich beschränkten, beträchtlich behindert[25].

Es ist keine Frage, daß den Juden sportliche Betätigung schon damals völlig untersagt worden wäre, wenn nicht außenpolitische Bedenken im Zusammenhang mit der in Berlin geplanten Olympiade eingewirkt hätten. Die Gründung des Reichsverbandes der jüdischen Turn- und Sportvereine war eine rein demonstrative Maßnahme, um die Kritik des Auslands zu beschwichtigen, und es ist bezeichnend, daß in dieser Beziehung die Polizeiorgane angewiesen wurden, die jüdischen Sportverbände „zur Zeit" keinen Maßregelungen zu unterwerfen (Dokument Nr. 13). Gleichwohl hielt die Kritik des Auslandes an und erzwang die Zusicherung der deutschen Regierung, auf sportlichem Gebiet die Trennung zwischen Ariern und Nichtariern nicht durchzuführen, was am 7. Juni 1935 von der Deutschen Delegation dem Internationalen Olympischen Komitee mitgeteilt wurde[26]. Daß die polemischen Pressekommentare im Ausland nicht verstummten und verschiedentlich die Verlegung der Olympiade aus Deutschland gefordert wurde, rief bei den deutschen Stellen große Nervosität hervor, die nach einer Intervention des Reichssportführers

[23] Vgl. den Leitartikel der Jüdischen Rundschau Nr. 19 vom 5. 3. 1935.

[24] Vgl. Jüdische Rundschau Nr. 26 vom 29. 5. 1935, Kommentar zur II. Makkabiah; das Blatt berichtet ausführlich über den jüdischen Sport innerhalb und außerhalb Deutschlands. Vgl. auch das vom Reichsausschuß der Jüdischen Jugendverbände herausgegebene Sammelwerk: Gemeinschaftsarbeit der Jüdischen Jugend, Berlin 1937, S. 125ff.

[25] Dies beweist neben vielen Einzelbelegen schlagend das Dokument Nr. 14.

[26] Der VB enthält keine Notiz darüber; American Jewish Yearbook, Bd. 38, S. 515ff.; Lamm a. a. O., S. 51.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beim Reichsinnenministerium zu ausführlichen Anweisungen an die Polizeibehörden führte, jegliche Behinderung des jüdischen Sportes, vor allem die örtlichen Verbote, zu vermeiden (Dokument Nr. 14). Die Schaffung des Reichsausschusses der jüdischen Sportverbände hatte seine demonstrative Wirkung verfehlt, da er auf internationaler Ebene nicht anerkannt wurde. Dementsprechend wurde die Bayerische Politische Polizei angewiesen, den Makkabi-Organisationen wie dem Sportbund des RjF sportliche Betätigungsmöglichkeiten zu gewähren, die sie auch insofern nicht besaßen, als bislang nur der einheitliche bayerische Landesverband zugelassen war. Die Anordnungen verhehlten die Tatsache nicht, daß es sich hierbei nur um vorübergehende Maßnahmen handelte mit dem Zweck, „der jüdischen Auslandshetze den Boden zu entziehen", und daß sie nach der Berliner Olympiade entfallen würden[27]. Die Bemerkung der Basler Nationalzeitung vom 18. September 1935, daß der Abschluß der Olympiade eine Radikalisierung der Judenverfolgung bringen werde, entsprach dem Sachverhalt, daß diese gutenteils nicht einmal durchgeführten Konzessionen eine Farce waren[28]. Man muß sagen, daß der Reichsregierung dieser Schachzug vollauf geglückt ist. Die Zustimmung des Auslandes zur Olympiade bedeutete, nachdem die Frage der jüdischen Verbände einmal offiziell erörtert worden war, einen eminenten Prestigegewinn für Hitler und zugleich eine indirekte Anerkennung der deutschen Judenpolitik. Die Politik des Appeasement in der Judenfrage, die dem Ausland von Hitler und Goebbels nicht erst 1936, aber in diesem Jahre am stärksten aufgedrängt wurde, erscheint von rückwärts her in problematischem Licht. Gerade das Beispiel der Olympiade beweist, daß ein scharfer außenpolitischer Druck in diesem Stadium der noch nicht abgeschlossenen inneren und äußeren Konsolidierung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die Lage der deutschen Juden mindestens erleichtern konnte. Die umgekehrte Folgerung ist freilich bedeutsamer: die Nachgiebigkeit des Auslandes, das die beschwichtigenden Stimmen der deutschen Juden nachsprach und sich damit von vornherein in die Defensive begab, bestätigte die Scharfmacher in der Judenfrage vom Schlage Julius Streichers. Die Olympiade von 1936 legte es den nationalsozialistischen Machthabern nahe, die letzten Rücksichtnahmen in der Judenfrage fallen zu lassen. Wie mit dem Pogrom von 1938, der im Grunde eine Niederlage von Göring und in gewissem Sinne auch von Himmler darstellte[29], offenkundig werden wird, treten die traditionellen Methoden des Polizeistaates zunehmend in den Hintergrund. Heydrich und seine Untergebenen drängen nun auch deshalb zu schärferen Maßnahmen, um den radikalen Elementen der Partei – mit Hitler und Goebbels an der Spitze –

[27] Bezeichnend dafür ist der Umstand, daß der Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, die Frage, ob antijüdische Aufschriften bei der Olympiade zugelassen und Juden der Zutritt verwehrt werden sollte, Hitler zur Entscheidung vorlegte, der gegen das Zutrittsverbot keine Einwendungen hatte (vgl. Schreiben des Adjutanten des Führers, Hauptmann Wiedemann an Bormann vom 30. 4. 1935 (!), Aktenstücke aus der Adjutantur des Führers, IfZ ED-9), jedoch wurden dann doch antijüdische Aufschriften und Stürmerkästen vermieden.

[28] Gleichwohl war das Jahr 1936 durch eine besondere Zurückhaltung hinsichtlich antijüdischer Aktionen bestimmt (vgl. Lamm a. a. O., S. 51).

[29] Vgl. H. Graml a. a. O., S. 25f.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegenüber bestehen zu können. Die Politik der legalen Auswanderung wird uninteressant, an ihre Stelle rücken Massenausweisung und Massendeportation, schließlich die wohlorganisierte Massenvernichtung.

Der Weg zu dieser Radikalisierung der Methoden war freilich in keiner Weise das Ergebnis eines in den Details entworfenen, geschweige denn durchdachten Planes, wiewohl über die endgültigen Absichten des Regimes kein Zweifel sein konnte. Daß man dennoch auch auf jüdischer Seite noch nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze und deren ersten Ausführungsverordnungen, mit denen die „friedliche" Anfangsphase der Judenverfolgung ihr Ende nahm, auf ein Einlenken hoffte[30], war nicht allein die Folge der Verschleierung des Ausmaßes der Unterdrückungsmaßnahmen und ging auch nicht allein auf das tief begreifliche Wunschdenken des jüdischen Bevölkerungsteils zurück, das sich an die immer wieder in die Haßkampagne eingestreuten abschwächenden offiziösen Stellungnahmen hielt. Derartige Hoffnungen stützten sich vielmehr auf die Unstetigkeit und Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Judenpolitik selbst. Das Regime bemühte sich ja, mittels wechselnder Verlautbarungen den Eindruck zu erwecken, als sei eine politisch einigermaßen akzeptable und Dauer verheißende Lösung der „Judenfrage" angestrebt.

Tatsächlich aber war die „Judenfrage" in fast allen Punkten ein künstlich aufgebauschtes Gebilde, das nur durch fortwährende propagandistische Dynamik am Leben erhalten werden konnte. Schon deshalb widersprach jede Vorstellung von Teillösungen, die ein begrenztes Lebensrecht der jüdischen Bevölkerung beibehalten hätten, der nationalsozialistischen Wirklichkeit. Vor allem aber lag es in der Person Hitlers wie in dem Stil nationalsozialistischer Politik überhaupt begründet, daß die Maßregeln gegen die Juden mit nahezu unerbittlicher Folgerichtigkeit in die äußerste Radikalität trieben, gerade weil man hinsichtlich einer praktischen „Lösung", mit der Ausschaltung des deutschen Judentums, das ja erst als soziologische Einheit künstlich geschaffen werden mußte, nicht recht weiter kam. Zudem spielten sich die Rivalitäten und Kompetenzstreitigkeiten der in irgendeiner Form hoheitliche Funktionen ausübenden Gliederungen der Partei und der Behörden in einer weitgehend ungeplanten, wenn nicht geradezu planlosen Wechselwirkung in die Hände, die wohl als geschickte und geradezu raffinierte Systematik erscheinen konnte, im Grunde aber nichts anderes darstellte als die Überhöhung von Verlegenheiten und gescheiterten Aktionen durch Radikalisierung. So fanden die sich durchkreuzenden und mitunter durchaus gegensätzlichen Lösungsversuche der „Judenfrage" ihren gemeinsamen Nenner erst in dem anfänglich mehr oder weniger als spekulativ empfundenen Programm der „Endlösung", deren politischer Extremismus den Wirrwarr der vorangegangenen Judenpolitik zudeckte.

Die hier vorgelegten Dokumente zeigen die Ansätze dieser Entwicklung vom Standpunkt der Gestapo und von der Tätigkeit der örtlichen Polizeidienststellen her. Sie belegen die Anfänge der später von Heydrich souverän gehandhabten

[30] Vgl. etwa die Denkschrift B. Löseners: Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, abgedruckt in dieser Zeitschrift 9 (1961), S. 278f.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Methode, die jüdischen Organisationen direkt und indirekt mit der Durchführung der Verfolgungsmaßnahmen zu betrauen, die hier freilich noch im Rahmen polizeistaatlicher Überwachung und Dirigierung der Vereinstätigkeit steht und gekoppelt ist mit dem Ziel der Auswanderung, noch nicht mit dem der Austreibung.

Hans Mommsen

Dokument Nr. 1*

Staatsministerium des Innern

Der Politische Polizeikommandeur Bayerns

B. Nr. 10511/34 I 1 B. München, den 20. März 1934

An alle Polizeidirektionen,
Staatspolizeiämter,
Bezirksämter (mit je einem 2. Exemplar für die Sonderbeauftragten[1],
Stadtkommissare,
nachr. an die Kreisregierungen (mit je einem 2. Exemplar für die Sonderbevollmächtigten des OSAF[2].

Betrifft: Genehmigung der Betätigung jüdischer Organisationen.

Die Ausnahmen von dem Betätigungsverbot der Bayer. Polit. Polizei für jüdische Organisationen vom 19. VII. 1933[3] werden dahingehend erweitert, daß dem „Reichsbund jüd. Frontsoldaten" und den jüdischen Jugendorganisationen, die einem der dem Landesausschuß Bayern des Reichsausschusses der jüd. Jugendverbände unterstellten jüd. Jugendverbände eingegliedert sind, eine Betätigung, jedoch nur unter Auflagen, wieder gestattet wird.

Bei der Zulassung zur Betätigung sind allgemein folgende Auflagen zu machen, die nach den örtlichen Verhältnissen in engen Grenzen erweitert werden können.

1. Der Verein darf keinerlei politische Zwecke verfolgen. Die Vorstandschaft haftet ferner dafür, daß innerhalb des Vereins keine Politik getrieben wird. Falls einzelne Mitglieder trotz des Verbotes sich innerhalb des Vereins politisch betätigen, erfolgt Auflösung des Vereins.
2. Mitglieder des Vereins dürfen nur solche Personen sein, die ihrer Abstammung nach der jüdischen Rasse angehören.
3. Der Vorsitzende entscheidet über die Aufnahme der aktiven und passiven Mitglieder. Er hat von dieser Entscheidung die zur Aufnahme Angemeldeten unter Angabe von Familien- und Vornamen, Geburtszeit und -Ort, sowie Wohnort, der zuständigen Polizeibehörde zu melden und trifft seine Entscheidung erst dann, wenn ihm deren Stellungnahme bezüglich der Aufzunehmenden zugegangen ist.
   Die Liste der dem Verein angehörenden aktiven und passiven Mitglieder ist mit den oben angeführten Daten der zuständigen Polizeibehörde vorzulegen.

* Bei den nachfolgenden Dokumenten handelt es sich um Rundverfügungen der Bayerischen Politischen Polizei an die nachgeordneten Behörden, hier aus den Akten des Stadtrats Neu-Ulm entstammend (Document Center, Arch. Nr. 1722–1727, Stadtrat Neu-Ulm). Die Richtigkeitsparaphen und Eingangs- und Ausgangsvermerke sind weggelassen.

[1] Sonderbeauftragte der Bezirksämter sind die von der NSDAP beigeordneten Vertreter, die ohne eigentliche Ermächtigung fungierten, aber mehr oder minder von den Staatsbehörden anerkannt wurden (vgl. Bracher/Sauer/Schulz a. a. O. S. 462).

[2] Sonderbevollmächtigte des OSAF (Oberster SA-Führer) als Vertreter der Partei in den Kreisregierungen.

[3] Die Anordnung fehlt in dem im Institut für Zeitgeschichte vorhandenen Bestand.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

4. Der Austritt eines Mitgliedes aus dem Verein ist der Polizeibehörde mitzuteilen.
5. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, Anträgen der Polizeibehörde auf Ausschluß von Mitgliedern bedingungslos nachzukommen.
6. Anordnungen der Polizeibehörde über Geschäftsführung, Vereinstätigkeit und Sportausübung sind unbedingt Folge zu leisten.

Ferner besteht keine Erinnerung gegen die Gründung allgemeiner jüd. Turn- und Sportvereine ohne innerjüdisch-parteiliche Bindung, jedoch ist innerhalb eines Ortes nur ein Verein zuzulassen.

Dem zu gründenden Verein sind die gleichen Auflagen wie den eingangs genannten Organisationen zu machen. Die Wiederzulassung der früher bestandenen jüd. Turn- und Sportvereine mit bestimmter innerjüdischer Richtung ist zu versagen.

Vollständige Mitgliederlisten der hiernach zur Betätigung wieder zugelassenen jüd. Organisationen – nach Organisationen getrennt – unter Beifügung der kurzen Personalien der einzelnen Mitglieder sind vorzulegen. Außerdem ist fortdauernd über den Stand der Mitgliederbewegung zu berichten.

Der Beauftragte des Jugendführers des Deutschen Reiches für das Land Bayern, der Beauftragte des Reichssportführers bei der Bayer. Staatsregierung, die Geschäftsstelle des Landesausschusses Bayern des Reichsausschusses der jüd. Jugendverbände[4] und der Vorsitzende des Landesverbandes Bayern des „Reichsbundes jüd. Frontsoldaten" werden über die für sie in Frage kommenden Punkte dieser Regelung von hier aus in Kenntnis gesetzt.

gez. Heydrich

Dokument Nr. 2

Bayerische Politische Polizei — München, den 28. Jan. 1935

An alle Polizeidirektionen,
Staatspolizeiämter,
Bezirksämter,
Stadtkommissare,
nachr. an die Kreisregierungen.

Betreff: Jüdische Jugendverbände.
Vorgang: Entschl. vom 19. 12. 34, B. Nr. 36420/34 I 1 B[5].

Die Tätigkeit der zionistisch eingestellten jüd. Jugendorganisationen, die sich mit der berufl. Umschichtung[6] von Juden zu Landwirten und Handwerkern vor ihrer Auswanderung nach Palästina befassen, liegt im Sinne der nationalsozialistischen Staatsführung. Wo es die auf diese Berufsumschichtung abgestellte Tätigkeit erforder-

[4] Vgl. unten Dokument Nr. 14.

[5] Nicht abgedruckt. Sieht das Verbot des öffentlichen Uniformtragens für jüdische Jugendverbände vor, desgleichen von Gelände- und wehrpolitischen Übungen und Märschen in Kolonnen, erlaubt bloß zwanglose Spaziergänge und Ausflüge. Entsprechende VO des Berliner Polizeipräsidenten, auszugsweise in Dokumentensammlung über die Entrechtung, Ächtung und Vernichtung der Juden in Deutschland, o. O. u. J. (Amsterdam 1936, Wiener Library), S. 191; schon am 23. 4. 1934 verfügte die Münchner Polizeidirektion ein Uniformverbot für konfessionelle Jugendverbände, vgl. Neuhäusler a. a. O., S. 170.

[6] Vgl. zur Umschichtung A. Szanto: Economic Aid in the Nazi Era. The work of the Berlin Wirtschaftshilfe. Publications of the Leo Baeck-Institute, Year-Book IV, 1939, S. 214ff.; Rudolph Stahl: Vocational Retraining of Jews in Nazi Germany 1933–1938; in: Jewish Social Studies I, 1939, S. 169ff.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich macht, wird es anheimgestellt, Ausnahmen gegenüber den in der Entschließung vom 19. 12. 34, B. Nr. 36420/34 I 1 B, niedergelegten Bestimmungen in eigener Zuständigkeit zuzulassen. Jedenfalls sind die Bundesmitglieder der zionistischen Verbände[7] im Hinblick auf die auf Abwanderung nach Palästina gerichtete Tätigkeit nicht mit derjenigen Strenge zu behandeln, wie sie gegenüber den Angehörigen der sogen. deutsch-jüdischen Organisationen (Assimilanten) notwendig ist[8]. Es obliegt natürlich der eine Ausnahme genehmigenden Stelle nachzuprüfen, ob die Berufsumschichtung auch tatsächlich mit dem Ziele der Auswanderung erfolgt.

I. A.
gez. Klein

Dokument Nr. 3

Bayerische Politische Polizei — München, den 20. Februar 1935
B. Nr. 17186/35 I 1 B.

An alle Polizeidirektionen[9],

. . .

Betreff: Versammlungen jüdischer Organisationen.

In letzter Zeit mehrt sich die Zahl der Vorträge in jüdischen Organisationen[10], in denen Propaganda für das Verbleiben der Juden in Deutschland getrieben wird. Da ohnehin die Versammlungstätigkeit der Juden sehr rege ist und eine ordnungs-

[7] Sie waren wie die übrigen jüdischen Jugendorganisationen seit 1924 im „Reichsausschuß der Jüdischen Jugendverbände" zusammengeschlossen. Die eigentliche Initiative lag jedoch bei dem Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau (vgl. Giora Lotan: Die Zentralwohlfahrtsstelle, Publ. of the Leo Baeck Institute, Year-Book IV, S. 194ff. Von zionistischer Seite wurde dem Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände ein Mangel an Initiative vorgeworfen (vgl. Jüdische Rundschau Nr. 12 v. 12. 2. 1935).

[8] Der Inhalt des Dokuments ist durch die Presse bekanntgeworden, was von jüdischer Seite dahin kommentiert wurde, daß die Berufsumschichtung unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Jugendverbände angestrebt werden „müsse" (vgl. Jüdische Rundschau Nr. 21 v. 12. 3. 1935).

[9] Verteiler wie in Dokument Nr. 2 , ebenso in allen folgenden Dokumenten (. . .).

[10] Dieser Stimmungsumschwung ist nicht zuletzt durch verschiedentliche beruhigende Erklärungen von offizieller deutscher Seite bedingt gewesen, die aus außenpolitischen Rücksichten eine grundlegende Erweiterung der bisherigen Verordnungen und Gesetze mit Ausnahme des Rassenschutzes dementierten. Vgl. etwa den Kommentar „Sind Juden Staatsbürger?" in der Jüdischen Rundschau Nr. 4 v. 11. 1. 1935 zu einem Presseinterview des Reichsinnenministers Frick (in dem von der Lösung des Saarproblems eine Entspannung erwartet wurde). Es ist bemerkenswert, daß auch von zionistischer Seite der Gedanke an einen möglichen neuen Abschnitt der Entwicklung des Judentums verbreitet war (vgl. auch Jüdische Rundschau Nr. 5 v. 15. 1. 1935: „Nach dem 13. Januar"). Ende 1934 trat Joachim Schoeps mit dem Programm des „Vortrupp" hervor (Wille und Weg des deutschen Judentums, Vortrupp-Verlag, Berlin 1935), das noch einmal den Versuch unternahm, die Chancen eines korporativen jüdischen Minderheitenrechts im Rahmen eines jüdischen Staatsaufbaues auszunützen. Es war die Programmschrift des vorübergehend gebildeten „Aktionsausschusses Jüdischer Deutscher", dem der RjF, der Deutsche Vortrupp und der Verband Nationaldeutscher Juden angehörten und hinter dem auch der CV stand. Vgl. den Kommentar der Jüdischen Rundschau Nr. 101 vom 18. 12. 1934 von Ernst Simon: Der Zionismus und das deutsche Judentum. Ferner: H. J. Schoeps, Die letzten dreißig Jahre, Rückblicke. Stuttgart 1956, S. 98ff. sowie Lamm a.a.O., S. 162ff.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gemäße Überwachung solcher Versammlungen nicht gewährleistet[11] ist, wird mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß sämtliche Versammlungen jüdischer Organisationen, soweit in ihnen Propaganda für das Verbleiben der Juden in Deutschland gemacht werden soll, bis auf weiteres zu verbieten sind.

I. A.
gez. Brunner

Dokument Nr. 4

Bayerische Politische Polizei
B. Nr. 17861/35 I. 1 B.

München, den 5. April 1935
Vertraulich!

...

Betreff: Versammlungen jüdischer Organisationen.
Vorgang: Diess. Entschl. B. Nr. 17186/35 I 1 B v. 20. 2. 35.

In Ergänzung der im Vorgang[12] angezogenen Entschließung wird darauf hingewiesen, daß eine Bekanntgabe der für diese Entschließung maßgebend gewesenen Verbotsgründe an die jüdischen Organisationen unerwünscht ist[13]. Beim Vorliegen der Voraussetzungen sind Versammlungen deutsch-jüdischer Organisationen in eigener Zuständigkeit zu untersagen und die örtlichen Verhältnisse zum Gegenstand des Verbots zu machen.

I. A.
gez. Klein

Dokument Nr. 5

Bayerische Politische Polizei
B. Nr. 17929/35 I 1 B.

München, den 13. April 1935
Vertraulich!

...

Betreff: Uniformen der Jugendgruppen der Staatszionisten.

Der Staatszionistischen Organisation[14] wurde ausnahmsweise und stets widerruflich die Genehmigung erteilt, den Mitgliedern ihrer Jugendgruppen „Nationale Jugend Herzlia“[15] und „Brith Haschomrim“ das Tragen von Uniformen in geschlossenen Räumen zu gestatten.

Die Genehmigung wurde in Abweichung von der Entschließung vom 19. XII. 1934, B. Nr. 36420/34 I 1 B.[16], mit der den Angehörigen der jüdischen Jugendverbände das Tragen von Uniformen und uniformähnlichen Kleidungsstücken verboten wurde, erteilt, weil die Staatszionisten sich als diejenige Organisation erwiesen haben, die auf jede auch illegale Weise versucht hat, ihre Mitglieder nach Palästina zu schaffen und die durch ihre ernstlich auf Abwanderung gerichtete Tätigkeit der Absicht der Reichsregierung, die Juden aus Deutschland zu entfernen, entgegenkommt. Die Möglichkeit, eine Uniform tragen zu können, soll den Angehörigen der deutsch-

[11] Eines der traditionellen Argumente für polizeiliche Verbote mißliebiger Versammlungen.

[12] Bezieht sich auf Dokument Nr. 3.

[13] Über die Rückwirkungen des Bekanntwerdens des Verbots vgl. oben S. 72.

[14] In der Staatszionistischen Organisation schlossen sich im Mai 1933 die Deutschen Zionisten-Revisionisten und die Judenstaatspartei zusammen. In ihrer extremen Verfechtung der nationaljüdischen Idee standen sie am äußersten rechten Flügel der zionistischen Bewegung.

[15] Die „Nationale Jugend Herzlia“ und der „Brith Haschomrim“ sind Nachwuchsorganisationen der Staatszionistischen Organisation und gehen aus den älteren revisionistischen Jugendgruppen hervor. Vgl. dazu das vom Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände herausgegebene Sammelwerk: Gemeinschaftsarbeit der jüdischen Jugend, Berlin 1937.

[16] S. oben S. 78, Anm. 5.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jüdischen Jugendorganisationen einen Anreiz geben, den Staatszionistischen Jugendgruppen beizutreten, in denen sie vermehrt zur Abwanderung nach Palästina angehalten werden.

Um eine Beunruhigung der Bevölkerung zu vermeiden, ist die Erlaubnis ausdrücklich nur für geschlossene Räume mit der Maßgabe erteilt worden, daß die Uniform nicht außerhalb der Versammlungs- und Tagungslokale, insbesondere auch nicht unter der Zivilkleidung, getragen werden darf[17].

Es ist bis zum 15. Juli 1935 zu berichten, welche Erfahrungen in dieser Hinsicht bei den örtlichen Dienststellen gemacht worden sind.

I. A.
gez. Brunner

Dokument Nr. 6

Bayerische Politische Polizei
B. Nr. 18742/2/35 I 1 B.

München, den 21. Juni 1935

...

Betreff: Versammlungstätigkeit der Juden.

In letzter Zeit ist eine erhebliche Steigerung der Tätigkeit der sogen. deutschjüdischen Organisationen (Assimilanten) beobachtet worden. Veranlassung hierzu gab ihnen insbesondere die Wehrgesetzgebung, bei der sie eine Gelegenheit erhofft hatten, sich wieder dem deutschen Volkstum zu nähern[18].

Die starke Versammlungstätigkeit der Juden kann in Zukunft in dem bisherigen Maße nicht geduldet werden. Wo es die örtlichen Verhältnisse erforderlich machen, wird anheim gestellt, Versammlungen jüdischer Organisationen auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. 2. 1933[19] zu verbieten. Auf die Entschließung der Bayerischen Politischen Polizei vom 20. 2. 35 B. Nr. 17186/35 I 1 B[20] wird hingewiesen. In Frage kommen hierbei in erster Linie die Veranstaltungen der deutschjüdischen Organisationen.

Von einem allgemeinen Verbot sind auszunehmen:

1. Versammlungen und Veranstaltungen der örtlichen Kultur-Organisationen, soweit sie dem Reichsverband der jüdischen Kulturbünde in Deutschland angeschlossen sind[21].

---

[17] Vgl. ebenda.

[18] Nach § 15 des Wehrgesetzes vom 21. 5. 1935 (RGBl. I 609) waren bezüglich der grundsätzlichen Ausschließung nichtarischer Staatsbürger vom aktiven Wehrdienst Ausnahmen vorgesehen, die bei den deutsch-jüdischen Gruppen gewisse Hoffnungen entfachten, für einen Teil der Juden die Zulassung zum Wehrdienst zu erreichen. Erst durch die Verordnung über die Zulassung von Nichtariern zum aktiven Wehrdienst vom 25. 7. 1935 (RBGl. I, 1047) wurden die in der Beamtengesetzgebung noch gültigen Ausnahmen widerrufen und Ausnahmen nur für Personen vorgesehen, die nicht mehr als zwei voll nichtarische Großelternteile hatten. Im übrigen wurde der Arierparagraph der späteren Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz zugrundegelegt, so daß die Novelle zum Wehrgesetz vom 26. 6. 1936 keine Ausnahmebestimmungen mehr vorsah. Zur Haltung der deutsch-jüdischen Gruppen vgl. die scharfe Kritik Heydrichs im Schwarzen Korps vom 15. Mai 1935, zur Stellungnahme der jüdischen Verbände vgl. Jüdische Rundschau Nr. 49 vom 18. 6. 1936, die sich ausdrücklich gegen das Organ des RjF „Schild" wendet, welches am 14. 6. dazu aufgefordert hatte, die Möglichkeit der Antragstellung trotz entgegenstehender Erklärungen des Generalmajors v. Reichenau in jedem Falle auszunützen.

[19] RGBl. 1933 I, 83; vgl. oben S. 72.

[20] Dokument Nr. 3.

[21] Nachdem der im Frühsommer 1933 gegründete Berliner Kulturbund in einer Reihe von

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Versammlungen der Mitglieder der Sportorganisationen und sportliche Veranstaltungen, soweit eine besondere Einschränkung nicht befohlen ist oder wird[22].
3. Versammlungen und Veranstaltungen der Zionistischen Organisationen.

Sofern jedoch Veranstaltungen, insbesondere der vorstehend zu 1 und 2 genannten Verbände zur Tarnung benutzt werden und in ihnen offen oder versteckt Propaganda für das Verbleiben der Juden in Deutschland gemacht werden sollte, sind auch sie sofort aufzulösen und bis auf weiteres zu verbieten.

I. V.
gez. Stepp

Dokument Nr. 7

Bayerische Politische Polizei
B. Nr. 18834/35 I 1 B

München, 21. Juni 1935

...

Am Dienstag, den 28. Mai 1935 veranstaltete die israel. Kultusgemeinde Speyer in der Synagoge einen Werbeabend für das Hilfswerk der deutschen Juden[23]. Es sprach Dr. Felix Heimann[24] (geb. 15. 9. 96 in Ratibor) vom Jüdischen Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau in Berlin[25]. Die Ausführungen des Redners hielten sich nicht im Rahmen der versammlungspolizeilichen Richtlinien (vgl. Rundschreiben der Bayer. Polit. Polizei vom 20. 2. 35 Nr. 17186/35 I 1 B betr. Propaganda für das Verbleiben der Juden in Deutschland)[26].

Vortragsabende mit Dr. Felix Heimann als Redner sind daher nicht mehr zuzulassen.

I. V.
gez. Beck

Dokument Nr. 8

Bayerische Politische Polizei
B. Nr. 19052/35 I 1 B.

München, den 9. Juli 1935
Eilt!

...

Betreff: Geldsammlung der Zionisten.

Von den zionistischen Organisationen werden seit einiger Zeit bei ihren Mitgliedern

---

deutschen Städten gleichartige, aber selbständige Vereinigungen errichtet hatte (insges. 56 Kulturbünde in 49 verschiedenen Gemeinden), kam es auf einer Tagung 27./28. 4. 1935 zum Zusammenschluß der jüdischen kulturellen Organisationen unter dem Vorsitz Kurt Singers und in der Anwesenheit eines Vertreters der Staatspolizei (vgl. Jüdische Rundschau Nr. 38 vom 10. 5. 1935).

[22] Vgl. Dokument Nr. 14 und 15.

[23] Identisch mit der Tätigkeit des Zentralausschusses der deutschen Juden, seit Ende 1935 mit dem Jüdischen Winterhilfswerk.

[24] Dr. Felix Heimann war nach dem ersten Weltkrieg für den CV tätig und machte sich nach 1933 als Werber für den Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau einen Namen. Er ist in Deutschland umgekommen, nachdem er alle Auswanderungsmöglichkeiten ausgeschlagen hatte, was auf der Linie seiner 1935 vertretenen Auffassungen lag.

[25] Der Zentralausschuß für deutsche Juden für Hilfe und Aufbau wurde im April 1933 im Rahmen der Reichsvertretung als Zentrale Körperschaft der Jüdischen Sozial- und Auswanderungsfürsorge begründet und befaßte sich neben den Unterstützungsfragen mit der Umschichtung und Umschulung sowie mit der Auswanderung nach den nichtpalästinensischen Ländern.

[26] Vgl. Dokument Nr. 3.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Sympathisierenden Geldsammlungen zur Förderung der Auswanderung, zum Bodenkauf in Palästina und zur Unterstützung des Siedlungswesens in Palästina durchgeführt[27]. Diese Geldsammlungen sind nicht genehmigungspflichtig, weil sie in einem enggeschlossenen Kreis von Juden veranstaltet werden. Auch von staatspolizeilicher Seite bestehen gegen diese Veranstaltungen keine Bedenken, zumal es sich um solche Fonds handelt, mit deren Hilfe die praktische Lösung der Judenfrage gefördert wird. Neuerdings hat die staatszionistische Organisation, die besonders erfolgreich auf dem Gebiete der Umschulung und Abwanderung tätig ist, die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Sammlung „Keren Hamenorah"[28] erbeten mit der Begründung, daß die hieraus erworbenen Geldmittel uneingeschränkt der Umschichtung und Förderung der Auswanderung nach Palästina dienen sollen.

Die Geldsammlung der staatszionistischen Organisation für den Keren Hamenorah ist zu gestatten und die unterstellten Dienststellen davon zu unterrichten, daß diese Geldsammlungen als nicht öffentliche nicht genehmigungspflichtig sind.

I. A.
gez. Klein

Dokument Nr. 9

Bayerische Politische Polizei
B. Nr. 19106/I/35 I 1 B.

München, den 30. Okt. 1935

...

Betreff: Redeverbot.

Das am 17. 7. 1935 über den Juden, Rechtsanwalt Dr. Georg Lubinski[29], verhängte Verbot der rednerischen und schriftstellerischen Betätigung wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Die Aufhebung ist erfolgt, weil Lubinski[30] als ausgesprochener Anhänger der zionistischen Idee sich verpflichtet hat, die Auswanderung der Juden in Zukunft restlos zu propagieren. Die Tat, durch die das Verbot verursacht worden ist, erscheint durch die Dauer des Redeverbots hinlänglich gesühnt.

I. A.
gez. Klein

---

[27] Es handelt sich um Sammlungen im Zusammenhang mit dem Aufbau des Jüdischen Nationalfonds (Keren Kajemieth Lejisrael), die in Deutschland auf Grund der indirekten Unterstützung durch die Behörden 1935/36 ihre höchsten Einnahmen erzielen konnten (vgl. Richard Lichtheim: Die Geschichte des deutschen Zionismus, Jerusalem 1954, S. 263 f.).

[28] Eine parallele Sammlungsaktion der rechts von den zionistischen Organisationen stehenden revisionistischen Staatszionisten.

[29] Im Original irrtümlich geschrieben Lublinski.

[30] Georg Lubinski war Mitbegründer des Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, dessen Arbeit er seit Ende 1934 an erster Stelle übernahm und für dessen enge Zusammenarbeit mit der Reichsvertretung er sich eingesetzt hat. Als Sozialpolitiker war er ein energischer Anhänger der beruflichen Umschichtung und befaßte sich mit diesen Fragen auch im Rahmen der jüdischen Erwachsenenbildung (vgl. E. Simon: Aufbau im Untergang, Tübingen 1959, S. 58 sowie den Artikel Lubinskis (Giora Lotans): The Zentralwohlfahrtstelle, Publications of the Leo Baeck-Institut, Year-Book IV 201 ff.). Er ging 1938 nach Israel und ist heute unter dem Namen Giora Lotan Direktor der Sozialversicherung Israels und Generaldirektor des Wohlfahrtsministeriums.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument Nr. 10

Bayerische Politische Polizei
B. Nr. 60453/35 I 1 B.

München, den 3. Dez. 1935

...

Betreff: Redeverbot.

Dem Schriftleiter der Zeitung „Schild" des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Dr. Hans Wollenberg[31], Berlin, Metzstr. 81, wird für den Bereich des Landes Bayern bis auf weiteres jedes Auftreten in öffentlichen und geschlossenen jüdischen Veranstaltungen untersagt.

Gründe: Wollenberg hat sich in letzter Zeit auf verschiedenen Versammlungen des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten in einem solchen Maße für das Verbleiben der Juden in Deutschland eingesetzt, daß seine weitere Tätigkeit geeignet ist, die Maßnahmen der Reichsregierung hinsichtlich der Judenfrage in erheblichem Maße zu schädigen.

I. V.
gez. Stepp

Dokument Nr. 11

Bayerische Politische Polizei
B. Nr. 17388/35 I 1 B.

München, den 6. März 1935

...

Betreff: Hissen der Reichsflaggen durch Juden.

Hier ist mehrfach die Frage aufgeworfen worden, ob es den Juden gestattet werden soll, an ihren Wohnungen und Häusern die deutschen Flaggen zu zeigen. Es wurde festgestellt, daß z. B. jüdische Kaufhäuser die Hakenkreuzflagge hißten und dadurch Unruhe in der Bevölkerung herbeiführten.

Da nach den nationalsozialistischen Grundsätzen Juden nicht zur deutschen Volksgemeinschaft zählen, ist das Zeigen der Hakenkreuzflagge durch sie unangebracht. Auch kann ihnen die Beflaggung mit der schwarz-weiß-roten Flagge nicht zugestanden werden.

Die Beachtung dieser Grundsätze ist mit den hierfür geeignet erscheinenden Maßnahmen allmählich durchzusetzen[32].

I. A.
gez. Klein

Dokument Nr. 12

Bayerische Politische Polizei
B. Nr. 18198/35 I 1 B.

München, den 20. Mai 1935
Vertraulich!

...

Betreff: Hissen der Reichsflaggen durch Juden.

---

[31] Hans Wollenberg wurde nach dem Verlust seiner Stellung als Filmredakteur und Herausgeber der „Lichtbildbühne" Berlin 1933 Schriftleiter der Zeitschrift „Schild", die energisch für die deutschbewußten Juden eintrat. Dazu vgl. Max Gruenewald: The Beginning of the Reichsvertretung, in: Publications of the Leo Baeck Institute, Year Book I (1956) S. 62ff. Wollenberg emigrierte 1938 nach England und starb 1952 in London.

[32] Gleichlautende Verfügungen der Geheimen Staatspolizeistellen ergingen unregelmäßig und wurden gelegentlich in der Presse mitgeteilt (vgl. die Notiz in der Jüdischen Rundschau Nr. 18 vom 1. 3. 1935 und den Leitartikel in Nr. 19 vom 5. 3. 1935. Vgl. Dokument Nr. 12).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Nachgang zur Entschließung der Bayerischen Politischen Polizei vom 6. März 1935 B. Nr. 17388/35 I 1 B[33] und in Ausführung des Erlasses des Herrn Reichsministers des Innern vom 27. 4. 1935[34] wird hiermit folgendes angeordnet:

„Größere Betriebe, insbesondere Fabriken, die sich in jüdischen Händen befinden und deren Belegschaft sich ausschließlich oder zum weitaus größten Teil aus Ariern zusammensetzt, sind berechtigt, bei besonderen Anlässen, insbesondere an nationalen Feiertagen, die Reichsflaggen zu hissen. Nach Möglichkeit soll in diesen Betrieben die NSBO.-Flagge aufgezogen werden. Nur wo eine solche nicht vorhanden sein sollte oder es ausdrücklich von der Belegschaft gewünscht wird, kann die Hakenkreuzflagge gehißt werden. Das Hissen selbst darf jedoch nicht durch den jüdischen Betriebsführer oder seinen Stellvertreter vorgenommen werden, sondern hat durch Mitglieder der arischen Belegschaft zu erfolgen. Für die Wohnungen der jüdischen Geschäftsinhaber und Betriebsführer gilt nach wie vor Flaggenverbot (Abs. II d. Entschl. vom 6. 3. 35).

Kleineren jüdischen Geschäften und größeren Betrieben mit überwiegend nichtarischer Belegschaft ist das Hissen der Reichsflaggen in jedem Falle zu untersagen."

I. V.
gez. Stepp

Dokument Nr. 13

Bayerische Politische Polizei — München, den 11. März 1935
B. Nr. 17422/35 I 1 B.

. . .

Betreff: Vereinsabzeichen jüdischer Sportvereine.

Mit Rücksicht auf außenpolitische Fragen hat der Herr Reichssportführer nach Einholung der Zustimmung des Herrn Reichsministers des Innern die Bildung eines einheitlichen Reichsausschusses der jüdischen Turn- und Sportvereine angeordnet[35] und den dem Reichsausschuß angeschlossenen Vereinen die Vorbereitung und Beteiligung an der Olympiade 1936 zugesichert.

Gegen das Tragen von Vereinsabzeichen jüdischer Sportverbände durch aktive Mitglieder der der Reichsvertretung angeschlossenen jüd. Sportorganisationen sollen z. Zt. keine grundsätzlichen Bedenken erhoben werden[36]. Bei Anfragen von Vertretern der in Frage stehenden Sportorganisationen sind diese gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß das öffentliche Zeigen dieser Vereinsabzeichen die Gefahr von Ausschreitungen gegen ihre Träger in sich birgt und daher tunlichst Zurückhaltung geboten ist.

I. A.
gez. Klein

Dokument Nr. 14

Bayerische Politische Polizei — München, den 1. Sept. 1935
B. Nr. 19625/35 I 1 B.

. . .

[33] Dokument Nr. 11.

[34] Erlaß nicht veröffentlicht, aber auszugsweise in der Presse mitgeteilt (vgl. Jüdische Rundschau Nr. 35 vom 30. 4. 1935).

[35] Vgl. Dokument 14.

[36] Die Bedeutung der Vereinsabzeichen lag nicht zuletzt darin, daß ohne sie die jüdischen Sportler dem Verdacht ausgesetzt waren, sich als arische Sportler zu tarnen, was nahe lag, um den zahlreichen Beschränkungen zu entgehen.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Betreff: Jüdische Sportabteilungen u. deren Betätigung.
Beilage: 1 Anweisung.

Nach Mitteilung des Herrn Reichssportführers ist die den jüdischen Sportorganisationen zur Vorbereitung der Teilnahme an der Olympiade 1936 zugesicherte Sportausübung und Austragung von Wettkämpfen in Bayern dadurch behindert, daß dort der Reichsausschuß jüdischer Sportverbände nicht anerkannt und lediglich der Landesausschuß jüdischer Sportverbände für Bayern zugelassen ist, in dem Assimilanten und Zionisten zusammengefaßt sind[37]. Dieser Landesausschuß ist von den internationalen jüdischen Sportorganisationen[38] nicht anerkannt, so daß Wettkämpfe jüdischer Sportorganisationen mit den zum Landesausschuß gehörenden ausgeschlossen sind.

Nach Ansicht des Herrn Reichssportführers stellt diese Maßnahme eine Behinderung der ihm aufgetragenen Durchführung der Olympiade 1936 dar.

Um die reibungslose Abwicklung der Vorarbeiten für die Olympiade nicht zu hemmen, und um der jüdischen Auslandshetze den Boden zu entziehen[39], wird den Makkabi-Organisationen und dem Sportbund des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten[40] in Bayern bis zur Olympiade 1936 die sportliche Betätigung erlaubt, ohne daß es einer Auflösung des Landesausschusses jüdischer Sportvereine in Bayern bedarf.

Eine generelle Regelung des jüdischen Sports wird nach Ablauf der Olympiade erfolgen.

I. V.
gez. Stepp

Bayerische Politische Polizei — München, den 1. Sept. 1935
B. Nr. 19625/35 I 1 B.

Betrifft: Jüdische Sportabteilungen und deren Betätigung.

Die antisemitischen Ausschreitungen der letzten Zeit sind in der ausländischen Presse aufgebauscht wiedergegeben worden. Das jüdisch beeinflußte Ausland hat diese übertriebenen Nachrichten zum Anlaß genommen, die Durchführung der Olympiade 1936 in Berlin in Zweifel zu stellen. So ist bereits aus interessierten Auslandskreisen dem Herrn Reichssportführer der Vorschlag zu Verhandlungen mit der versteckten Absicht gemacht worden, die Olympiade nach Rom oder in eine andere Weltstadt zu verlegen.

Nach dem Willen des Führers soll die Olympiade 1936 jedoch unter allen Umständen in Berlin stattfinden. Um ihre Durchführung nicht zu gefährden, erscheint es angebracht, den dem Reichsausschuß jüdischer Sportverbände angeschlossenen Sportkreisen in Deutschland der von dem Herrn Reichssportführer zugesagten Betätigung bis zur Durchführung der Olympiade nach Möglichkeit Hindernisse nicht in den Weg zu legen.

Es ist wiederholt berichtet worden, daß örtliche Stellen den jüdischen Sport durch Verbote und örtliche Auflagen unmöglich machten[41]. Diese Behinderung erscheint im Hinblick auf die gegenwärtige Lage insbesondere bezüglich der dem Reichsausschuß angehörenden Vereine des Makkabi Kreises und des RjF. unangebracht.

[37] Vgl. Dokument 1, wonach in jedem Ort nur ein Verein zugelassen war.

[38] Dem zionistischen Makkabi-Weltverband.

[39] Vgl. Lamm a. a. O., S. 100 sowie „Der gelbe Fleck", Paris 1936. S. 194.

[40] Vgl. oben S. 75.

[41] Material zur örtlichen Sportausübung in: „Der gelbe Fleck", S. 188ff. Vgl. auch Dokumentensammlung a. a. O., S. 147.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zur Sicherung der Durchführung der Olympiade 1936 wird bezüglich der Sportausübung der dem Reichssauschuß jüdischer Sportvereine angehörenden Sportkreise bestimmt:

1. Jüdischen Sportorganisationen soll die Betätigung auf eigenen Sportplätzen nicht behindert werden. Wo ermietete Hallen oder Plätze benutzt werden, ist im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen eine Regelung dahin zu treffen, daß die sportlichen Übungen und der Zu- und Abgang zu den Sportstätten ohne nähere Berührung mit den Nichtjuden reibungslos gesichert ist.
2. Der Austragung von Meisterschaften und die Veranstaltung von Wettkämpfen jüdischer Sportvereine untereinander sollen polizeilicherseits nach Möglichkeit Schwierigkeiten nicht bereitet werden, sofern sich diese Veranstaltungen in angemessenen Grenzen halten, Nichtjuden hierzu keinen Zutritt haben und Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit nicht zu erwarten sind.
3. Jüdischen Schwimmabteilungen ist nach Möglichkeit eine beschränkte Betätigung etwa derart zu geben, daß ihnen an bestimmten Tagen bzw. Abenden die Benutzung von Schwimmgelegenheiten unter der Bedingung freigestellt wird, daß sich die Juden getrennt von Nichtjuden unter sich befinden.

Dokument Nr. 15

Bayerische Politische Polizei — München, den 19. Okt. 1935
B. Nr. 58242/35 I 1 B.

...

Betreff: Judengegnerische Tafeln und Aufschriften.

Es ist unverzüglich dafür zu sorgen, daß judengegnerische Tafeln und Aufschriften, die einen strafrechtlichen Tatbestand erfüllen oder streifen, unter allen Umständen entfernt werden[42].

Hierunter fallen vor allem Aufschriften wie „Juden betreten den Ort auf eigene Lebensgefahr", „Juden hinaus sonst..." und ähnliche mit einer Drohung verbundene Aufforderungen. Außerdem sind auch geschmacklose Darstellungen, z. B. Galgen, an denen ein Jude hängt, Karikaturen, auf denen ein Jude mit Gewalt hinausbefördert wird, und dergleichen zu beseitigen.

Nicht zu beanstanden sind Tafeln und Aufschriften, durch die lediglich zum Ausdruck gebracht wird, daß Juden unerwünscht sind.

Die zuständigen Parteidienststellen sind von dieser Anweisung zu verständigen[43].

I. V.
gez. Stepp

[42] Vgl. Der gelbe Fleck, S. 160ff. sowie Dokumentensammlung a. a. O., S. 148ff.

[43] Für die Organisation der antijüdischen Beschilderung vgl. das im „Gelben Fleck" S. 167 mitgeteilte Rundschreiben des Bezirkspropagandabüros der NSDAP Südhannover vom 28. Juli 1935.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WIDERSTANDSRECHT UND WIDERSTANDSPFLICHT

Vorbemerkung

Anläßlich einer Münchener Diskussion über das Widerstandsrecht schrieb ein damals fast 80jähriger Berliner Rechtsanwalt in einem Brief vom 2. Juni 1958: „Entscheidend ist m. E. nicht das Recht zum Widerstand, sondern *die Pflicht zum Widerstand* in allen Fällen, in denen Unrecht droht oder Unrecht geschieht, von welcher Seite es auch ausgeht." Zur Erläuterung fügte der Briefschreiber einige Beispiele hinzu und fuhr fort: „Alle diese Menschen haben die Pflicht zum Widerstand erkannt und auch zu einem großen Teil in die Tat umgesetzt: Tat ist nicht Gewalt, sondern Handeln in jeder Form, die dem Unrecht entgegen arbeitet, und diese Form paßt sich den Umständen an und wechselt mit ihnen. Sie kann im Ausnahmefall Gewalt und Attentat sein, aber ist erfahrungsgemäß viel wirksamer, wenn sie diesen Weg nicht geht. In den Jahren 1933 bis 1945 war die tätige Hilfe für die Verfolgten des Naziregimes durch Rat und Tat, durch finanzielle Zuwendungen, durch Beschaffung der Ausreisemöglichkeiten, durch Ausbildung in Berufen, mit denen die Auswanderer sich draußen forthelfen konnten, durch Verstecken vor dem Zugriff der Gestapo, durch Beschaffung falscher Ausweise, durch Sammeln und Hingabe von Lebensmittelkarten und oft allein durch Beweise von Verständnis und Mitgefühl unendlich wirksamer als die Handlungen, die man im allgemeinen unter Widerstandshandlungen versteht. In all diesen Fällen haben die Menschen Widerstand geleistet, weil es ihre Pflicht war und weil sie diese Pflicht erkannten und nach dieser Erkenntnis zu handeln gezwungen waren. Die Frage nach dem Recht spielte dabei gar keine oder nur eine ganz nebensächliche Rolle. Denn das, was die Regierung als ihr Recht ansah, war für die betreffenden Menschen kein Recht, weil sie zwischen Gesetz aus menschlicher Quelle und dem wahren Recht göttlicher Natur zu unterscheiden wußten. Und in all diesen Fällen des Widerstandes wird ein gerechter Richter, d. h. ein Richter, der zu dem Amt als Richter wirklich berufen und nicht nur ernannt ist, in allen Ländern und in allen Zeiten anerkennen, daß hier pflichtgemäß gehandelt worden ist und es keiner Entschuldigung aus Notstand bedarf..."

Der Briefschreiber, Rechtsanwalt Dr. Ludwig Ruge, war zu solchen Ausführungen auf Grund eigener Haltung und eigener Erfahrung vollgültig legitimiert. Er hat in Berlin zu jenen gehört, die aus der Pflicht zum Widerstand genau die Folgerung tätiger Hilfeleistung an Verfemte als ununterdrückbare Forderung der Humanität gezogen haben, von der in der Briefstelle die Rede ist und die in ihrer Bedeutung sittlicher sowohl praktischer Art ganz gewiß nicht hinter den mehr dramatischen Fällen der Widerstandshandlungen zurückgesetzt werden sollten. Es sei dazu auf die Schilderung der Berliner Gruppe „Onkel Emil" verwiesen, wie sie Ruth Andreas-Friedrich in ihrem Buch „Der Schattenmann" (Berlin 1947 – zuerst englisch unter dem Titel „Berlin Underground" erschienen) gibt. Ferner hat Dr. Ruge in nahen Beziehungen zur Abwehr gestanden und ist als Treuhänder tätig gewesen bei der bekannten Aktion, mit der Oster und Dohnanyi eine Reihe

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gefährdeter jüdischer Personen oder mit Juden verheirateter Personen unter dem Vorwand, daß sie für die Arbeit der Abteilung im Ausland notwendig seien, in die Schweiz hinüberretteten und mit ausreichenden Geldmitteln versahen.

Aus Anlaß seines 80. Geburtstags hat das Haus Ullstein 1959 als Geschenk an den Jubilar einen Privatdruck seiner Lebenserinnerungen in beschränkter Auflage herausgebracht (Ludwig Ruge, Seinen Freunden aus dem Leben erzählt). Der Rezensent in der Neuen juristischen Wochenzeitschrift (12. Jahrg. Heft 12) schreibt dazu: „Ich wage die Behauptung, daß das in das bescheidene Gewand eines Privatdruckes gekleidete Erinnerungsbuch jeden deutschen Anwalt, der Gelegenheit hat, es zu lesen, zur urpersönlichen Gewissensforschung zwingt. Man spricht viel vom Berufsethos des Anwalts, bei Ehrengerichtsverhandlungen und anderen Anlässen. Hier ist ein Berufsethos *betätigt* worden, das Respekt gebietet!"

Aus dem mit diesen Worten sehr zutreffend charakterisierten und auch für den Historiker ob seiner Lebendigkeit und Lebensnähe vielfach interessanten und zudem sehr liebenswerten Büchlein sei hier als Dokumentation ein kurzer Abschnitt („Als Rechtsanwalt auf der Anklagebank und verurteilt") nebst den dazugehörigen beiden Anlagen gebracht, die eindrückliche Zeugnisse einer in Anspruch genommenen und durchgehaltenen Pflicht zum Widerstand sind (a. a. O. S. 159ff. u. 196ff.). Sie beleuchten zudem eine Seite, die Anwalts-Seite des Problembereichs „Justiz im Dritten Reich", für die bisher wenig Dokumentarisches vorliegt. Da es bei dieser Veröffentlichung auf den Zeugnischarakter vor allem ankommt, konnte von einer Einzelkommentierung bezüglich der erwähnten, übrigens zumeist bekannten Personen und Vorgänge abgesehen werden. H. R.

ALS RECHTSANWALT AUF DER ANKLAGEBANK UND VERURTEILT

Am 26. April 1938 verkündete der „Generalfeldmarschall" – tatsächlich hatte er es nur bis zum Hauptmann gebracht – Göring zusammen mit dem Reichsminister des Innern Frick die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden und am gleichen Tage die erste Ausführungsverordnung dazu. Das geschah, als die gesamte übrige Nazi-Regierung sich zu Mussolini begeben hatte, um seine Hilfe bei dem beabsichtigten Kriege zu erreichen.

Göring war von der Angst beherrscht, daß die deutsche Währung eines Tages wertlos werden könne, und sammelte deshalb sogenannte Valutawerte, wie Edelsteine und Kunstgegenstände. Diesem Ziele sollte eine Beschlagnahme des jüdischen Vermögens dienen, die denn auch anschließend an die Verordnung vom 26. April 1938 am 12. November 1938 angeordnet wurde, wobei man diesen Raub als „Sühneleistung" bezeichnete und den zu raubenden Betrag auf 1 Milliarde RM bestimmte. Als Vorwand für diese am 26. April 1938 eingeleitete Aktion verwandte man einen Pistolenschuß im Herbst 1938, den ein zur Verzweiflung getriebener Pole in Paris auf einen Angestellten der deutschen Vertretung abgegeben hatte. Diesem Terrorakt folgten nun in sich überstürzender Folge Rohheitsdelikte der Nazis aller Art.

Zu diesen Maßnahmen gehörten auch Anordnungen, mit denen den Juden jeder Rechtsschutz entzogen werden sollte, indem man den Rechtsanwälten verbot, Juden zu beraten und zu vertreten.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das veranlaßte mich, unter dem 25. November 1938 in aller Form bei dem „Präsidenten" der Rechtsanwaltskammer in Berlin vorstellig zu werden und gegen diesen Rechtsbruch zu protestieren.

Den Text dieser Eingabe füge ich als Anlage hier bei. Als das ergebnislos blieb, ließ ich dieser Eingabe unter dem 23. Januar 1939 eine zweite Vorstellung folgen.

Der Text folgt ebenfalls als Anlage.

Seitdem stand ich unter besonderer Beobachtung. Es blieb den Nazibehörden natürlich nicht verborgen, daß ich als Notar eine umfangreiche jüdische Klientel hatte, was formell zulässig war, weil das Verbot sich nur gegen die Beratung durch Rechtsanwälte richtete und ausdrücklich die Notare von dem Verbot ausnahm. Immerhin glaubten die Behörden im Juli 1943, genügend Material zusammengetragen zu haben, um gegen mich vorgehen zu können. Die Vernehmungen beim Staatsanwalt begannen am 14. Juli 1943, am 11. November 1943 wurde mir die Anschuldigungsschrift des Generalstaatsanwaltes beim Kammergericht vom 23. Oktober 1943 formell zugestellt. Im Termin vom 26. Januar 1944 erging das Urteil dahin:

„Der Beschuldigte ist der anwaltlichen Pflichtverletzung schuldig und wird zu einer Geldbuße von 2000 RM verurteilt."

Dies Ergebnis kam einem Freispruch ziemlich nahe. Das veranlaßte den Generalstaatsanwalt dazu, am 11. März 1944 Berufung einzulegen und sie vor allem mit dem Hinweis auf meine vorerwähnten Eingaben vom 25. November 1938 und 23. Januar 1939 zu begründen, aus denen sich meine staatsgefährdende Gesinnung ja überzeugend ergab.

Der Berufung traten ausdrücklich der Reichsjustizminister, der Vertreter der Nazipartei bei Hitler, Martin Bormann, und der Gauleiter von Pommern (dies mit Rücksicht auf meine Rügener Heimat und meinen Grundbesitz dort) bei. Die Verhandlung über diese Berufung fand am 29. August 1944 vor dem Reichsgericht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Günther statt. Sie endete mit der Zurückweisung der Berufung und Bestätigung des Kammergerichtsurteils vom 26. Januar 1944. Bei der Verkündung und Begründung des Urteils ließ der Senatsprädident keinen Zweifel aufkommen, daß ein Freispruch nur deshalb unterblieben sei, weil er nach der Übung der Naziregierung meine Verbringung in ein KZ zur Folge gehabt hätte.

Den Mut dieser Richter, die bei aller eigener Gefahr Recht sprachen, habe ich bewundert und bewundere ich noch heute.

Am 17. September 1952 wurden beide Urteile als rechtswidrig aufgehoben. Die Geldstrafe wurde mir zurückerstattet.

(Anlage 1)

25. November 1938

An den
Herrn Präsidenten der Rechtsanwaltskammer in Berlin

Berlin W 35
Admiral-von-Schröder-Straße 6

Betr.: Vertretung jüdischer Auftraggeber nach dem 1. Dezember 1938.

In einer mir vorliegenden Zeitung vom 22. d. M. war unter der Überschrift „Rechtsanwälte und jüdische Mandanten" eine Mitteilung vom 21. d. M. enthalten, in der es heißt, daß von „zuständiger Stelle" die Auffassung bestätigt worden sei, daß Juden nach dem 30. November 1938 allein von jüdischen Konsulenten betreut werden dürften und daß Rechtsanwälte, die nach diesem Stichtage noch einen jüdischen Auftraggeber vor Gericht vertreten oder ihn sonst rechtlich beraten, sich ehrengerichtlich

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

strafbar machen würden und damit zu rechnen hätten, in einem Verfahren vor der Rechtsanwaltskammer ausgeschlossen zu werden.

In dieser Form und mit diesem Inhalt kann die Mitteilung wohl kaum richtig sein und auch wohl nicht auf eine dafür „zuständige Stelle" zurückgehen. Sie hat aber begreiflicherweise unter den Berufsgenossen wie unter den beteiligten Kreisen der Bevölkerung große Unruhe und Unsicherheit hervorgerufen, zumal bisher, also 5 Tage vor dem Stichtag, noch keine Bestellung „jüdischer Konsulenten" erfolgt ist und es daher gar nicht möglich wäre, die Vertretung von Auftraggebern im Dezember in die Hände von solchen zu legen und für ordnungsmäßige Vorbereitung der Gerichtstermine zu sorgen; noch viel weniger käme eine solche Übertragung in Frage in denjenigen Fällen, in denen wir Rechtsanwälte die Betreuung bei Vermögensübertragungen, Vermögensverwaltungen, Nachlaßverwaltungen, Vertragsverhandlungen usw. usw. übernommen haben und im Allgemeininteresse durchführen müßten. Ich bitte deshalb um Prüfung und gegebenenfalls Klarstellung folgender Punkte:

1. Es muß Recht und Pflicht eines deutschen Rechtsanwalts bleiben, den in Rechtsnot geratenen Staatsangehörigen, und dazu gehören zur Zeit in weitestem Umfang gerade die als Juden angesehenen Deutschen, mit Rechtsrat und Rechtshilfe beizustehen. Es gibt einen weiten Kreis von Aufgaben, für den die jüdischen Konsulenten überhaupt nicht zugelassen sind, wo sie gesetzlich oder tatsächlich an der Rechtswahrung gehindert sind oder für die sie nicht fachkundig wären. Es betrifft das die Mehrzahl derjenigen Angelegenheiten, in denen eine Beratung und Rechtshilfe notwendig ist. Damit soll keinerlei abfällige Äußerung über die Berufsgenossen, die vom 1. Dezember 1938 ab unter dem Namen jüdische Konsulenten tätig sein werden, getan werden, im Gegenteil bin ich überzeugt, daß ihre Tätigkeit, die sie wohl meist in Selbstentsagung und Pflichterfüllung übernehmen, für die ihnen anvertrauten Personen segensreich sein wird.

2. Zu den sogenannten „Juden" gehört eine außerordentlich große Zahl von Christen und von Deutschen, die mit Ehegatten verheiratet sind, die nichtjüdisch sind und mit denen sie gemeinschaftlich nichtjüdische Kinder haben. Es muß in diesen Fällen den Betreffenden die Möglichkeit bleiben, sich der Rechtsbetreuung durch einen Rechtsanwalt zu bedienen, zu dem sie als Zugehörige zum christlichen Glaubensbekenntnis und als Ehegatten und Kinder oft das überwiegende Vertrauen haben, so daß sie, wenn man ihnen diese Rechtshilfe verweigerte, nahezu ohne Rechtsschutz wären.

3. Es kann nicht standeswidrig und unehrenhaft sein und kann nicht mit der Ausschließung aus der Rechtsanwaltschaft bedroht werden, wenn ein Rechtsanwalt dieser meiner Auffassung ist und es seiner Überzeugung von der höchsten Pflicht und Berufsaufgabe eines Rechtsanwalts entspricht, auch Mitgliedern einer anderen „rassischen" Volkszugehörigkeit in der Rechtsnot zu helfen. Es kann m. E. keine Stelle „zuständig" sein, die für die Ehrengerichte öffentlich die Erklärung abgibt, daß sie Rechtsanwälte meiner Auffassung ehrengerichtlich anzuklagen und mit der Ausschließung aus der Rechtsanwaltschaft zu bestrafen hätten, also einer Strafe, die nur für schwerste Ehrwidrigkeit zugelassen ist. Ich glaube, daß jedes Ehrengericht, wenn es sich davon überzeugt, daß die Beratung notleidender andersrassiger deutscher Staatsangehöriger aus der Überzeugung höchster Pflichterfüllung heraus erfolgt, niemals erklären kann, daß dieser Rechtsanwalt des Standes unwürdig sei.

4. Die Rechtsberatung der Juden ist, wie ich aus langer gründlichster Erfahrung weiß, in den letzten Jahren nur zum kleinen Teil eine Rechtsbetreuung in rein materiellen Fragen gewesen und zum größten Teil eine solche in höchst persönlichen Fragen, die eher der freiwilligen Gerichtsbarkeit als der Prozeßtätigkeit nahestehen. Auf diesem Gebiet entscheidet für die Möglichkeit einer wirklichen Hilfe ausschließ-

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich das Vertrauen, das von unseren jüdischen Mitbürgern in großem Umfange uns deutschen Rechtsanwälten entgegengebracht wird, wie es ja bisher umgekehrt auch von den nichtjüdischen Deutschen den jüdischen Berufsgenossen entgegengebracht worden ist. In dieses wertvollste Verhältnis sollte nicht durch Verbote eingegriffen werden, die nur schwere Schäden für die Allgemeinheit und die Betroffenen bedeuten würden.

5. Ich darf zunächst als selbstverständlich annehmen, daß ein Rechtsanwalt diejenigen Juden, die er bisher vertreten und beraten hat, weiter vertreten und beraten kann, ohne sich einem Vorwurf auszusetzen. Es widerspräche seiner Pflicht und Verantwortung, wenn er diese Auftraggeber, nachdem er ihre Interessen bisher mit vollem Recht wahrgenommen hat, jetzt im Stich ließe, noch dazu in einem Zeitpunkt, in dem jüdische Konsulenten noch gar nicht ernannt sind und daher eine Fürsorge für rechtzeitige anderweitige Vertretung nicht möglich ist.

6. Ich könnte mir vorstellen, daß die Weitervertretung und Beratung in den erwähnten Fällen als eine Ungerechtigkeit gegenüber den jüdischen Konsulenten erscheinen könnte, denen wir Rechtsanwälte einen Teil ihrer Arbeit und Einkommensmöglichkeit fortnehmen würden. Ich würde es daher als recht und billig empfinden, wenn wir, die wir weiter die Beratung und Rechtshilfe in diesen Fällen führen wollen, die uns zufließenden Gebühren ganz oder zum Teil an die jüdischen Konsulenten abführen, so daß auch eine Schädigung derselben auf materiellem Gebiet unterbleibt.

7. Ich glaube, daß niemand schließlich etwas dagegen wird einwenden können, wenn die Rechtsanwälte, die so denken wie ich, aus dem Gefühl rein menschlicher Pflicht und christlicher Nächstenliebe dann, wenn ihnen wirklich durch gesetzlichen Zwang eine Arbeit auf diesem Gebiet unterbunden werden sollte, berechtigt bleiben, den Betreffenden unentgeltlich mit Rat und Betreuung zu helfen. Es kann wohl nicht standeswidrig und unehrenhaft sein und verwehrt werden, in uneigennützigen Diensten an Notleidenden wohltätig zu sein, da, wo menschliche Hilfe dringend notwendig ist.

8. Wenn es zutrifft, daß meine Auffassung, die zweifellos im Gegensatz zu der in der eingangs erwähnten Zeitungsmitteilung vertretenen steht, von irgendeiner „zuständigen Stelle" als so unehrenhaft angesehen wird, daß sie ehrengerichtlich mit dem Ausschluß aus der Rechtsanwaltschaft bestraft werden müßte, dann würde ich es begrüßen, wenn ein solches Verfahren gegen mich eingeleitet würde, um eine grundsätzlich Entscheidung herbeizuführen. Die Begründung dafür wäre dann darin gegeben, daß ich bereits am 1. Dezember d. J. und in 2 oder 3 anderen Fällen, die ich genau bezeichnen könnte, im Dezember jüdische Auftraggeber vor Gericht zu vertreten übernommen habe und auch die Beratung meiner jüdischen Auftraggeber fortsetzen werde, wenn nicht eine gesetzliche Regelung das zwingend verhindert. Ich glaube, daß ich berechtigt bin, in erster Linie für diese Auffassung einzutreten, weil ich nach meiner Berufsauffassung und Lebensanschauung den Ehrengerichten genügend bekannt sein werde, nachdem ich bereits 30 volle Jahre meinen Beruf hier ausübe und davon eine Reihe von Jahren, bis mich Gesundheitsgründe an der Fortsetzung hinderten, der höchsten Standeswürde als Mitglied des Vorstandes und Ehrengerichts unserer Kammer teilhaftig gewesen bin. Ich glaube nach meiner gesamten Einstellung im persönlichen Leben wie im Beruf gerade in diesen Dingen zum Mittler und Helfer berufen zu sein und mich den Folgen nicht entziehen zu dürfen, die aus einem offenen Bekenntnis meiner Auffassung sich ergeben. Es wird kaum einer Hervorhebung bedürfen, daß mich in keiner Weise irgendeine Voreingenommenheit in der Frage der Rassenkämpfe bestimmt, sondern ausschließlich meine Auffassung von höchster Pflicht und Verantwortung als Anwalt des Rechts.

gez. Ruge, Rechtsanwalt

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(Anlage 2)

23. Januar 1939

An den
Herrn Präsidenten der Rechtsanwaltskammer in Berlin

Berlin W 35
Admiral-von-Schröder-Straße 6

Abt. I, Gesch.-Nr. 1 A. 620/38

Unter dem 25. November 1938 habe ich wegen einer Zeitungsmitteilung vom November v. J. dorthin eine Vorstellung gerichtet, die sich dagegen wandte, daß in dieser Mitteilung angegeben wurde, eine „zuständige Stelle" habe den deutschen Rechtsanwälten die weitere Vertretung jüdischer Auftraggeber vom 1. Dezember 1938 ab untersagt und stelle ihnen den Ausschluß aus ihrem Beruf in sichere Aussicht, wenn sie sich nicht danach richteten. Hierauf habe ich bisher nur die Antwort erhalten, daß sich nicht habe ermitteln lassen, wer sich als „zuständige Stelle" ausgegeben habe, und daß im übrigen demnächst Richtlinien über diese Frage herauskommen würden.

In dem mir dieser Tage zugegangenen Mitteilungsblatt der Reichsrechtsanwaltskammer vom 1. Januar d. J. befindet sich im Anschluß an die Wiedergabe einer Anordnung für die Mitglieder der NSDAP ein Rundschreiben vom 21. Dezember 1938 abgedruckt, das ich wohl mangels einer anderen Mitteilung als die angekündigten Richtlinien anzusehen habe. In diesem Rundschreiben wird uns Rechtsanwälten allgemein unter besonderer Hervorhebung der Rechtsanwälte, die einen der Rasse nach jüdischen Elternteil oder Großelternteil haben, verboten, unsere der Rasse nach jüdischen Mitbürger zu beraten und zu vertreten. Damit werden diese Deutschen großenteils in wirkliche Rechtsnot gebracht und, wenn sie wie viele Tausende von ihnen Christen sind, schlechter gestellt als die nichtchristlichen Mitbürger jüdischer Herkunft; denn zu den als „Konsulenten" zugelassenen Kollegen können sie meist nicht gehen, weil die wenigsten Konsulenten christlich sind, und zu den anderen Rechtsanwälten dürfen sie nach dem Rundschreiben nicht gehen. Ganz abgesehen davon, daß die Zahl und Arbeitskraft der Konsulenten schon jetzt nicht entfernt dem Bedarf entspricht und immer weniger genügen wird, weil auch sie auswandern und noch an Zahl verringert werden sollen. Auf die Auswirkungen eines derartigen Verbotes habe ich in meiner vorerwähnten Eingabe nachdrücklich und mit ausführlicher Begründung hingewiesen. Ich möchte nicht unversucht lassen, eine Abänderung anzuregen und noch auf folgendes hinzuweisen:

Es kann nicht Recht und noch weniger gar Standespflicht eines deutschen Rechtsanwalts sein, die Beratung und Vertretung deutscher Staatsangehöriger abzulehnen, die demselben Glaubensbekenntnis angehören wie der Rechtsanwalt selbst und mit ihm die heiligsten Stunden des Lebens im Gottesdienst teilen; und das soll ihnen verwehrt sein, weil die Betroffenen Eltern oder Großeltern jüdischer Abstammung haben. Es kann einem Rechtsanwalt nicht verwehrt und als schwerste Unehre angerechnet werden, wenn er, wie ich, mit einer der jüdischen Rasse zugerechneten christlichen Frau verheiratet, deren Sohn die Uniform des Reichsheeres trägt, die Beratung und Vertretung der eigenen Frau und ihrer Verwandten übernimmt; es ist unmöglich, ihm zuzumuten, seine Frau und deren Angehörige an einen „Konsulenten" zu verweisen. Es kann ebensowenig Standespflicht sein, daß ein deutscher Rechtsanwalt, dessen Vater oder Mutter, Großvater oder Großmutter der jüdischen Rasse zugerechnet wird, nun diese seine nächsten Verwandten und deren Angehörige nicht beraten und vertreten darf. Und so liegen zahlreiche Fälle, die ich in meiner früheren Eingabe ausführlich dargelegt habe.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Glaube, zu dem ich mich von Kindheit an bekenne und nach dem zu leben ich mich stets bemühen werde, stellt als sein höchstes Gebot gegenüber dem Mitmenschen die Nächstenliebe auf, die nicht haltmachen darf vor einem Andersgläubigen oder Fremden, ohne gegen die sittliche Pflicht zu handeln. Die Erfüllung der Gebote des Glaubens, der die Grundlage unseres Reiches bildet, kann nicht von irgendeiner Stelle als Unrecht oder unehrenhaft erklärt werden. Ich kann nicht glauben, daß es in Deutschland ein Ehrengericht, das unabhängig nur nach Standesehre und Menschenpflicht entscheiden muß, geben wird, das einen Rechtsanwalt anklagen oder gar bestrafen wird, weil er einem Mitbürger in seiner Rechtsnot geholfen hat, wenn dieser Mitbürger der jüdischen Rasse zugerechnet wird, aber nie etwas Unrechtes getan oder gewollt hat und wie so unzählige von ihnen zu den treuesten Deutschen gehören mag.

Ich gehöre der Partei, für die jene Verbote zuerst erlassen worden sind, die dann das Rundschreiben aufnimmt und für alle deutschen Rechtsanwälte verbindlich erklärt, nicht an, kann ihr auch gar nicht innerhalb einer ihrer Gliederungen oder Verbände angehören. Wenn nun die Partei ihren Mitgliedern gerade auf dem Gebiet, das mir die Mitgliedschaft unmöglich macht, Vorschriften macht, so ergibt sich zwingend daraus, daß meine Lebensauffassung, Berufspflicht und Standesehre auf diesem Gebiet anderen ethischen und sittlichen Richtlinien folgen müssen, als sie für Parteimitglieder gelten.

Ob ich in absehbarer Zeit äußerlich mit dem Verbot des Rundschreibens in Widerspruch treten könnte, weiß ich natürlich nicht. Meine Berufstätigkeit ist fast ganz auf die Beratung und Rechtshilfe als Notar beschränkt, wobei sich meist zunächst gar nicht übersehen läßt, ob es zu einer Amtshandlung kommt oder nicht und ich zunächst nicht die geringste Veranlassung habe, die Beteiligten nach ihrem Glaubensbekenntnis und ihrer Abstammung zu fragen, wenn das nicht unbedingt zur Sache selbst gehört oder gesetzlich vorgeschrieben ist. Ich muß aber von vornherein klar aussprechen und rechtfertigen, daß ich nicht nach den Richtlinien des Rundschreibens handeln werde, sondern nach der Auffassung von Berufspflicht und Standesehre, die ich für richtig halte und dargelegt habe. Ich will mich nicht später Vorwürfen ausgesetzt sehen, ich hätte zu dem Rundschreiben geschwiegen und es damit für mich als verbindlich anerkannt.

Zum Schluß betone ich, daß ich nur für mich persönlich eintreten kann und auch nur für mich allein die Verantwortung und die Folgen tragen kann, die sich aus meiner Überzeugung ergeben. Ich habe mit Bedacht die Meinung anderer Berufsgenossen nicht erfragt, um niemand in Gewissensnot zu bringen oder gar irgend jemand dadurch zu gefährden, daß er den gleichen Weg geht, den ich für mich für unausweichlich halte; innerlich habe ich keinen Zweifel, daß die Berufsgenossen mir zustimmen, auf deren Urteil ich vor allem Wert lege, und darum glaube ich auch, daß ein Ehrengericht nicht anders urteilen kann.

Ich gebe zu, daß es mir eine Freude und Genugtuung sein würde, wenn es mir gelingen würde, die Herren Berufsgenossen im Vorstand der Kammer zu überzeugen, daß das Rundschreiben nicht aufrechterhalten werden sollte. Ich stelle aber selbstverständlich keine Anträge, sondern bitte nur um Kenntnisnahme meiner Auffassung, deren Folgen ich auf mich nehme.

Wenn irgendwelche Rückfragen oder Verhandlungen notwendig werden, dann bitte ich zu berücksichtigen, daß ich in der zweiten Februarwoche verreisen werde und erst Mitte März zurückkehre, weil ich eines alten Leidens wegen mich der Badekur in Gastein unterziehen muß, die ich nicht ohne gesundheitlichen Schaden unterbrechen kann.

gez. Ruge, Rechtsanwalt

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Forschungsbericht

KLAUS EPSTEIN

SHIRERS „AUFSTIEG UND FALL DES DRITTEN REICHES"

Vorbemerkung des Herausgebers

Im allgemeinen bringen die „Vierteljahrshefte" keine kritischen Einzelbesprechungen, sondern beschränken sich auf Sammelreferate über bestimmte, in ihren Rahmen fallende Sachgebiete in der Form des Forschungsberichts. Wenn im folgenden von diesem Brauch abgewichen wird, so waren dafür mehrere Gründe bestimmend. Zunächst der, daß der amerikanischen Ausgabe des Buches ein ganz ungewöhnlicher Publikumserfolg zuteil geworden ist. Über eine Million Exemplare sind verkauft worden. Monatelang hat „The Rise and Fall of the Third Reich" an der Spitze der „Non-fiction"-Bücher auf der Bestseller-Liste gestanden. Die New York Times hat dem „phänomenalen Erfolg" eine ganzseitige Reklame gewidmet (20. Febr. 61). Und in der Tat ist das – bei einem Wälzer von 1200 Seiten – ein „Phänomen", an dem die zeitgeschichtliche Forschung, auch abgesehen von der uns besonders nahe angehenden Thematik, nicht wohl vorbeigehen kann. Es wird gesagt, ein ähnlicher Erfolg sei einmal nur einer amerikanischen Ausgabe von Dantes „Hölle" beschieden gewesen. Und eine Art Höllenwanderung könnte man die aus der Fülle der Dokumente geschöpfte breitwandige Reportage sehr wohl nennen. Dies sei die „schreckliche Wahrheit", hat der Oxforder Historiker Hugh Trevor Roper in der Sunday Times (6. Nov. 60) erklärt.

Die Vierteljahrshefte stehen nicht im Verdacht des Wunsches, irgend etwas von der schrecklichen Wahrheit verschwiegen zu sehen. Sie haben zu ihrer Aufhellung ein gut Teil beigetragen und gedenken es weiter zu tun. Auch soll in gar keiner Weise behauptet werden, daß die fünfjährige mühevolle Arbeit Shirers ohne wertvollen Ertrag gewesen sei (auch wenn sie nichts eigentlich Neues zutage fördert) und daß er die „Tatsachen", wie er sie insbesondere aus den vielen Tonnen der deutschen Akten in Alexandria herausgehoben hat, nicht selbst zum Sprechen bringt. Aber daß darin allein und wesentlich die „Wahrheit" liege, ist, wie wir wissen, ein positivistisches Vorurteil, das andere Vorurteile nicht ausschließt, insbesondere nicht das Weiterleben eines tiefen und grundsätzlichen Mißtrauens gegen alles Deutsche, das man schon aus Shirers „Berlin-Diary" kennt. Die Naheindrücke des Reporters aus der ersten Zeit des nationalsozialistischen Regimes bis 1940 hin sind unverwischbar gewesen und verbinden sich heute mit einer „Welle" des Unbehagens, da um des nämlichen Deutschland willen, wie es scheinen möchte, eine noch schrecklichere Katastrophe droht. Dieser Unterton ist in dem Buch deutlich vernehmbar – neben einer Reihe konventioneller Vorurteile und simplifizierender Kurzschlüsse. Dagegen haben sich durchaus kritische Stimmen auch im Ausland (nicht nur in der deutschen Presse) erhoben. So ist Alan Bullock (im Guardian) Trevor Ropers Lobpreisung des „klassischen Buchs" mit ruhiger Sachlichkeit entgegengetreten. Auch Golo Manns Vorwort zur deutschen Ausgabe (übersetzt von Wilhelm und Modeste Pferdekamp, Kiepenheuer und Witsch, Köln–Berlin 1961. 1.—30. Tausend, S. XVI—XX) ist ebenso bestimmt in der Hervorhebung der Verdienste des Buches wie in der Andeutung sehr wesentlicher Vorbehalte.

In den Vierteljahrsheften soll im folgenden statt einer Stellungnahme aus dem Kreis ihrer regelmäßigen Mitarbeiter eine in USA erschienene wiedergegeben werden. Und das ist ein weiterer Grund für diese Einzelbesprechung. Die Rezension von

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Klaus Epstein, Associate Professor of History an der Brown University-Providence (gedruckt in „The Review of Politics", vol. 23, No. 2, pp. 230—45, April 1961) ist nicht nur die sachlich eingehendste und kenntnisreichste, die bisher, soweit bekannt, erschienen ist. Es mag zugleich – auch vor deutschen Lesern – wichtig sein zu dokumentieren, daß es an Gegengewichten gegen die „Welle" nicht fehlt und daß man deutsche und europäische Geschichte an amerikanischen Universitäten in einem Geiste unterrichten kann, der im Bewußtsein der Gemeinsamkeit westlicher geistiger Tradition ihr keine aufgebauschten ideologischen Hindernisse in den Weg legt. Dem Herausgeber ist es dabei eine Genugtuung, sich zu erinnern, daß er an der gleichen Universität – im Zweiten Weltkrieg selbst – im gleichen Sinn hat lehren dürfen.

Die Übersetzung des Artikels von E. hat auf Wunsch des Autors J. Freiherr v. Adelsheim-v. Ernest bereitwilligst übernommen. Der Herausgeber hat nur vom Fach her einige Korrekturen beigetragen. Die im Original nach der englischen Ausgabe gebrachten Zitate und die entsprechenden Seitenzahlen sind auf die deutsche Ausgabe umgestellt worden. Es ist dabei an wortgetreuer Wiedergabe festgehalten worden, auch wenn die Übersetzung, wie nicht verschwiegen werden soll, in der deutschen Ausgabe manches zu wünschen übrig läßt. Weiter aber zeigte sich, daß an einigen Stellen die von E. zitierten Sätze oder Satzteile von den Übersetzern weggelassen worden sind. Hier mußten Ergänzungen nach dem englischen Text vorgenommen werden, was jeweils nach der Seitenzahl in Klammern angemerkt ist. H. R.

In weiten Kreisen ist das Buch „Rise and Fall of the Third Reich. A History of Nazi Germany" (New York – Simon and Shuster – 1960) von William L. Shirer als bedeutendes historisches Werk gepriesen worden. H. Sherman, Präsident des „Book of the Month Club", hält es für „nahezu gewiß", daß dieses Buch „als die endgültige historische Darstellung eines der grauenhaftesten Kapitel der Menschheitsgeschichte angesehen werden wird". Das Buch hat sich bereits besser verkauft als irgendeine andere neuere Veröffentlichung zur europäischen Geschichte. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden zehntausende von amerikanischen Lesern ihr Bild von den Vorgängen im Deutschland der letzten Dezennien aus der Lektüre dieses Buches gewinnen. Deshalb ist es wichtig, daß die bedenklichen Mängel der Arbeit herausgestellt werden.

Es handelt sich m. E. dabei um vier Hauptschwächen: 1. Die Gesamtansicht des Autors von der deutschen Geschichte ist in kaum glaublichem Maße primitiv, so daß sich ihm viele der wichtigsten Fragen gar nicht stellen, welche sich dem Historiker beim Studium der nationalsozialistischen Zeit eigentlich aufdrängen müßten. 2. Die erforderliche Ausgewogenheit in der Behandlung des Gegenstandes fehlt völlig. Ihr Wert ist vielmehr durch höchst auffällige Lücken beeinträchtigt und zwar gerade auf denjenigen Teilgebieten, auf welchen für die geschichtliche Erforschung des Nationalsozialismus noch Dringendes nachzuholen wäre. 3. Viele Interpretationen des Verfassers verraten eine ganz erstaunliche Unfähigkeit, in das eigentliche Wesen eines modernen totalitären Systems einzudringen. 4. Das Buch hält mit dem gegenwärtigen Stand der historischen Forschung auf dem behandelten Gebiet in keiner Weise Schritt.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die vorliegende Besprechung bezweckt, diese schwerwiegenden Vorwürfe unter Beweis zu stellen. Die drei ersten der erwähnten Einwände sollen der Reihe nach aufgenommen werden, während zur Begründung des letzten Vorwurfs auf mehrere wichtige Arbeiten Bezug genommen wird, die Shirer nicht benutzt hat (oder zumindest in seiner Bibliographie wie den Anmerkungen nicht erwähnt)[1].

I

Shirer trägt seine allgemeine Auffassung von der Deutschen Geschichte in einem Einleitungskapitel vor, unter der Überschrift: „Hitlers Gedankengänge und die Wurzeln des Dritten Reiches". Er ist vom Vorhandensein einer spezifischen Logik, nach welcher die Entwicklung in Deutschland zwangsläufig abrollt, ebenso überzeugt wie davon, daß er selbst den Schlüssel zu dieser Logik besitzt: Die deutsche Geschichte von 1871—1945 nimmt „einen gradlinigen, völlig logischen Verlauf" (S. 93). Der Nationalsozialismus ist nichts als „eine logische Fortsetzung deutscher Geschichte" (S. 88). Häufig ist vom deutschen Nationalcharakter die Rede, welcher nach Shirers Auffassung durch ein Kunterbunt von Faktoren geformt worden ist, wie etwa durch das Erlebnis jahrhundertelanger völkischer Zerrissenheit, durch eine Neigung zu Sadismus (und Masochismus) und durch die deutsche Rückständigkeit überhaupt. Was diesen letzten Punkt betrifft, so offenbaren manche Urteile des Verfassers erhebliche Unwissenheit und Voreingenommenheit. Zum Beispiel wird behauptet, Deutschland sei nach dem Westfälischen Frieden von 1648 „in eine Art moskowitischer Barbarei" (S. 90) herabgesunken. Aber wo ist dann in der nächsten Generation der russische Leibniz? In bezug auf die Hohenzollern vertritt Shirer folgende Auffassung: „Unter den brandenburgischen Kurfürsten, den Hohenzollern, die kaum mehr als kriegerische Abenteurer waren, wurden die Slawen, größtenteils Polen, allmählich nach Osten abgedrängt" (S. 91). Diese Behauptung ist in mehrfacher Hinsicht irrig. Wer im geringsten mit der deutschen Geschichte des Mittelalters vertraut ist, weiß, daß der „Drang nach Osten", demzufolge die Slawen allmählich entlang der Ostsee zurückgeworfen wurden, lange vor 1400 sich bereits

[1] Daß Shirer die neuere deutsche Geschichtsschreibung unberücksichtigt läßt, erhellt aus der Tatsache, daß er auf keinen einzigen Aufsatz in den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte" Bezug nimmt, obgleich es sich hierbei um die maßgebliche geschichtswissenschaftliche Zeitschrift handelt, welche der Epoche der Weimarer Republik und des Dritten Reiches gewidmet ist, und fast jede Nummer wichtige Beiträge enthält. Er erwähnt das Vorhandensein dieser Zeitschrift nur, um festzustellen (S. 1182, nur in der englischen Fassung), daß in einer bestimmten Nummer (!) eine wertvolle Bibliographie erschienen sei, wobei er, wie noch gezeigt werden soll, von dieser Bibliographie keinen nutzbringenden Gebrauch macht. Die Hinweise in den Fußnoten beziehen sich alle – mit zwei ausdrücklich genannten Ausnahmen – auf Arbeiten, die Shirer nicht benutzt hat. (Es versteht sich, daß diese Fußnote nicht von der Schriftleitung erbeten worden ist. Da sie im Original sich findet, besteht indessen kein Grund, sie unseren Lesern vorzuenthalten. Übrigens weist Golo Mann in seinem Vorwort auf die gleiche Unterlassung hin. *Hg.*)

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vollendet hatte, wohingegen die Hohenzollern erst 1417 Markgrafen von Brandenburg wurden. Es zeugt auch nicht gerade von einer rühmenswerten Kenntnis der preußischen Geschichte, wenn Shirer die Hohenzollern „kaum mehr als kriegerische Abenteurer" nennt. Friedrich I (1417—1440) war einer der bedeutendsten deutschen Fürsten des 15. Jahrhunderts. Joachim I (1499—1535) hat die Universität zu Frankfurt gegründet und die Übernahme des Römischen Rechts gefördert. Joachim II (1535—1571) führte die Reformation ein und verlieh dem Verwaltungsaufbau seines Staates eine von Grund auf neue Gestalt. Der Große Kurfürst (1640—1688) war einer der vielseitigsten Herrscher seiner Zeit: Tatkräftiger Merkantilist, Schirmherr aller kulturellen Belange und bedeutender Administrator, kurz genau das Gegenteil eines „kriegerischen Abenteurers". Es sei mit betonter Nachsicht unterstellt, daß Shirers Urteil sich nur auf die frühen Hohenzollern beziehen soll. Die Absurdität seiner Behauptung träte noch offener zutage, wollte man sie auch auf Friedrich I, Friedrich Wilhelm I, Friedrich den Großen usw. in Anwendung bringen. Shirers Unkenntnis bezüglich alles Preußischen findet ihr Gegenstück in einer entsprechenden Stärke seiner Vorurteile. So läßt er sich zu generalisierenden Angriffen verleiten, wobei er unter anderem feststellt: „Selbst Kant predigte, die Pflicht sei über alle menschlichen Gefühle zu stellen" (S. 91). Hat Sokrates eigentlich etwas anderes gelehrt?

Der von Bismarck begründete Deutsche Staat wird von Shirer so charakterisiert: „das ‚Sorgenkind' Europas und der Welt, eine begabte, vitale Nation, der zunächst dieser hervorragende Mann, dann Kaiser Wilhelm II. und schließlich Hitler mit Hilfe einer Militärkaste und einer Reihe merkwürdiger Intellektueller ein Streben nach Macht und Herrschaft, eine Passion für hemmungslosen Militarismus, eine Verachtung der Demokratie und persönlichen Freiheit und eine Sehnsucht nach Autorität, ja nach dem Autoritären einimpften. So in Bann geschlagen, erklomm diese Nation größte Höhen, stürzte ab und stieg wieder empor, bis sie mit Hitlers Tod im Frühjahr 1945 scheinbar vernichtet wurde – scheinbar, denn es ist wohl zu früh, davon mit Bestimmtheit zu reden" (S. 92).

Kann man ein derartiges Urteil als gerecht bezeichnen? Shirer bezichtigt nicht nur den deutschen Mittelstand, sondern auch die Arbeiterschaft, „alles Streben nach politischer Freiheit gegen materielles Wohlergehen eingetauscht" zu haben (S. 94), wobei die soziale Gesetzgebung Bismarcks „insofern einen tiefen Einfluß auf die Arbeiterklasse" hatte, „als diese allmählich die Sicherheit höher bewertete als politische Freiheit und im Staat . . . einen Wohltäter und Beschützer sah". (S. 1051, A 27). Bismarck selbst hätte diese indirekte Anerkennung einer Politik, welche gewöhnlich als mißglückt beurteilt wird, wohl die größte Überraschung bereitet. Eine weitere maßlose und schematische Verallgemeinerung zielt auf den deutschen Mittelstand: „Er fand sich mit der Hohenzollern-Autokratie ab. Er fügte sich der Junker-Bürokratie und machte eifrig den preußischen Militarismus mit. Der Stern Deutschlands war aufgegangen, und der Mittelstand – wie fast die gesamte Bevölkerung – war sehr darauf bedacht, das zu tun, von dem seine Herren sagten, es müsse hochgehalten werden" (S. 94). Da kann man nur fragen: Haben die Leser der „Frank-

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

furter Zeitung", dieses großen deutschen liberalen Blattes, vielleicht einem solchen homogenen Mittelstand angehört? Shirer hat ganz offensichtlich nicht die mindeste Ahnung vom Ausmaß und von der Entschiedenheit der Kritik, welche im Wilhelminischen Deutschland seitens der Links-Liberalen und der Sozialisten ununterbrochen an der herrschenden Schicht (der zivilen wie der militärischen) geübt worden ist. Es würde für ihn nützlich sein, zur Korrektur seiner einseitigen Ansichten über das politische Leben in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg die Reichstags-Debatten über die „Daily Telegraph"-Affäre vom November 1908 oder den Zabern-Zwischenfall (Dezember 1913) zu studieren – um nur zwei Beispiele zu erwähnen.

Solche einseitigen Fehlurteile über die politische Geschichte Deutschlands erscheinen allerdings noch belanglos, verglichen mit der systematischen Voreingenommenheit des Verfassers gegenüber der deutschen Geistesgeschichte. Hitlers „Weltanschauung" hat nach ihm auch ihre „Wurzeln in der deutschen Geschichte und Philosophie" (S. 84), genauer gesagt in „jener seltsamen Auslese hochgelehrter, aber innerlich unausgeglichener Philosophen, Historiker und Hochschullehrer, die in dem Jahrhundert vor Hitler den deutschen Geist gefangennahmen" (S. 95). Shirer verfolgt die Ahnenreihe des Nationalsozialismus zurück bis zu Fichte (von dem gesagt wird, er habe seine nationalistischen Parolen „vom Katheder der Universität Berlin" im Jahr 1807[2] verkündet [S. 96, so nur in der englischen Fassung]), zu Hegel (wegen seiner Verherrlichung des Staates und des Helden), zu Treitschke (weil er Preußentum und Krieg predigte), zu Nietzsche (weil er den Übermenschen glorifizierte und das Christentum verachtete) und zu Wagner (dessen „Welt der barbarischen, heidnischen Nibelungen ... stets faszinierend auf die deutsche Mentalität wirkte und einer Art von schrecklichem Verlangen in der deutschen Seele entsprach" [S. 100]). Auch Gobineau und Houston S. Chamberlain erhalten ihren Platz auf dieser Liste der Vorläufer des Nationalsozialismus, wobei der Verfasser bedauert, daß „der beschränkte Rahmen eines Buches von der Art des vorliegenden ... ein Eingehen auf den starken Einfluß, den andere deutsche Intellektuelle mit ihren in Deutschland populären Schriften auf das Dritte Reich gehabt haben, wie Schlegel, J. Görres, Novalis, Arndt, Jahn, Lagarde, List, Droysen, Ranke, Mommsen, Konstantin Frantz, Stöcker, Bernhardi, Klaus Wagner, Langbehn, Lange und Spengler" verbiete (S. 1052, A. 35). Diese gleichsam aus dem Sack gegriffene und äußerst gemischte Kollektion von Namen vermittelt dem orientierten Leser nicht gerade einen überzeugenden Eindruck von Shirers Kenntnis deutscher Geistesgeschichte. Um seine einseitige Betrachtungsweise zu stützen, werden parallele Textstellen von Hitler, Hegel und Nietzsche nebeneinander gestellt (S. 108—109). Das ist ein primitiver Rückfall in den Pamphletistenstil des letzten Krieges, der keines Kommentars bedarf. Shirer fällt allen so oft schon bloßgestellten Täuschungen seiner Vorgänger auf dem Gebiet der nationalsozialistischen „Ahnenforschung" zum Opfer

[2] Hierzu sei nebenbei bemerkt, daß die Universität von Berlin erst 1810 gegründet wurde, wie jedem bekannt ist, der sich mit der Zeit der preußischen Reform befaßt hat.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(Mc Govern, Viereck, Rohan D'O. Butler usw.): 1. indem er den spezifischen Einfluß aller dieser sogenannten Vorläufer übertreibt; 2. indem er aus den Werken dieser sogenannten Vorläufer bestimmte Zitate, welche vielleicht in gewisser Hinsicht auf den Nationalsozialismus hindeuten, herauszieht, auch wenn sie möglicherweise in der geistigen Gesamterscheinung des Autors nur ein verhältnismäßig nebensächliches Element darstellen; 3. indem die von ihm ausgewählten Vorläufer zum Nachweis einer bestimmten Erbmasse des Deutschen Geistes herhalten müssen, während diejenigen Gestalten, die in diese Ahnenreihe nicht hineinpassen – so wesentlich sie für ihre Zeit auch waren (wie z. B. Goethe) – vollkommen außer Betracht bleiben; 4. indem andererseits der Vorläufer nationalsozialistischen Denkens außerhalb Deutschlands (z. B. Carlyle oder Danilewsky) keinerlei Erwähnung getan wird, während ihr Dasein doch erheblich an der Gegebenheit einer spezifisch deutschen Eigenart in dieser Hinsicht zweifeln läßt. Das Ergebnis einer Geschichtsschreibung, wie sie Shirer hier bietet, ist eine verstümmelte ad hoc Darstellung des deutschen geistigen Erbes, die den Beweis für eine offensichtliche a priori These liefern soll. Shirer möchte beweisen, daß Hitler „in dem deutschen Volk, so wie es eine unerforschliche Vorsehung und die Jahrhunderte bis zu jener Zeit herausgebildet hatten, ein naturgegebenes Instrument vorfand, das er für seine eigenen unheilvollen Zwecke formen konnte" (S. 6).

Einer solchen Art, an die Dinge heranzugehen, ist nicht nur der Vorwurf der verzerrenden Geschichtsschreibung zu machen. Schlimmer ist, daß, wer so befangen ist, zu vielen wesentlichen Fragen, die das Phänomen des Nationalsozialismus aufwirft, gar nicht erst hingelangt. Shirer selbst stellt sich nirgends die Frage, warum das deutsche Volk im Jahre 1933 der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten so wenig Widerstand entgegengesetzt hat. Für ihn ist das einfach kein Problem, weil seiner Ansicht nach die deutsche geschichtliche Überlieferung notwendigerweise zu einer begeisterten Annahme des Nationalsozialismus hinführen mußte. Er fragt nicht: Was ist eigentlich mit den deutschen Sozialisten passiert, den einst so kampfeslustigen und mutigen Verfechtern der Freiheit? Oder mit der Zentrumspartei, die sich so heldenhaft gegen Bismarck gewehrt hatte? Oder mit der liberalen Gruppe des Bürgertums, welche sich 1918 aus innerer Überzeugung der Republik angeschlossen hatte? Der Leser wird nach einer Antwort auf diese Fragen vergeblich suchen. Die Kapitel, welche der Weimarer Republik und besonders deren Zusammenbruch gewidmet sind, enthalten nur eine konventionelle Aufzählung der Fakten. Es wird aber in keiner Weise der Versuch zur Durchleuchtung dieser Fakten unternommen. Häufig trägt Shirer Anklagen vor, wo Erklärungen am Platze wären. So zum Beispiel bei seinem an sich gerechtfertigten Angriff gegen das Verhalten der deutschen Konservativen zwischen 1930 und 1933: „Mit einer Engstirnigkeit, einer Voreingenommenheit, einer Blindheit, die dem Verfasser dieses Buches, blickt er auf jene Zeit zurück, unfaßlich erscheinen, schlugen sie so lange auf die Grundlagen der Republik ein, bis sie sie, im Bunde mit Hitler, zu Fall gebracht hatten" (S. 183). Ist es unbillig, von jemandem, der sich die historische Darstellung des Dritten Reiches zur Aufgabe gestellt hat, den Versuch zu erwarten,

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese Instinktlosigkeit der Konservativen, die für Hitler ein so wesentlicher Faktor auf seinem Wege zur Macht gewesen ist, irgendwie zu erklären? Shirer läßt denn auch die ausgezeichneten deutschen Arbeiten aus jüngster Zeit völlig außer acht, die in allen Einzelzügen dem Problem nachgehen, wie „das Unbegreifliche" tatsächlich geschah[3].

Das Fehlen von Analysen ist nicht die einzige Schwäche, an welcher die Kapitel über die Weimarer Zeit kranken. Shirer bringt es nicht fertig, ein adäquates Bild von der allgemeinen verzweifelten Stimmung zu entwerfen, welche für die ersten Jahre der Republik charakteristisch war. Ebensowenig gelingt es ihm, das spezifisch bayerische Milieu zu schildern, in welchem sich die Geburt des Nationalsozialismus vollzogen hat[4]. Zudem hat sich Shirer – nicht unbegreiflicher Weise – während der dreißiger Jahre über die übertriebenen Attacken der Nationalsozialisten gegen Versailles so geärgert, daß er zu der Überzeugung gelangt ist, der Vertrag sei im Grunde recht vernünftig gewesen[5]. Auch was er über die Ursachen der großen Inflation von 1921—1923 und ihre mögliche Kurierung äußert, ist reichlich seltsam. Er glaubt, „die Inflation hätte durch eine Ausbalancierung des Staatshaushalts aufgehalten werden können, was zwar schwierig, jedoch nicht unmöglich gewesen wäre" (S. 61). Eine etwas naive Feststellung, die an vielen wirtschaftlichen Tatsachen der frühen zwanziger Jahre glatt vorbeigeht (z. B. der Notwendigkeit des „Dumpings" im Exportgeschäft, um für die Reparationszahlungen Devisen sicherzustellen).

Einer der Gründe, welche Shirer dafür angibt, daß der Staatshaushalt nicht ausgeglichen war, ist geradezu köstlich. Der Generalstab des Heeres, an anderem Ort etwas übertrieben als „das wirkliche Zentrum politischer Macht in dem neuen Deutschland" bezeichnet (S. 59) „nahm zur Kenntnis, daß die Kriegsschulden durch die Geldentwertung getilgt waren und Deutschland somit finanziell unbelastet einem neuen Krieg entgegensehen konnte" (S. 61). Die Punkte, die hier berührt wurden, sind stellvertretend für eine Vielzahl von halbwahren oder auf Mißver-

[3] S. z. B. Karl Dietrich Bracher: „Die Auflösung der Weimarer Republik" (Stuttgart 1957); Werner Conze: „Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929—1930", Historische Zeitschrift, CLXXVIII (1954, S. 47—83); W. Besson: „Württemberg und die deutsche Staatskrise" (Stuttgart 1959). Dieser Aufzählung muß jetzt noch der hervorragende Sammelband: „Das Ende der Parteien 1933" (herausgegeben von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960) hinzugefügt werden, welcher gleichzeitig mit dem hier besprochenen Buch von Shirer herauskam.

[4] Vgl. Carl Landauer: „The Bavarian Problem in the Weimar Republic 1918—1923", Journal of Modern History, XVI (Juni bis September 1944) S. 93—115, 205—223, und Karl Schwend: „Bayern zwischen Monarchie und Diktatur" (München 1954), zwei wichtige Arbeiten, welche Shirer nicht benutzt hat.

[5] Hier ist auf S. 57 hinzuweisen, wo sich Shirer über jene lustig macht, welche den Vertrag als unerträglich bezeichneten. Der Vertrag hatte aber in der Tat viele unerträgliche Züge, abgesehen davon, daß er einen klaren Bruch des „Vor-Waffenstillstands-Vertrages" bedeutete. Das Problem ist meiner Ansicht nach am einsichtigsten von Erich Eyck in seiner: „Geschichte der Weimarer Republik" I, Kap. IV (Zürich 1954) behandelt worden. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß ein unerschütterlicher deutscher Liberaler wie Eyck das Opfer nationalsozialistischer Propaganda geworden sein sollte.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ständnissen beruhenden oder aus Voreingenommenheit resultierenden Urteilen des Verfassers, die gleichfalls hätten erwähnt werden können. Sie belegen, daß Shirers Wissen um die politische und die Geistesgeschichte Deutschlands ihm nicht das Rüstzeug zu der These verleiht, der Nationalsozialismus sei im Gesamtgang der deutschen Entwicklung angelegt.

II

Eine weitere Schwäche des Buches ist der Mangel an Ausgewogenheit. Es mag noch als unerheblich hingehen, daß sieben Seiten dem gescheiterten (und verhältnismäßig unbedeutenden) Versuch der Nazis gewidmet sind, im Jahre 1940 den Herzog von Windsor aus Portugal zu entführen (S. 713—720), während der Erörterung vieler Schlüsselprobleme, welche das Hitler-Deutschland aufwirft, keine Zeile eingeräumt wird. Ernsthafter ist, daß Shirer gar nicht den Versuch unternimmt, eine abgerundete Geschichte des Dritten Reiches zu schreiben, welche auch wirklich alle wesentlichen Aspekte berücksichtigt. Er liefert in erster Linie einen detaillierten chronologischen Bericht der diplomatischen und militärischen Ereignisse. Das sind die beiden Seiten des Gesamtbildes, für welche dem Historiker Materialien am leichtesten zugänglich sind. Aber selbst innerhalb dieser beiden Gebiete fallen seltsame Mißverhältnisse ins Auge. Die Jahre 1934—1937 werden auf dreißig Seiten abgetan; die sehr ins einzelne gehende Beschreibung der 18 Monate vom „Anschluß" bis zum deutschen Einmarsch nach Polen (März 1938 bis September 1939) zieht sich über 300 Druckseiten hin. Auszüge aus schon veröffentlichten Dokumenten werden in großem Umfang wiedergegeben, aber zu ihrer Interpretation geschieht erstaunlich wenig. Shirer umgeht häufig die Aufgabe interpretierender Analyse dadurch, daß er einfach feststellt, es sei ihm unbegreiflich, wie Menschen so handeln konnten, wie sie es getan haben, z. B. im Falle von Chamberlains Münchner Kapitulation (S. 386ff.). Dabei ist das doch eines der am meisten durchleuchteten Themen der modernen Geschichte, eines, zu dem man vom Historiker des Dritten Reichs eine bestimmte Meinung eigentlich erwarten dürfte[6]. Die Darstellung der diplomatischen Entwicklung ist übrigens fast ausschließlich auf Europa beschränkt. Über die eifrige Kultivierung des Auslandsdeutschtums durch die Nationalsozialisten (z. B. in Südamerika) oder das angestrebte Bündnis mit dem Arabischen Nationalismus hat Shirer so gut wie nichts zu sagen, und die Abschnitte über die Deutsch-Japanische Allianz gehören zu den oberflächlichsten des Buches[7].

[6] Shirer benutzt hier, soweit er auf Sekundärliteratur zurückgreift, die Arbeit von J. Wheeler-Bennet: „Munich: Prologue of Tragedy" (New York 1948), ein ausgezeichnetes Buch im Zeitpunkt seiner Veröffentlichung. Unberücksichtigt bleiben die neueren Arbeiten: R. G. D. Laffan: „The Crisis over Czechoslovakia Jan.—Sept. 1938" (London 1951) und Boris Celovsky: „Das Münchener Abkommen von 1938" (Stuttgart 1958), welch letztere Wheeler-Bennet teilweise überholt.

[7] Nichts läßt darauf schließen, daß eines von den beiden folgenden maßgeblichen Werken herangezogen wurde: Frank Iklé: „German-Japanese Relations 1936—1940" (New York 1956); Ernst Presseisen: „Germany and Japan, A Study in Totalitarian Diplomacy 1933 bis 1934" (Den Haag 1958).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

An einer ähnlichen Unausgewogenheit krankt auch die Darstellung der militärischen Operationen (welche, nebenbei bemerkt, infolge des Mangels an Spezialkarten nur mit Schwierigkeiten zu verfolgen ist). Shirer gibt eine sehr ins einzelne gehende Übersicht der Feldzüge bis zum Frühjahr 1942, dann aber resigniert er, so daß die an sich ebenso wichtigen restlichen Kriegsjahre zu kurz kommen. Eine grundsätzliche Beurteilung der Rolle Hitlers als Feldherr fehlt[8], ebenso wie eine Analyse der Gesamtorganisation der Deutschen Wehrmacht (oder deren Organisationsmängel), und genauso wenig werden die Ursachen der militärischen Niederlage Deutschlands näher untersucht. Um die wirtschaftlichen Aspekte der deutschen Kriegführung (auch um die Probleme der Produktion von Kriegsmaterial) bemüht sich Shirer im Grunde überhaupt nicht. Das gleiche gilt von der gesamten innerpolitischen Entwicklung Deutschlands im Kriege, mit der einen Ausnahme der Verschwörung gegen Hitler.

Bei der Behandlung der deutschen Innenpolitik bis 1938 wird der Verfasser im allgemeinen dem Gegenstand gerecht, wenn er auch nicht an die vorzüglichen und bahnbrechenden Arbeiten von Konrad Heiden auf diesem Gebiet heranreicht. Die Schilderung vom Ausbau der nationalsozialistischen Macht (1933—1934) (Kap. 7) liest sich flott, ist aber in mancherlei Hinsicht anfechtbar. Der Verfasser weist die Verantwortung für den Reichstagsbrand in zu kategorischer Weise dem Regime zu, indem er schreibt, daß „es wenig Anlaß zu geben scheint, daran zu zweifeln, daß es die Nationalsozialisten selbst waren, die – für ihre eigenen politischen Zwecke – die Brandstiftung vorbereiteten und durchführten" (S. 189). Die Artikelserie, welche Fritz Tobias für den „Spiegel" im Frühjahr 1960 schrieb, hat, wenn sie auch nach Ansicht des Rezensenten die Nationalsozialisten nicht einwandfrei reingewaschen hat, diese Frage auf jeden Fall offen gelassen. Es ist schon erwähnt worden, daß Shirer es an jeder stichhaltigen Erklärung dafür fehlen läßt, warum die Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 auf so wenig Widerstand gestoßen sind. Was er über das so einschneidende Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 zu sagen hat, ist ausgesprochen töricht: „Abgesehen von der Verhaftung der kommunistischen und einiger sozialdemokratischen Abgeordneten war alles ganz legal vor sich gegangen, wenn auch mit terroristischer Begleitmusik" (S. 196, Sperrung von Rez.). Mit besonderem Nachdruck betont er: „Die Deutschen konnten niemand anderen als sich selbst die Schuld geben" (S. 197). Er entwickelt sogar so etwas wie eine geschichtliche Theorie der Autonomie innerpolitischer Faktoren, um damit die Ereignisse von 1933 zu erklären: „Das Hohenzollernreich war aus den Waffensiegen Preußens hervorgegangen, die deutsche Republik aus der Niederlage nach einem großen Krieg. Aber das Dritte Reich verdankte sein Entstehen weder dem Kriegsglück noch äußerem Einwirken. Es wurde in Friedenszeiten ins Leben gerufen, und von Deutschen selbst, eine Frucht sowohl ihrer Schwächen wie ihrer Stärke" (S. 183 f.). Sind das

[8] Der Versuch zu einer solchen ist von Gert Buchheit unternommen worden: „Hitler, der Feldherr. Die Zerstörung einer Legende" (Rastatt 1958), ferner mit Beschränkung auf Marineprobleme von Francis Hinsley: „Hitler's Strategy: The Naval Evidence" (Cambridge 1951).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hohle Phrasen oder gehört das zum Charakter eines angeblich abschließenden Geschichtswerkes über das Dritte Reich? Sicher wird kein ernstzunehmender Historiker bestreiten, daß internationale Ereignisse, wie etwa der Versailler Vertrag, der Streit um die Reparationen und der New Yorker Börsenkrach, beträchtlich zur Erleichterung der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten beigetragen haben.

Lückenhaft wie die Schilderung der Innenpolitik der ersten nationalsozialistischen Jahre stellenweise auch ist, sie existiert immerhin in Shirers Buch. Für die Jahre nach 1937 gilt dies nicht mehr. Hier fehlt jede Erörterung der deutschen innerpolitischen Angelegenheiten, wenn man von der Fritsch-Blomberg-Krise im Jahr 1938 absieht[9]. Das ist deshalb besonders beklagenswert, weil das Kapitel VIII „Leben im Dritten Reich 1933—1937" das beste des ganzen Buches sein dürfte, da es auf der persönlichen journalistischen Erfahrung des Verfassers beruht. Die Ausführungen dieses Kapitels über Justiz, Kultur, Wirtschaft usw. werden aber in keiner Weise für die verbleibenden zwei Drittel der Nazi-Epoche (8 von 12 Jahren) wieder aufgenommen.

In der Erörterung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ist die Arbeit Shirers, selbst für die Zeit vor 1937, verhältnismäßig schwach. Nur neun von 1044 Textseiten (S. 249—258) sind wirtschaftlichen Fragen gewidmet. Die von Hitler zur Überwindung der Depression angewandten Methoden werden so gut wie gar nicht unter die Lupe genommen, das Programm öffentlicher Arbeiten, in dessen Mittelpunkt der Autobahnbau steht, wird mit keinem Wort erwähnt[10]. Hier klafft eine recht auffällige Lücke, denn die unter Hitler so erfolgreich einsetzende Herabdrückung der Arbeitslosigkeit, wie sehr sie auch in erster Linie den Kriegsvorbereitungen zu verdanken war, beeindruckte die Zeitgenossen im In- und Ausland in hohem Maße, insbesondere angesichts des Kontrastes gegenüber der schmerzlich langsamen Erholung der Wirtschaft im England Baldwins und im Amerika Roosevelts. Über die Art, wie die deutsche Wirtschaft zur nationalsozialistischen Zeit operierte, hat Shirer sehr wenig zu sagen, obgleich die wesentlichen Tatsachen schon längst bekannt sind[11]. Auf die Probleme der deutschen Rüstungsindustrie vor und nach 1939 geht Shirer in keiner Weise ein. Die Figur Albert Speers, der ab Februar 1942 die Überwachung der gesamten Produktion unter sich hatte, tritt in Shirers Erzählung nur ganz nebenbei auf, obgleich zweifellos der Fehlschlag in der totalen

---

[9] Shirer unterläßt es dabei, die maßgebliche Abhandlung von Hermann Foertsch: „Schuld und Verhängnis. Die Fritschkrise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit" (Stuttgart 1951) heranzuziehen.

[10] Die notorische Tatsache, daß manche von den ewig gestrigen Deutschen törichterweise mit dem Hinweis auf die Autobahnen zu beweisen versuchen, daß nicht alles im Hitler-Reich schlecht gewesen sei, ist in diesem Zusammenhang belanglos.

[11] Die beste knappe Behandlung dieser Fragen findet sich immer noch in den letzten Kapiteln des Buches „German Economy (1870—1940) (New York 1942) von Gustav Stolper, wenn auch Franz Neumanns „Behemoth" (New York 1942), dessen 2. Teil Shirer benützt, trotz marxistischer Vorurteile seinen Wert behält. Auch C. W. Guillebaud „The Economic Recovery of Germany" (London 1939) bietet eine zeitgenössische Darstellung von beträchtlichem Wert.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mobilisierung sowohl seiner eigenen wirtschaftlichen Hilfsquellen wie der des eroberten Europa eine der Hauptursachen für den Zusammenbruch des Dritten Reichs war. Die Ernennung von Goebbels zum Reichskommissar für totale Mobilisierung in den letzten Monaten des Regimes wird nirgends erwähnt, so tief auch diese Maßnahme etwa mit dem puritanischen Verbot sämtlicher Vergnügungsveranstaltungen usw. in das Alltagsleben im Dritten Reich eingriff.

Die Darstellung dessen, was man als die politische Geschichte der späteren Jahre des Dritten Reiches bezeichnen könnte, ist gleichermaßen unbefriedigend. Man erfährt wenig von den unaufhörlichen Machtkämpfen in der Umgebung Hitlers und den phantastischen Fehlleistungen, zu denen diese führten. Mit der Person Himmlers und mit der SS befaßt sich Shirer nur sehr oberflächlich, obgleich diese Organisation ganz offensichtlich ab etwa 1943 eine beherrschende Rolle im institutionellen Aufbau spielte[12]. Von einer Analyse der Struktur dieser Organisation wird abgesehen, und wesentliche Maßnahmen wie die Anwerbung von SS-Einheiten in den verschiedenen eroberten Gebieten erfahren keinerlei Erwähnung (vielleicht deshalb, weil hier eine Unvereinbarkeit mit der These von der ausschließlich deutschen Natur des Nationalsozialismus deutlich werden würde). Wir finden nichts über die Zeitung „Das schwarze Korps", die beste Quelle zur Einführung in das, was man SS-Ideologie nennen kann, auch nichts über den faszinierenden Versuch eines hellen Kopfes unter jüngeren SS-Führern, Gunther d'Alquen, eine antistalinistische Bewegung unter Russen im Herbst 1944 zu organisieren[13]. Himmlers Tätigkeit als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums wird von Shirer so gut wie gar nicht zur Kenntnis genommen, obwohl gerade sie von grundsätzlicher Wichtigkeit ist, um die Rolle zu zeigen, welche die Ideologie in Hitler-Deutschland gespielt hat, auf Kosten des Eigeninteresses und der Vernunft[14]. Es wird nicht geschildert, wie Görings politischer Stern nach 1941 sinkt (er fiel wegen des Versagens der Luftwaffe in Ungnade), oder wie andererseits der unheimliche Martin Bormann in der Parteikanzlei zu höchstem Einfluß gelangt, nachdem Hess nach England geflogen war. Die NSDAP verschwindet praktisch aus Shirers Darstellung nach 1937; unter Hess hatte die Partei allerdings stark an Bedeutung verloren, aber nachdem Bormann sie in zahllose Funktionen des Staates eingeschaltet hatte (z. B. die Zivilverteidigung), stieg ihre Bedeutung wieder an. Nirgends erfährt der Leser etwas von dem zunehmenden Einfluß von Bormann, Kaltenbrunner, Goebbels, Keitel und Lammers oder dem damit gleichlaufenden Zurücktreten von Männern wie Rosenberg, Frick und Rippentrop.

Auch unternimmt Shirer keinen Versuch, die Rolle zu bestimmen, welche die

[12] Der Verfasser hätte neben dem in seiner Bibliographie angeführten Reitlinger-Band mit großem Nutzen die Arbeiten von Willi Frischauer: „Himmler" (London 1953) und Edward Crankshaw: „Gestapo: Instrument of Tyranny" (London 1956) heranziehen können.

[13] Vgl. George Fischer: „Soviet Opposition to Stalin, a case study in World War II" (Cambridge 1942). Die ganze Wlassow-Bewegung wird von Shirer nur andeutungsweise im Zusammenhang mit anderen Fragen erwähnt.

[14] Vgl. die Monographie von Robert L. Koehl: „RKFDV. German Resettlement and Population Policy 1939—1945" (Cambridge 1957).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutsche Ministerialbürokratie in Entwicklung und Ausführung der Politik des Regimes zu spielen fortfuhr. Dem Historiker begegnen hier zwei Phänomene: Einerseits das Mittun allzu vieler Beamter bei den verbrecherischen Praktiken des Regimes, andererseits aber auch ein beachtlicher Widerstand demgegenüber und eine Sabotage der Nazi-Politik, wie sie fast in allen Ministerien vorgekommen ist. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, zweifellos, wie Shirer wiederholt vermerkt, als Komplize an vielen Greueltaten beteiligt, war nichtsdestoweniger der Kopf eines Widerstandskreises und ging damit ein hohes persönliches Risiko ein. Es erübrigen sich weitere Ausführungen darüber, daß Shirer die Gelegenheit unbenützt läßt, vielen interessanten Aspekten der Verwaltungsgeschichte des Dritten Reiches nachzugehen.

Eine der auffallendsten Lücken in Shirers Buch ist das Fehlen jeder zusammenhängenden Darstellung der nationalsozialistischen Herrschaft in den besetzten Gebieten. Im XXVII. Kapitel („Die Neuordnung") wird eine wertvolle Schilderung der nationalsozialistischen Greueltaten geliefert, welche so leicht dem Vergessen anheimfallen (besonders im heutigen Deutschland). Die Berichte sind gut dokumentiert und führen dem Leser die nationalsozialistischen Brutalitäten gegenüber slawischen „Untermenschen" vor Augen, die Plünderung Europas, den Einsatz von Zwangsarbeitern, die grauenhaften Mißhandlungen von Kriegsgefangenen, den Terror in den eroberten Ländern, die „Endlösung" der Judenfrage, die Ausrottungslager, die Vernichtung des Warschauer Ghettos, die bestialischen medizinischen Experimente, die grausame Liquidierung von Lidice und Oradour-sur-Glane. Es werden aber dabei die vielen Probleme nicht angegangen, deren Klärung für das Verständnis der vierjährigen nationalsozialistischen Gewaltherrschaft über den größten Teil Europas wesentlich wäre. Auf Fragen der Kollaboration, welche in mehreren Ländern eine wichtige Rolle gespielt hat, geht der Verfasser so gut wie gar nicht ein. Das Gleiche gilt für die Widerstandsbewegungen in den besetzten Gebieten, welche häufig indirekt zur Stärkung der Kollaboration beitrugen, weil jene immer mehr unter kommunistischen Einfluß gerieten (z. B. in Jugoslawien). Die Verwaltungsstruktur, die Hitler dem eroberten Europa auferlegte, wird von Shirer in ihrer chaotischen Verschiedenheit nicht näher erörtert: Unmittelbare Annexion durch Deutschland (z. B. Warthegau im Osten, Eupen im Westen), Zivilverwaltung als Vorbereitung zur späteren Annexion (z. B. Elsaß-Lothringen), angeschlossene Gebiete, welche zu ewiger Versklavung bestimmt waren (z. B. das Böhmische „Protektorat", das Polnische „General-Gouvernement", die Ukraine usw.), besetzte Gebiete unter Militärverwaltung (z. B. Belgien, Nordfrankreich) oder unter Zivilverwaltung (z. B. Norwegen, Holland), Operationszonen (z. B. das besetzte Italien nach Badoglios Umschwenken zu den Alliierten)[15]. Je nach dem Typ der deutschen Verwaltung war

[15] Vgl. zu diesen Verwaltungsfragen, wie überhaupt zu den meisten Aspekten der nichtmilitärischen Geschichte des Dritten Reiches, den hervorragenden Beitrag „The Poltical Structure of Hitlers Europe" von Clifton Child in „Hitlers Europe 1939—1945" von A. Toynbee (Oxford 1954). Das Buch wird zwar von Shirer in der Bibliographie erwähnt, es ist aber offensichtlich kein nützlicher Gebrauch davon gemacht worden.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Los der Bevölkerung in diesen Gebieten sehr unterschiedlich, und an diesen verschiedenen Herrschaftstypen kann bis zu einem gewissen Grade abgelesen werden, was die Nationalsozialisten aus Europa gemacht haben würden, hätten sie den Krieg gewonnen. Bedauerlich ist auch, daß Shirer nirgends die Hitlerschen Nachkriegspläne analysiert, zu denen eine große Siegesfeier auf der Marienburg (Symbol des Deutschen Ordens) gehörte sowie auch ein baldiger Schlag gegen die christlichen Kirchen und die Systematisierung der Zwangsarbeit in den Ostgebieten. Die Gedankengänge einiger nationalsozialistischer Ideologen entbehrten jedoch auch nicht ganz gewisser „europäischer Züge", und es fehlte nicht an Plänen für öffentliche Arbeiten und für industrielle Arbeitsteilung im kontinentalen Rahmen – ohne Zweifel eine scheußliche Pervertierung des Traums vom vereinigten Europa, aber doch gewiß ein Gegenstand, welchen jeder Historiker des Dritten Reiches anpacken sollte.

III

Bei einem Mann, welcher eher vom Journalismus herkommt als von der Wissenschaft, ist vielleicht ein so beschaffenes Bild der deutschen Geschichte und ist auch das Unterlassen ernsthafter historischer Studien auf bisher unerforschten Gebieten nicht unbedingt erstaunlich. Was aber überrascht, ist die Tatsache, daß es dem Verfasser nicht gelingt, das Wesen eines modernen totalitären Staates zu beschreiben, oder ein echtes Verständnis für dieses Phänomen aufzubringen, obgleich er mehrere Jahre lang als Auslandskorrespondent in Berlin zugebracht hat. Man darf ihm zugutehalten, daß er der primitiven marxistischen Theorie vom Nationalsozialismus als einer natürlichen Fortentwicklung des Monopol-Kapitalismus nicht verfällt[16]. Das Vermeiden dieses Irrtums führt jedoch nicht zu einem allgemeineren Verständnis der Wurzeln des modernen Totalitarismus. Nichts ist zu lesen vom „Aufstand der Massen", von der Atomisierung der Sozialstruktur Europas seit der Französischen Revolution, von der Wurzellosigkeit der modernen Industriegesellschaft, von der Tendenz zur „Flucht vor der Freiheit" usw.[17]. Die ausschließliche Beschäftigung mit dem nationalsozialistischen Deutschland erlaubt dem Verfasser keine vergleichende Analyse der modernen totalitären Systeme. Seine Lieblingstheorie, wonach der Nationalsozialismus den natürlichen Kulminationspunkt einer spezifisch deutschen Entwicklung darstellt, verbaut ihm jede Einsicht, die vom Studium anderer „totalitärer Gesellschaften", etwa von der Art der sowjetrussischen, zu gewinnen wäre. An keiner Stelle des Buches merkt man etwas von einem Versuch des Verfassers, in das Problem bis zu dem Punkt einzudringen, wo der National-

[16] Wenn Shirer auch gelegentlich, einem weitverbreiteten Irrtum folgend, Hitler als „Politiker der Rechten" bezeichnet (S. 24) oder als „conservative nationalist" (S. 161, nur in der englischen Fassung steht das Wort „konservativ"; vgl. S. 156 der deutschen Fassung).

[17] Mit dem Problem des modernen Totalitarismus haben sich in jüngster Zeit aus historischer Sicht unter anderem befaßt: Hannah Arendt, „The Origins of Totalitarianism" (New York 1951); Erich Fromm, „Escape from Freedom" (New York 1941); J. L. Tolman, „The Rise of Totalitarian Democracy" (Boston 1952).

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sozialismus eine allgemein-menschliche Bedeutung besitzt; wo die erschreckenden Abgründe der menschlichen Natur und die gefährdete Lage unserer ganzen gegenwärtigen Zivilisation sichtbar werden: Der „Hitler in uns selbst", wie Max Picard dieses Phänomen bezeichnet, das unglückseligerweise keineswegs nur ein deutsches ist.

Es kann bei der begrenzten Einsicht Shirers in das Wesen des modernen Totalitarismus nicht ausbleiben, daß er in der Frage der Kollektivschuld des Deutschen Volkes an den von der nationalsozialistischen Regierung verübten Verbrechen einen ausgesprochen dogmatischen Standpunkt verficht. Edmund Burke hat einst erklärt, er wüßte nicht, wie man Anklage gegen ein Volk in seiner Gesamtheit erheben könne. Shirer weiß es. Seine pauschalen Verurteilungen ähneln zuweilen in der Tat in verdächtiger Weise den nationalsozialistischen Lehren von Rasse und Volkstum. Die vollkommene Hilflosigkeit, zu welcher der durchschnittliche Staatsbürger im Getriebe eines totalitären Systems verdammt ist, wird von Shirer nicht in genügendem Maße in Rechnung gestellt. Bei den letzten noch relativ freien Wahlen (März 1933) gaben etwa 55% der deutschen Wähler nicht-nationalsozialistischen (hauptsächlich anti-nationalsozialistischen) Parteien ihre Stimme. Es ist natürlich zutreffend, daß viele von diesen Wählern (vielleicht die meisten) in der Folgezeit die nationalsozialistische Regierung „unterstützten". Der Begriff des „Unterstützens" umfaßt jedoch eine Skala sehr verschiedener Verhaltensweisen gegenüber einem totalitären Regime, angefangen bei der konkret-persönlichen Mittäterschaft an verbrecherischen Handlungen über die bloße Begeisterung für das Regime (also immerhin auch eine Art von stellvertretender Mittäterschaft) über ein wissendes Sich Beruhigen und Fügen bis hin zur politischen Gleichgültigkeit. Shirer sieht zwischen diesen verschiedenen Verhaltensweisen und den sich daraus ergebenden verschiedenen Graden der Verantwortlichkeit keinerlei Unterschied. „Widerstand" gegen einen totalitären Staat ist ebenfalls ein vielfältiges Phänomen. Es kann aktive Verschwörung bedeuten, aber auch bloßes Nichtmitmachen oder „innere Emigration".

Einer der sehr wenigen Lichtblicke der deutschen Geschichte während des Dritten Reiches beruht auf der Tatsache, daß die von den Nationalsozialisten verübten Greueltaten im Deutschen Volk ganz erhebliche Opposition hervorgerufen haben. Shirers Darstellung der deutschen Widerstandsbewegung ist verhältnismäßig vollständig, aber die spürbare Kälte, mit welcher der Verfasser das Thema behandelt, und das Fehlen eines näheren Eingehens auf die Motive und Ideale der Führer des Widerstands beeinträchtigen den Wert auch dieser Abschnitte. Shirer ist sehr viel rascher bereit, über Verzögerungen und Mißgriffe den Stab zu brechen – deren es, leider!, nur zu viele gab –, als den enormen Schwierigkeiten gerecht zu werden, welchen sich die Verschwörer in dem von der Gestapo beherrschten Deutschland gegenüber sahen. Seine Erzählung wird dem Heldentum jener Männer entfernt nicht gerecht, die ihr eigenes Leben und das ihrer Angehörigen aufs Spiel setzten und die ihre richtige Einschätzung des Nationalsozialismus dadurch bewiesen, daß sie sich – unter Mißachtung aller konventionellen Begriffe von Patriotismus und politischem Gehorsam – mitten im Krieg zum Attentat auf den obersten Kriegs-

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herrn entschlossen (20. Juli 1944)[18]. Nicht unberechtigt ist die Kritik Shirers an den vielen Deutschen, welche ihr eigenes Versagen auf die westlichen Alliierten abschieben, weil diese die Verschwörer nicht ermutigt und statt dessen die Forderung der bedingungslosen Kapitulation und den Morgenthau-Plan verkündet hätten (S. 930). Aber er übertreibt mit der Behauptung, für die meisten Beteiligten habe es sich nicht um Widerstand gegen das Nazisystem an sich gehandelt, sondern nur darum, daß Deutschland noch zu einigermaßen günstigen Bedingungen aus dem Krieg herauskomme. Der Kerntrupp der Verschworenen hat am 20. Juli 1944 bewiesen, daß auch ohne irgendeine Ermutigung von Seiten der westlichen Alliierten sie zum Losschlagen entschlossen waren. Es kann darüber kein Zweifel bestehen, daß ihre Aufgabe erleichtert worden wäre, wenn ihnen der Westen offiziell oder privat das Versprechen tragbarer Friedensbedingungen (etwa die deutschen Grenzen von 1937) angeboten hätte. Nach Shirers Meinung ist der Erfolg, den Goebbels aus der Ausbeutung des Wortes von der bedingungslosen Kapitulation zur Aufpeitschung der letzten Widerstandskraft des deutschen Volkes zog, „von einer überraschend großen Zahl westlicher Schriftsteller weitgehend übertrieben worden" (S. 1033 – nur in der englischen Fassung). Einen Beweis dafür tritt der Verfasser jedoch nicht an. Wie man weiß, hat eine beträchtliche Anzahl von Generälen, an welche sich die Führer der Widerstandsgruppe gewandt hatten, die Teilnahme verweigert, bevor nicht in irgendeiner Form eine Ermutigung von Seiten der Westmächte erfolgt sei. In vielen Fällen war das zweifellos eine Entschuldigung, die andere Beweggründe zur Zurückhaltung verdecken sollte. Eine echte Schwierigkeit hat jedoch bestanden. Man setze den Fall, den Verschworenen wäre es gelungen, Hitler zu stürzen, und sie wären danach gezwungen worden, bedingungslos zu kapitulieren mit der Folge einer Besetzung Ostdeutschlands durch die Russen, Westdeutschlands durch die Anglo-Amerikaner, und dies im Zeichen (wenn auch nur auf eine gewisse Zeit) einer „Morgenthau-Plan"-Psychologie. Es würde schwer sein, sich ungünstigere Voraussetzungen für die Entwicklung einer gesunden deutschen Politik vorzustellen. Besser hätte einer Wiederbelebung des Nationalsozialismus, gestützt auf eine neue Dolchstoßlegende, der Boden nicht bereitet werden können. Shirer hat offenbar keinen Sinn für solche Überlegungen[19].

---

[18] Von einem Versuch, sämtliche Lücken aufzuzeigen, welche dem Buch Shirers in bezug auf die Widerstandsbewegung eigen sind, muß hier abgesehen werden. Die Opposition, welche die christlichen Kirchen gegen das Euthanasie-Programm (1939—1941) leisteten und der ein schließlicher Erfolg, nämlich die Einstellung dieser Maßnahmen, beschieden war, wird überhaupt nicht erwähnt. Bei der Schilderung des Kirchenkampfs hätte der Verfasser manchen Nutzen aus der Arbeit von Hans Buchheim: „Glaubenskrise im Dritten Reich: drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik" (Stuttgart 1953) ziehen können.

[19] Für den Rezensenten führen diese Überlegungen zu dem tragischen Schluß, daß für die zukünftige politische Entwicklung Deutschlands in abwägender Betrachtung dem Scheitern der Verschwörung der Vorzug zu geben war, obwohl dies neun weitere Monate Krieg und die Abschlachtung der anti-nationalsozialistischen Elite durch Hitlers Henkersleute bedeutete. Und doch mußte die Verschwörung gewagt werden aus dem Grunde, welchen Treskow, eine der positivsten Gestalten der Verschwörung, angedeutet hat, indem er davon sprach, daß der

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es wären noch einige besondere Punkte zu erwähnen, in denen Shirer über das Widerstandsproblem Urteile fällt. Der geistige Werdegang Stauffenbergs, der zugegebenermaßen erst spät zu einer anti-nationalsozialistischen Stellungnahme gelangte und der zu den Bewunderern des Dichters Stefan George gehörte, macht auf den Verfasser wenig Eindruck. Derselbe Mann, der später persönlich das Attentat auf Hitler versucht hat, interessierte sich lebhaft für die russische Anti-Stalin-Bewegung unter General Wlassow (was Shirer, wie schon bemerkt, nicht getan hat): „Stauffenberg glaubte, daß russische Truppen benutzt werden könnten, um Stalins Tyrannei zu stürzen, während die Deutschen gleichzeitig sich der Hitlerschen entledigten. Vielleicht war dies ein Beispiel von Stefan Georges wirren Ideen." (S. 1029, nur in der englischen Fassung). Was war eigentlich wirr an dem Gedanken, mit Hilfe von Russen Stalins Herrschaft zu stürzen? War nicht Himmlers entgegengesetzte und verbrecherische Politik der Versklavung des russischen Volkes ein Höhepunkt mangelnder Realistik, indem ein solches Vorgehen ja die Russen förmlich dazu zwang, Stalin die Stange zu halten? Und was hatte überhaupt Stefan George mit Stauffenbergs Auffassungen von der Kriegführung in Rußland zu schaffen?

Mit seiner Darstellung des deutschen Widerstands wird Shirer der Größe des Themas nirgends gerecht. Er kann sich für keine der Gestalten, welche an der Verschwörung beteiligt waren, wirklich erwärmen – nicht einmal für den feurigen Stauffenberg oder den verklärten Moltke. Für die politischen Ideen des „Kreisauer Kreises" hat er nur Verachtung; er tut sie allzu leichtfertig mit den Worten ab: „Sie schwebten mit ihren edlen Idealen hoch in den Wolken, und es haftete ihnen etwas vom deutschen Mystizismus an" (S. 927). Es entgeht ihm völlig die Bedeutung, welche einer über den politischen Gegensätzen des Alltags stehenden „Gemeinschaft der Geister" zukommen kann, wenn einmal die Scheidelinie gezogen ist zwischen ethisch gebundenen Menschen und solchen, die es nicht sind. Die Widerstandsbewegung in Deutschland hat Generäle und Zivilisten, alte und junge Männer, Katholiken und Protestanten, Sozialisten, Liberale, und Konservative zusammengeführt. Gemeinsam waren ihnen das Gebundensein an gewisse Grundbegriffe von Recht, Gesetz, Anstand und Achtung für die Würde des Menschen. Sie wurden sich dieses gemeinsamen Bodens bewußt, indem sie in entschiedener Opposition standen gegen das im Naziregime verkörperte Böse schlechthin. Das gehört eben auch zur Geschichte des Dritten Reiches, daß die in ihm verkörperte äußerste Verderbnis eine Reaktion edelster Offenbarungen des menschlichen Geistes hervorgerufen hat, wobei sich übrigens zeigen sollte, daß die deutsche Geschichte Möglichkeiten bereit hielt, die aufs deutlichste von denen sich unterschieden, die Shirer im Rahmen seines engen Geschichtsbildes so ausschließlich heraushebt.

Shirer bekennt, ratlos dem Problem gegenüberzustehen, wie es denn Hitler möglich war, beim deutschen Volk auch noch während der letzten Monate des Krie-

Herr Sodom und Gomorrah verschont haben würde, hätten nur einige wenige Gerechte darin gelebt. Aber solche Erwägungen gehen weit über den Rahmen der vorliegenden Rezension hinaus.

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ges seine Autorität aufrechtzuhalten: „Wie hypnotisiert, unter einer Suggestion stehend, die – wenigstens für einen Nichtdeutschen – unerklärlich ist, bewahrte dieses große Volk Hitler bis zuletzt seine Anhänglichkeit und sein Vertrauen" (S. 987). Die Lösung dieses Problems ist nicht annähernd so schwierig, wie Shirer annimmt. Zunächst übertreibt er das Vertrauen und die Anhänglichkeit, über die Hitler während der letzten Jahre seiner Regierung noch verfügte. Der weitverbreitete Defaitismus und die zahllosen Desertionen, welche von der SS in brutaler Weise geahndet wurden, sind ein beredtes Zeugnis vom Gegenteil. Es ist ein besonders schwerwiegender Mangel von Shirers Buch, daß sich die Darstellung der Ereignisse im Frühjahr 1945 völlig auf Hitler konzentriert, daß all die Wahnsinnsszenen, welche sich in dem Berliner Bunker abspielten, im Detail festgehalten werden und darüber das Bild der deutschen Katastrophe als Ganzes zu kurz kommt. Die unaufhörlichen Luftangriffe gegen deutsche Städte hatten Millionen von Deutschen in Wut gegen die Westmächte versetzt; grauenerregende Berichte vom Verhalten der russischen Truppen in Ostdeutschland waren zu ihnen gedrungen; von den westlichen Regierungen, bei denen der Geist Morgenthaus herrschte, glaubten sie sich wenig erhoffen zu dürfen. Sie standen unter den betäubenden Wirkungen der von Goebbels monopolisierten Propaganda. Wie bezeichnend, daß, nach seinem eigenen Zeugnis, sogar Shirer selbst ihr zuweilen zum Opfer gefallen ist, trotz seiner journalistischen Erfahrung und trotz regelmäßiger Kontakte mit nichtdeutschen Kreisen, und das in dem noch verhältnismäßig milden Klima von 1939 (S. 536). Ferner wurden ja den Deutschen sogenannte „Wunderwaffen" (ferngelenkte Raketen, Düsenflugzeuge, neuartige Unterseeboote) versprochen, mit Hilfe derer noch eine Wende der militärischen Lage herbeigeführt werden könne; vor allem aber standen sie unter dem Terror der SS-Kommandos, welche die geringste Spur von Defaitismus durch sofortige Exekution auszurotten suchten. Ist es bei all dem wirklich so erstaunlich, daß viele Deutsche bis zum bitteren Ende weitergekämpft haben?

Es wird aus diesen kritischen Betrachtungen wohl deutlich hervorgehen, daß eine wirklich den Dingen auf den Grund gehende Geschichte des Dritten Reiches, welche alle Umstände gegeneinander abwägt, noch geschrieben werden muß. Eine solche Darstellung wird allerdings das von Shirer wieder aufgewärmte Märchen der Kriegszeit vermeiden müssen, wonach Deutschland sich gewissermaßen auf einer Einbahnstraße von Luther zu Hitler bewegt habe. Sie muß sich vielmehr zum Ziel setzen, den Nationalsozialismus im allgemeinen Zusammenhang des modernen Totalitarismus zu begreifen. Sie muß versuchen, den spezifischen Zusammenhang von Ursachen aufzufinden, wozu gewiß auch der besondere Nationalcharakter der Deutschen und ihr geschichtliches Erbe gehören, aber nicht minder auch die konkreten Umstände, nationaler wie internationaler Art, die 1933 zum Sieg des Nationalsozialismus geführt haben. Eine solche Darstellung müßte sich um eine gegenstandsgerechte Verteilung der Gewichte auf die diplomatischen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen, verwaltungsmäßigen und kulturellen Fragen bemühen. Sie müßte Schritt halten mit den Ergebnissen der neuesten Forschung, insbesondere der sehr fruchtbaren historischen Arbeit, welche gegenwärtig in Deutschland geleistet

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wird. Sie muß nach Antworten suchen auf richtig gestellte Fragen und darf sich nicht mit einer bloßen chronikalischen Aufzählung von Ereignissen begnügen. Vor allem aber sollte sie beseelt sein von einer großzügigen und weltoffenen Gesinnung, die gegen Vorurteile angeht und die es dem Historiker erlaubt, nicht nur die nationalsozialistischen Verbrecher und deren Komplizen ihrem eigentlichen Wesen nach zu verstehen, sondern auch die Menschen, die heldenhaft Widerstand leisteten. Nur so ist es möglich, ein wirkliches Gesamtbild Deutschlands in der nationalsozialistischen Zeit zu entwerfen.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. phil. Hildegard Brenner, Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 4

Dr. J. W. Brügel, Publizist, 21 Connaught Drive, London NW 11

Dr. Klaus Epstein, Associate Professor of History, Brown University-Providence, Rhode Island, USA

Dr. Dietrich Geyer, Dozent für Osteuropäische Geschichte, Tübingen, Stauffenberg-Straße 30

Dr. Hans Mommsen, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26

Dr. Hans Rothfels, Professor für neuere Geschichte an der Universität Tübingen, Tübingen, Waldhäuser Straße 18

Dr. Hans Raupach, Professor für Wirtschaftswissenschaften, Direktor des Instituts zum Studium der Sowjetwirtschaft an der Hochschule für Sozialwissenschaften, Wilhelmshaven-Rüstersiel

Jahrgang 10 (1962), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1962_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte